

m.
15
2

Leben d. Schmeitz-Kind.



Comm. 275^{cf} Weber

EINE BLÜTE

AUS DEM

RECHTSLEBEN

DES

SCHWEIZER KANTONS TESSIN

UND

DEREN FOLGE.

VON

JOSEF WEBER.

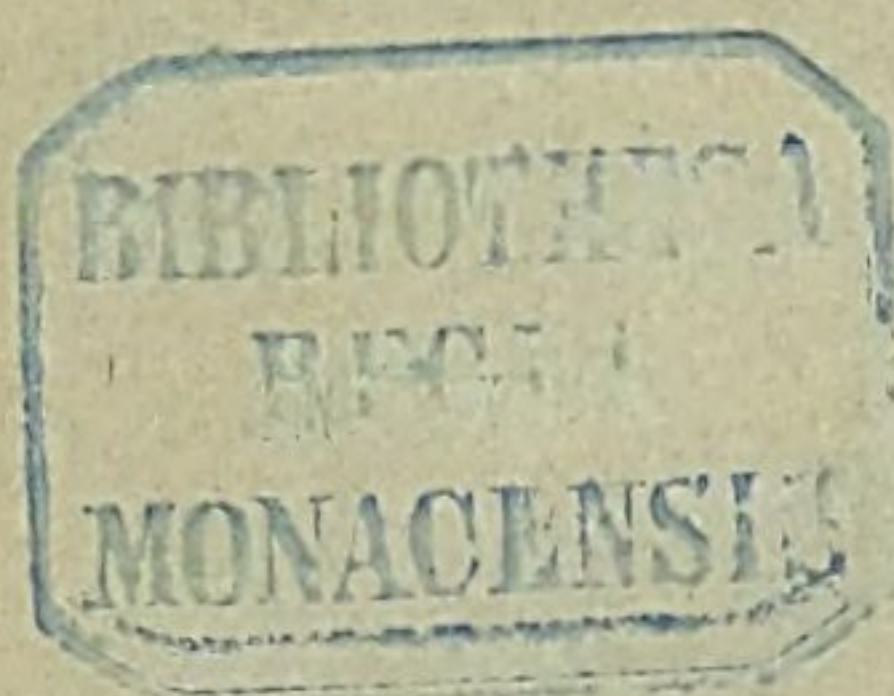
DEUTSCHER IN LUGANO WOHNHAFTER JURIST.



BERLIN SW.

KOMMISSIONSVERLAG HUGO STEINITZ.

1894.



Eine Blüte aus dem Rechtsleben.

Eine Blüte
aus dem Rechtsleben
des
SCHWEIZER KANTONS TESSIN

und deren Folge.

Von
Josef Weber
deutscher in Lugano wohnhafter Jurist.



BERLIN SW.
KOMMISSIONSVERLAG HUGO STEINITZ.
1894.



Vorwort.

Der Inhalt dieses Büchleins ist durchaus nicht schön. Wer eine schöne, unterhaltende oder gar erhebende Lektüre verlangt, der greife nicht nach diesem Büchlein! Dasselbe ist ein Stück Kulturgeschichte von recht widerlicher Art. Das will der Verfasser, dem Wahrheit und Aufrichtigkeit über alles geht, jedem von vorne herein gesagt haben.

Die erste Absicht des Verfassers — doch ich will lieber in der ersten Person sprechen; es hebt das die Deutlichkeit des Vortrags — meine erste Absicht war, dieses Büchlein für den Schweizer Kanton Tessin (italienische Schweiz) zu schreiben, wo ich wohne und wohin ich in ein paar Wochen zurückkehre. In einer Ausgabe für den Tessin aber sollte der hier folgende erste Teil „Eine Blüte aus dem Rechtsleben des Kantons Tessin“ wegbleiben. Dieser ist dort ohnehin gar wohl bekannt. In zwei Ausgaben, in deutscher und nachher auch in italienischer Sprache, habe ich ihn dort im Sommer vorigen Jahres erscheinen lassen, und beide Ausgaben wurden recht bald auf Antrag des Helden der Geschichte, des Herrn

Leo von Stoppani, Advokaten und Notars, Nationalrats und Ergänzungsrichters des Bundesgerichts, sequestriert. Die Sequestration dauert noch fort. Dennoch sind, wie ich sagte, die beiden Ausgaben der „Blüte“ gar wohlbekannt im Tessin. Die Beschlagnahme, so schnell sie auch kam, sie kam doch zu spät; der weitaus grösste Teil der Exemplare befand sich bereits in den Händen der Leser, und es zirkulierten dieselben von Hand zu Hand.

Aber auch den zweiten Teil dieses Schriftchens, der eine „Frucht“ jener „Blüte“ darstellt, schreibe ich doch lieber nicht für den Tessin. Wozu auch? Alle Tessiner kennen ohnehin auch den Inhalt dieses zweiten Teiles, die „Episode aus dem Prozess Stoppani-Weber“, einem Prozess, der dort nicht wenig Aufsehen macht.

Nun hatte ich Anfangs allerdings gedacht, mit der Darstellung und Analyse dieser „Episode“ denjenigen Herren einen Wink zu geben, welche mit der Entscheidung dieses Prozesses betraut sind und in dieser ihrer Aufgabe bisher recht wenig Glück hatten. Aber nach einigem Nachdenken bin ich zur Einsicht gekommen, diese Herren würden meinen Wink doch zurückweisen, vielleicht ihn mir sogar übel lohnen und dadurch ihr Ansehen gewiss nicht erhöhen. Das will ich ihnen lieber ersparen. Auf einen Dank dafür von ihrer Seite rechne ich nicht.

Was aber das Volk des Kantons Tessin betrifft, so bedarf dasselbe keines Winkes in dieser Sache. Das Volk in seinem gesunden Sinn und Rechtsgefühl hat sein Urteil längst fertig. Das

Volk hat auch bei den Gerichtsverhandlungen selbst durchaus keinen Anstand genommen, sein Urteil, so sehr es jenem der „Rechtsgelehrten“ widerstreitet, vor diesen selbst in sehr unverblümter Weise und wiederholt zum Ausdruck zu bringen. Und dieses Urteil des Volkes, es war vernichtend für den eigenen Erwählten und Würdenträger des Kantons, es war zu Gunsten des landfremden Mannes, den das Volk kaum weiter kannte, als aus dessen beschlagnahmtem Broschürchen. Das Volk kennt ja die Wahrheit des Inhalts jenes Büchleins; die betreffenden That-sachen spielten sich ab vor den Augen gar vieler, die darüber knirschten, ohne ihnen entgegenzutreten zu können. Deshalb der in Lugano ganz ungewöhnliche Zudrang des Publikums zu den betreffenden Gerichtsverhandlungen, und deshalb seine Demonstrationen daselbst, welche keine Glocke des Präsidenten beachteten.

Auch der zweite Teil meines gegenwärtigen Büchleins brächte daher dem Tessiner Volke kaum etwas neues.

Darum schreibe und widme ich dieses Büchlein meinem lieben deutschen Vaterland. Ich fürchte durchaus nicht, bei einem meiner Freunde und Bekannten auf Widerspruch zu stossen, wenn ich frei heraussage: ich bin ein sehr anspruchsloser Mann. Und bei all dieser Anspruchslosigkeit schmeichle ich mir gleichwohl, es werde dieses Büchlein einiges Interesse finden, wenigstens bei denen, die sich um Kultur- und besonders um Rechtszustände bekümmern. Diese lade ich zur Lektüre des gegenwärtigen Schriftchens ein. Aller-

dings werden sie da Dinge finden, welche ihnen mit Rücksicht auf den zivilisierten Staat, den Schauplatz derselben, als fast unmöglich erscheinen. Doch sind diese Dinge nur allzu wahr, sie stehen aktenmässig fest, und rückhaltslos verbürge ich mich jedem Leser für deren Wahrheit. Mögen die Zweifler bedenken, dass ein ehrlicher Mann von gesunden Sinnen, als welcher ich ja recht vielen meiner Landsleute und auch vielen Angehörigen anderer Länder bekannt bin, dass ein solcher Mann, der dazu noch Familienvater ist und mit wärmster Liebe an den Seinigen hängt, wie diese an ihm, dass er nicht plötzlich in seinem weit vorgerückten Lebensalter noch seinen guten Ruf und mehr noch aufs Spiel setzen würde, um solche Dinge zu erdichten und unter Betonung seines Einstehens dafür zu veröffentlichen. Solches würde ihm ja nichts, garnichts eintragen, als die wohlverdiente Verachtung aller und dazu noch eine empfindliche und entehrende Strafe! Es mögen die Zweifler bedenken, dass ich nicht — wie ich das thue — mich ob solcher Angaben einem Gerichtsverfahren aussetzen würde in einem fremden Lande, wo nichts mich festhält, als mein eigenes Pflichtgefühl und meine Ehre. Würde ich, der ich diese Zeilen in Berlin schreibe, würde ich — wie ich das thue — wieder nach Lugano zurückkehren, um mich dort, ich, der eine gegen alle, vor Richtern zu stellen, die mir, dem Ausländer, offen zeigen, dass sie mich unterliegen lassen wollen gegenüber den Verbrechen des einheimischen Würdenträgers, deren Opfer ich geworden bin und für die ich Rechenschaft zu fordern

mich erkühne! Mögen die Zweifler ihre Bedenken wenigstens so lange bemeistern, bis sie dieses Schriftchen zu Ende gelesen; denn hernach werden sie kaum mehr nötig haben, ob solcher Bedenken sich Gewalt anzuthun. Sie werden dann, so getraue ich mir zu hoffen, genugsam von der Wahrheit des Inhalts überzeugt sein. Sie werden dann wissen, wie man da im Ausland die deutsche Rechtschaffenheit zu knebeln vermag, wie man ihr als einen Strafreut anrechnen will, dass sie, nachdem die Justiz des Landes ihren Klagen gegenüber taub geblieben, sich an die Landes-Souveränität zu wenden veranlasst sah, um die Intervention dieser letzteren anzurufen! Und doch habe ich es nur meinem schliesslichen Appell an die Landes-Souveränität zu danken, dass die Justiz endlich wenigstens dazu gebracht wurde, die strafbaren Handlungen, für die ich Rechenschaft fordere, als wirklich strafbare Handlungen anzuerkennen.

Möge keinem meiner Landsleute jemals ein Schicksal zu Teil werden, wie solches da auf mir lastet!

Und doch hätte es jeden an meiner Stelle betroffen. Denn es gab kein Vermeiden desselben, da es lediglich dadurch kam, dass ich im fremden Lande einem staatlich aufgestellten Notar ein Geschäft seines Amtes übertrug. Dieses Geschäft musste daselbst einem Notar übertragen werden, und wie sollte ich, der lediglich zu diesem Zwecke aus Russland nach Lugano abgesandte Fremdling, irgend ein Misstrauen in den betreffenden Notar setzen? Die amtliche Ehrlichkeit des Notars ist

selbstverständlich, weil durch seine Staatsanstellung garantiert. Überdies oblag die Auswahl des Notars nicht mir allein. Es handelte sich um den Abschluss eines Vertrages, und auch der andere Kontrahent hatte mit mir den Notar zu bestimmen. Uns beiden wurde am Orte Herr Notar Stoppani empfohlen, und wir wandten uns an diesen Mann mit um so grösserer Zuversicht, als er zudem noch andere öffentliche Ämter und Vertrauensposten inne hatte.

Diese Ämter und Posten bekleidet er auch heute noch, da er nach Ablauf der früheren Periode wieder für sie gewählt wurde.

Mag hier sogleich bemerkt werden, dass im Tessin, wie in der Schweiz überhaupt, die Staatsämter, auch das Richteramt, nur für kurze Zeit, gewöhnlich nur auf vier Jahre, durch Volkswahl verliehen werden. Nach Ablauf dieser Zeit kann der Beamte, auch der Richter, zwar wiedergewählt, aber nach dem Belieben der Votanten auch nicht mehr gewählt werden.

Es begreift sich, dass bei diesem System ein gewisses Verhältnis der Abhängigkeit der Gewählten von den Wählern, besonders von den einflussreicheren der Wähler entsteht. Zu diesen einflussreicheren Wählern gehört selbstverständlich ein Nationalrat d. i. ein Vertreter seines Kantons im gesetzgebenden Körper der schweizerischen Konföderation.

Herr Stoppani ist Nationalrat. —

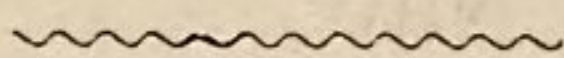
Jetzt nur noch eine Bemerkung über die äussere Einrichtung dieses Schriftchens. Der erste Teil, „die Blüte“, ist eine Wiederholung der

vorjährigen deutschen Ausgabe. Sie enthält aber mehrere Zusätze, welche ich der italienischen Ausgabe entnommen. Letztere liess ich nämlich erst einen Monat nach der deutschen und mit einiger Erweiterung des Inhalts erscheinen. Die dem Texte beigefügten Noten entstammen sämtlich der italienischen Ausgabe.

Geschrieben in Berlin, im August 1894.

J. Weber

Jurist, Angehöriger des Bayerischen Staats
und Deutschen Reichs,
wohnhaft in Lugano, Villa Monte Carmen.



Erster Teil.

Im März 1887 wurde in Lugano ein Schlossgut verkauft. Verkäufer und Käufer wohnten in Petersburg und schickten zum legalen Abschlusse des Geschäfts ihre Bevollmächtigten nach Lugano. Diese besichtigten das Gut, vereinbarten alle Vertragspunkte und wandten sich sodann an den Notar Leo de Stoppani in Lugano, um den Vertrag in gesetzlicher Weise beurkunden zu lassen. *) Ausser diesem zweiseitigen Geschäfte, in welchem unter anderem auch die hypothekarische Versicherung des Kaufpreises bedungen wurde, hatte der Käufer für sich allein noch die Bestellung von zwei Hypotheken auf dem Schlossgute zu besorgen, für Summen, die er an dritte Personen schuldete.

Nachdem der Notar die Vollmachten der Kontrahenten in Empfang genommen und richtig befunden hatte, errichtete er in Gemässheit ihrer beiderseitigen Angaben den legalen Kaufsakt,

*) Der Käufer war ein paar Tage vor dem Verkäufer in Lugano eingetroffen und erwartete da den letzteren. Der Notar erlaubt sich, das Gegenteil zu behaupten.

welchem er zugleich die vom Käufer allein beantragten Hypothek-Bestellungen einverleibte.*)"

Darauf stellte der Käufer durch den nämlichen Notar noch eine Separaturkunde aus, eine Vollmacht nämlich für den Verwalter des gekauften und in Besitz genommenen Guts, und beide Kontrahenten kehrten dann nach Russland zurück mit dem Bewusstsein, ihre Aufgabe nach Pflicht und Redlichkeit erledigt zu haben.

Nach einem Jahre sollte der Käufer die Zahlung des Kaufpreises leisten. Da aber weder diese, noch eine Bitte um Nachsicht erfolgte, so stellte der Verkäufer nach dreizehn Monaten seine Forderungsklage.

Auf diesen Schritt des Gläubigers hin geschah nun etwas, was in den Annalen der europäischen Justiz wohl kaum seinesgleichen hat.

Der nämliche Notar Stoppani, der den Kaufsakt in durchaus legaler Weise aufgenommen und als öffentliche Urkunde ausgefertigt, auch die Eigentums-Umschreibung und die Eintragung der für den Kaufpreis sowohl, wie für die anderen Schulden bestellten Hypotheken in den betreffenden öffentlichen Büchern besorgt hatte; derselbe Mann, der all das in seiner mit Staatsautorität wirkenden und eidlich geweihten Amtsfunktion ausgeführt und dafür Taxen gefordert und erhalten hatte, die bedeutend über Gesetz und Amtseid hinausgingen**);

*) Man wolle diesem Umstande einige Aufmerksamkeit schenken, um ihn mit dem unten folgenden, vom Notar erfundenen Geschichtchen, zu vergleichen.

**) Im Tessin verpflichtet der Amtseid des Notars diesen ausdrücklich, keine den Tarif übersteigenden Taxen zu nehmen.

dieser Beamte, an den die Kontrahenten im vollsten Vertrauen auf seine offizielle Stellung sich gerade zum Zwecke der Fixierung und Sicherung ihrer gegenseitigen Rechte und Pflichten gewandt hatten — er trat plötzlich in einer Eigenschaft und Geschäftsthätigkeit auf, die seinen Notarspflichten geradezu Hohn spricht. Er erhob, nunmehr als Advokat und Prokurator des Käufers, gerichtliche Klage auf Annullierung seines eigenen notariellen Akts und auf Ungültigkeitserklärung jener Vertragsbestimmungen, welchen doch durch ihn selbst in legaler Weise ihre fortdauernde Rechtswirkung gesichert worden war. Um seiner Klage wenigstens einen Schein von Begründung zu geben und sie bei Gericht überhaupt anbringen zu können, erdichtete Stoppani eine schurkische, verleumderische Lüge und verwendete diese als Basis seiner verbrecherischen Prätentionen:

Er wäre nämlich, so behauptete er in der Klage*), als amtierender Notar bei der Beurkundung des legalen Kaufakts durch ein Betrugsmanöver des verkäuferschen Bevollmächtigten dahin gebracht worden, den Akt in Abwesenheit und ohne Mitwirkung des käuferschen Stellvertreters aufzunehmen und lediglich so abzufassen, wie es der

*) Und ausführlicher noch in seiner in einem Incidentstreit abgegebenen Replik. In dieser versichert er u. a., er sei bei dem Betruge, den der Verkäufer gegen ihn verübte, nicht der „Komplize“ des letzteren gewesen.

Verkäufer für sich allein von ihm verlangt hätte.

Erst zwei Tage nach dem Verkäufer wäre auch der Käufer in Lugano eingetroffen, und hätte sich nun, ohne das Gut besichtigt zu haben, dem Notar vorgestellt. Der notarielle Akt sei da bereits vollständig fertig gewesen, nur noch der Unterschriften harrend. Bei Durchsicht des fertigen Akts habe der Käufer gegen verschiedene Klauseln desselben Einspruch erhoben, mit dem Bemerken, so zu kontrahieren habe er keine Vollmacht. Allein auch er, der Käufer, sei durch ein Betrugsmanöver des Verkäufers dazu gebracht worden, sich dem Willen dieses letzteren zu fügen und den Akt so zu unterzeichnen, wie derselbe bereit lag.

Der Prozess selbst, welcher auf diese Klage folgte, bietet gewiss für jeden Juristen, dem die Tessiner Rechtspflege („Giurisprudenza Ticinese“) fremd ist, eine Fülle der erstaunlichsten Dinge. Mag jedoch die Geschichte dieses Prozesses einer eigenen Broschüre vorbehalten bleiben, welche vom Schreiber der gegenwärtigen Zeilen noch erscheinen wird.

Für seinen heutigen Zweck genügt wohl die Mitteilung, dass der Prozess fünf Jahre währte, bis Stoppani endlich selbst seine verbrecherische Lüge zugestehen musste, indem er den ihm auferlegten Wahrheitsbeweis wohlweislich nicht einmal anzutreten wagte.

Aber nicht bloss die schmähhliche, in der Amtssphäre des öffentlichen Glaubens ausgeheckte Verleumdung, auch eine Reihe anderer Schwindlerstücke*) hat der genannte Herr produziert, um mittels eines betrügerischen Prozesses — Advokatenhonorar erbeuten zu können!

Freilich winkte dem so mutigen und findigen Rechtsmann auch noch etwas anderes, als blosses Prozesshonorar: ihm winkte auch die Administratorstelle im streitig zu machenden Schlossgut, und — der Teufel hole die Hirngespinnste der Amtspflicht und des Amtseids, der Manneswürde und Selbstachtung, der Redlichkeit und Ehre, sobald sie solchen Aussichten sich entgegenstellen wollen!

Thatsächlich hat er sie auch über fünf Jahre innegehabt, die verlockende Administratorstelle, und das mit solchem Erfolge, dass die kostbaren, luxuriösen Bauten so ziemlich zu Ruinen, der prächtige Park und Garten zu einer Art Wildniss geworden, eine Menge von Bäumen und wertvollen Gewächsen verschwunden sind**). Hätte die Strafjustiz von Lugano alsbald, als ihr das verbrecherische Treiben des Herrn Stoppani zur Anzeige gebracht und Strafantrag gegen ihn gestellt wurde, sich mit der Sache be-

*) Bezüglich dieser liegt meine Disciplinarklage, erhoben gegen Stoppani auf Grund Art. 586 der Tessiner Civilprozessordnung, seit Ende Oktober 1892 bei dem Appellgericht.

**) Dem Verkäufer (erstem Hypothekgläubiger) und seinem bevollmächtigten Stellvertreter (Verfasser dieses Schriftchens) war der Eintritt in das Gut vom Administrator Stoppani versagt. Warum das?

fassen wollen, sie hätte nicht nur im Schlosspark und Garten selbst noch gar viele Spuren der geschehenen Beseitigung von Bäumen und Gewächsen gefunden, sie hätte auch in manchem der Exemplare, welche den eigenen Lustgarten des Herrn Stoppani in Ponte-Tresa und auch einen anderen Garten zu Lugano zierten, einen Flüchtling aus dem Schlossgute entdecken können.

Auf ungefähr 400000 Franken berechnet sich der Schaden, welcher dem Verkäufer des Schlossguts gerade durch jenen Mann zugefügt worden ist, der durch seine eigene Amtsthätigkeit derartige Verbrechen und Schäden von vornherein rechtlich unmöglich, ja, undenkbar gemacht hatte! Und dabei gilt es in Lugano als notorisch, dass dieser Mann kaum viel mehr Centimes sein eigen nennen kann, als er Franken zur Gutmachung des verbrecherisch verursachten Schadens notwendig hätte!*)

Und nicht einmal die Ausflucht steht Herrn Stoppani zu Gebote, dass er durch den Prozess seinem Klienten, dem Käufer, einen Nutzen schaffen wollte. Als Jurist und zudem Selbstfabrikant der zur Klagebasis gewählten amtlichen Verleumdung wusste der Mann ja vom Anfange

*) Diese Lage wird allerdings ganz wesentlich geändert erscheinen, sobald Herr Stoppani folgende Summen erhält: 40 000 Fr., die er noch als Honorar für seine Administration des Schlosses, 12 000 Fr. die er noch als Anwaltsgebühren für den geführten Civilprozess fordert, ferner eine riesige Summe, die er, wie ich höre, als Schmerzensgeld für die Veröffentlichung der in diesem Büchlein enthaltenen Wahrheiten beanspruchen will.

an, dass er für seinen Klienten nichts, gar nichts erstreiten könnte, als ein schmachvolles und dazu sehr kostspieliges Unterliegen.

Nur für sich selbst konnte Stoppani Nutzen aus seiner strafbaren Thätigkeit erwarten, und zur Quelle dieses Nutzens musste ihm der Schaden dienen, den er nicht nur dem Gegner, sondern auch dem eigenen Klienten auflud.

Ich, der Verfasser dieser Zeilen, bin diejenige Persönlichkeit, welche als Bevollmächtigter des Verkäufers, in Gemeinschaft mit dem Bevollmächtigten des Käufers, beim Abschlusse des notariellen Vertrages handelte, ich bin es, der für die Rechtswirksamkeit der betreffenden Handlung dem Mandanten haftet, und ich bin es, gegen den der so seltene Notar seine grässliche Verleumdung in die Welt geschleudert hat.

Den traurigen Mut hierzu mag er wohl aus dem Umstande geschöpft haben, dass ich damals, fern von Lugano, in Petersburg angestellt und wohnhaft war und es einem Mann wie Stoppani allerdings als undenkbar erscheinen mochte, dass ich zur Verteidigung meiner Ehre und zur Erwirkung gebührender Sühne für seine schreienden Amtsverbrechen Petersburg aufgeben und mich in Lugano selbst festsetzen würde.

Schon vor geraumer Zeit habe ich nun bei der Justiz in Lugano Strafantrag gegen Stoppani gestellt. Allerdings wurde mir vom angegangenen Untersuchungsrichter, indem er die ausserordentliche Schwere der Reate anerkannte, die alsbaldige Eröffnung des Untersuchungsverfahrens zugesagt, aber bei dieser Zusage hatte es auch sein Be-

wenden. Nach einigem Zuwarten stellte ich den Antrag, es solle die Justiz, falls sie meine Anklage etwa nachträglich als unbegründet befunden, gegen mich selbst, der ich dieselbe aufs Entschiedenste aufrecht erhalten wolle, um schwerer falscher Anklage willen strafrechtlich vorgehen. Es wurde mir daraufhin das Versprechen alsbaldiger Einleitung der Untersuchung erneuert; aber diese Versprechenserneuerung war auch der letzte Erfolg meiner Bemühungen bei dem Untersuchungsrichter.

Während der ganzen Zeit hatte ich auch Stoppani in mannigfacher Weise zur Leistung gebührender Genugthuung und möglicher Gutmachung seines Unrechts aufgefordert. Stoppani antwortete darauf wiederholt vor Gericht und vor einer anderen Behörde*) mit der feierlichen Drohung, er werde selbst Strafantrag gegen mich wegen falscher Anklage erheben und also sich Ruhe schaffen vor mir und meinen Prätentionen. Lange wartete ich auf die Erfüllung dieser Drohung, die mir als hochwillkommenes Versprechen galt, provozierte ihre Verwirklichung noch, wie ich nur konnte, musste aber leider zur Überzeugung gelangen, die Drohung sei nichts als ein alberner Einschüchterungsversuch gewesen, ein Versuch, von welchem sich einen Erfolg freilich nur derjenige versprechen mag, der von Ehre und Manneswürde keine genügende Ahnung hat.

*) Vor dem Herrn Regierungs-Kommissar, den er um Hilfe gegen mich anging.

Da alle meine Anträge auf ein Vorgehen der Justiz fruchtlos geblieben, so wünschte ich nichts sehnlicher, als doch noch Stoppani zur Stellung seines mir angedrohten Strafantrages vermögen zu können, damit doch hierdurch die Gerechtigkeit in Gang gebracht würde. Aber leider zieht Stoppani nun vor, die unausgesetzt auf ihn niederhagelnden, vernichtendsten Anklagen und Provokationen mit möglichster Würde und eiserner Beharrlichkeit — einzustecken, gleich als rechnete er darauf, auch sie durch sein eigenes Schweigen zum Verstummen zu bringen, um dann in voller Ruhe die Früchte seiner Verbrechen fortgeniessen zu können.

Das sind die Verhältnisse, die mich nun zur Veröffentlichung der gegenwärtigen Zeilen zwingen. Bemerken will ich noch, dass ich sowohl diese Veröffentlichung, als auch ihren Zweck dem Notar Stoppani und ebenso dem Herrn Untersuchungsrichter von Lugano angekündet habe. Ich that dies in der Hoffnung, durch diese Ankündigung vielleicht den Notar zur Verwirklichung seiner Drohung und den Untersuchungsrichter zur versprochenen Eröffnung des Strafverfahrens veranlassen zu können. Auch diese Hoffnung hat mich getäuscht.

So widme ich denn heute die gegenwärtige Darstellung dem öffentlichen Gewissen und Rechtsgefühl, im festen Vertrauen, dass diese mächtigen Träger der Volksmoral und Volkswohlfahrt gewiss ihre Stimme erheben werden, um Licht und Recht in dieser Sache zu fordern. Es handelt sich ja nicht bloss um Verhältnisse und Interessen eines

Privatmannes, es handelt sich hier vornehmlich um schreiende, unerhörte Amtsverbrechen eines öffentlichen Notars und Vertrauensmannes, um Verbrechen, welche dieser nur durch empörendste Schändung des vom Staate, d. h. vom souveränen Volke, ihm verliehenen Amtes verübte und verüben konnte. Es handelt sich um Reate, welche vor allem ein grobe Insulte und einen hohnvollen Vertrauensbruch gegenüber dem Staate und jedem Mitbürger enthalten, zudem aber die subsidiäre Verantwortlichkeit des Staates nach sich ziehen. Denn der Staat muss der Privatperson, welche der Amtsthätigkeit eines Notars bedarf, wenigstens dafür haften, dass es dem von ihm aufgestellten Notar nicht an der normalen bürgerlichen Rechtschaffenheit fehle. Diese Haftpflicht des Staates liegt in der Natur der Sache; denn der Staat ist es, der das Notariatsamt verleiht, mit diesem Amte nur einzelne wenige Männer seiner Wahl investiert und das Publikum für seine Bedürfnisfälle gerade an diese Persönlichkeiten bindet. Selbstverständliche Pflicht des Staates ist es daher, nur Männer von zweifelloser Rechtschaffenheit als Notare zu bestellen und jedem Notar, der sich einer Unredlichkeit schuldig macht, sofort das Amt zu entziehen. Es ist Pflicht des Staates, nicht nur bei der Aufstellung eines Notars sich vor allem seiner Rechtschaffenheit und Zuverlässigkeit zu versichern, sondern auch bei den schon im Amte stehenden Notaren die entsprechende Bedachtnahme auf die Fortdauer jener Eigenschaften zu üben. Das Publikum seinerseits ist ja gezwungen, den vom Staate aufgestellten Notar von vornherein als recht-

schaffenem Mann zu erachten, von Seite dessen es einer durchaus loyalen Behandlung der betreffenden Geschäfte sicher sein könne und müsse. Gilt dieses schon für die Landesangehörigen, um wie viel mehr muss es erst für Fremde gelten, die da eines Notars bedürfen. Mit Land und Leuten unbekannt, können solche sich überhaupt nicht um persönliche Eigenschaften des Notars, sondern nur darum kümmern, dass derselbe wirklich legal angestellter Notar sei und also dem ihm zu übertragenden Geschäfte legale Kraft und Wirkung geben könne und werde. In solcher Lage waren im März 1887 wir, die beiden Kontrahenten aus Russland. Wir wurden auf unsere Erkundigung nach einem offiziellen Notar an Stoppani gewiesen, überzeugten uns lediglich von der Richtigkeit seiner amtlichen Stellung und übertrugen ihm daraufhin ohne weiteres unser sehr bedeutendes Geschäft. Die Thatsache seiner Aufstellung durch den Staat war uns eben eine vollgenügende Garantie des Staates für die amtliche Rechtschaffenheit und Zuverlässigkeit dieses Mannes.

Ein weiterer Grund für die bemerkte Haftpflicht des Staates liegt in seinem Rechte auf die sehr bedeutenden Taxen, die er für sich selbst aus den Amtsgeschäften seiner Notare bezieht. Pflichtig bezüglich dieser Staatstaxen ist jeder, der einen notariellen Akt errichten lässt, wogegen der Staat, unter dessen Autorität der Akt errichtet ist, diesem den Charakter der öffentlichen Urkunde garantiert. Diese Staatsgarantie involviert an und für sich auch die Sicherstellung des Aktes gegen unbegründete Angriffe, welche gegen seine Rechtswirksamkeit

erhoben werden sollten. In unserem Falle sind solche Angriffe thatsächlich erhoben worden, und sie haben dem Besitzer des Akts einen riesigen Schaden verursacht. So ist die Voraussetzung gegeben, unter welcher die Haftpflicht des Staates ihre Ausübung zu finden hat.

Dieses Argument wird verstärkt durch das Folgende: Der ungerechtfertigte Angriff ist sogar vom Notar selbst gekommen, der den legalen Akt hergestellt hatte. In seinem Amte aber ist der Notar in gleicher Weise das Organ und der Repräsentant des Staates, wie das der Richter in der Rechtsprechung ist. Denn das Notariat ist ein Zweig der freiwilligen Gerichtsbarkeit, alle Gerichtsbarkeit aber ist Attribut der Souveränität, d. h. sie gehört dem Staat. Der eigentliche Notar ist daher der Staat, in gleicher Weise, wie der Staat der eigentliche Richter ist. Der wirklich funktionierende Richter, der wirklich funktionierende Notar, beide amtieren nur als Stellvertreter des Staats.

Hierin gerade liegt das Recht des Staates auf die Taxen, die ihm aus dem Notariate zukommen, und zwar direkt ihm, dem Staate, nicht dem Notar. Wenn der Staat den Notaren als Lohn ihrer Amtsthätigkeit einen gewissen Teil jener Taxen zuweist, so ist das nur eine spezielle Art der von ihm geleisteten Besoldung an die Notare. Würde der Staat auch seine Richter nicht mittels eines Gehaltsfixums, sondern durch Zuweisung der Gerichtstaxen oder eines Teils derselben besolden, so könnte das den amtlichen Charakter des Richters,

als des Stellvertreters des Staats, durchaus nicht beeinträchtigen noch berühren.

In der That funktioniert der Notar nicht für eigene Rechnung, wie etwa der Rechtsanwalt, der Notar funktioniert für Rechnung des Staates, den er vertritt.

Der Private, welcher einen Notariatsakt errichten lässt, hat es mit dem Staate zu thun. Das eben ist aber das beruhigende Moment für den Privaten, sobald er genötigt ist, einem ihm unbekannten Notar ein bedeutendes Amtsgeschäft zu übertragen. Gleichgiltig kann es ihm sein, ob dieser Beamte ein rechtschaffener Mann ist oder ein Schurke, ob reich oder arm; derselbe ist der Mann jenes Staates, mit dem man da in Beziehung tritt.

Ich sage nur noch, dass der Staat Tessin thatsächlich sofort nach der Errichtung des betreffenden Akts durch seinen Notar Stoppani auch seine Taxen dafür erhalten hat.

So sind alle Momente gegeben, welche die Haftpflicht des Staats für die Schäden begründen, die da ein Stoppani durch die Schändung seiner Amtspflicht verursacht.

Es wäre auch unwürdig eines Staates, sich solcher Verbindlichkeit etwa dadurch entziehen zu wollen, dass er den also betrogenen und geschädigten Privaten an den zahlungsunfähigen Notar verwiese. Den Rückgriff auf diesen seinen eigenen Mann mag der Staat sich vorbehalten.

Nicht einmal durch ein spezielles Gesetz könnte eine auf dem Staatsorganismus beruhende Haftpflicht für Verbrechen oder Verbrechensfolgen auf-

gehoben werden. Denn Folgen von Verbrechen schon von vornherein durch ein Gesetz beseitigen, als wirkungslos erklären zu wollen, das hiesse eine gesetzliche Missgeburt schaffen, welche dem Recht und der Moral, den Grundlagen jeder staatlichen Ordnung, Hohn sprechen würde. Es wäre das ein Gesetz von der Bedeutung: feststehende Prinzipien zu stürzen, manches wohlbegründete Recht zu töten, auch schon bevor es noch geboren, dagegen die Bahn zu ebnen für manches Verbrechen.

Schon im Verhältniß zu seinem Staate, seinen Mitbürgern erscheint daher ein Notar, welcher zu Amtsdelikten fähig ist, als eine wahre Gefahr.

Nicht minder gefährlich ist er für die Rechtssicherheit im allgemeinen, diese Grundbedingung der staatlichen und gesellschaftlichen Ordnung, des Blühens von Handel und Verkehr, der Mehrung von Wohlstand und Lebensglück. Als Vertrauensmann seines Staates mit jenem Amte bekleidet, welches vornehmlich die Förderung und Festigung der Rechtssicherheit zur Aufgabe hat, erhält ein gewissenloser Notar gerade durch den Posten, auf welchem er steht, gar oft Gelegenheit und Möglichkeit, zum Schaden des Rechts zu wirken. Der Beweis dafür ist mir selbst und mit sehr fühlbarer Überzeugungskraft vom Notar Stoppani geliefert worden; denn nur sein Notarsamt hat mich zu ihm geführt und ihm die Möglichkeit verschafft, die Verbrechen zu verüben, unter denen ich seufze.

Noch gefährlicher ist jener gewissenlose Notar, welcher nebstdem auch als Rechtsanwalt solche Prozesse zu führen befugt ist und auch wirklich

führt, in denen ein von ihm gefertigter notarieller Akt eine Rolle spielt. Eine solche Doppelfunktion ist in den Tessiner Gesetzen wohl nur deshalb nicht ausdrücklich verboten, weil ihr ohnehin schon die Gesetze des elementarsten Anstands entgegenstehen, und weil daher von vornherein die Annahme ausgeschlossen war, dass sich je ein Notar finden könnte, der zur Bekämpfung oder gar zur verbrecherischen Bekämpfung eines von ihm selbst errichteten notariellen Akts sich später als Anwalt hergeben würde.

Schon durch die alleinige Thatsache seiner Übernahme eines solchen Prozesses hat sich daher der öffentliche Notar und Rechtsanwalt Stoppani das Zeugnis einer Denkweise gegeben, die weder Recht noch Anstand achtet. So wird es erklärlich, dass er nicht einmal vor den infamierenden Verbrechen zurückscheuchte, durch welche er die Entstehung des Prozesses erst ermöglichen musste.

Wenn man ferner bedenkt, dass dieser Mann dem so schändlichen Prozesse eine fünfjährige Dauer zu geben vermochte, so kann man keines weiteren Beweises mehr bedürfen, um in einem solchen Notar und Rechtsanwalt einen geradezu gemeingefährlichen Menschen zu erkennen. Denn derselbe kompromittiert seinen Staat, d. i. seine Mitbürger, gefährdet die allgemeine Rechtssicherheit und schadet durch die Schändung seiner eigenen Amtswürde auch dem amtlichen Ansehen und der Amtsautorität überhaupt.

Nun ist der Notar und Rechtsanwalt Stoppani nicht nur Beamter und offizieller Vertrauensmann

seines engeren Tessiner Vaterlandes, er ist es sogar für die ganze Schweiz, für ein gesamtes Volk und zwar ein Volk, das ob seines stets bewiesenen Biedersinnes und durch sein allzeit kräftiges und entschiedenes Eintreten für Recht und Sitte die Hochachtung und Bewunderung aller Nationen genießt.

Leo de Stoppani hat nämlich auch Amt und Würde eines Ergänzungsrichters am höchsten Schweizerischen Gerichtshof, dem Bundesgerichte zu Lausanne, ferner die Stelle eines Mitglieds der Landesgesetzgebung, nämlich eines Deputierten im Nationalrat zu Bern.

Vergebens suche ich mich der Vermutung zu erwehren, dass gerade diese Würden und Titel des Herrn Stoppani eine abschwächende Wirkung auf meinen in Lugano gestellten Strafantrag geübt haben mögen. Diese Vermutung erfüllt mich aber mit um so grösserem Vertrauen auf eine prompte Justiz für den Fall, dass Stoppani seine Drohung, resp. sein Versprechen erfüllen, also seinerseits gegen mich, den obskuren Fremdling, einen Strafantrag stellen wird.*)

Sollte ihn dazu auch das gegenwärtige Schriftchen noch nicht veranlassen, so möge es doch die Macht der öffentlichen Meinung thun, an welche diese Zeilen als Hilferuf, nicht für mich,

*) Das war einmal ein Vertrauen, welches mich nicht getäuscht hat: Kaum war der Strafantrag des Herrn Stoppani gegen mich (auf Grund der ersten Ausgabe dieses Broschürens) gestellt, als auch sofort die betreffende Untersuchung eröffnet wurde!

sondern für Wahrheit und Recht gerichtet sind. In der That sind es zunächst nicht meine und überhaupt nicht persönliche Interessen, für welche ich die Öffentlichkeit angehe; ich bezwecke vielmehr vor allem, dass mit Hilfe der öffentlichen Meinung die nötige Aufklärung der von mir vorgeführten Thatsachen und Zustände erwirkt, auf dass nachher, je nach Gestalt dieser Aufklärung, dem Rechte gemäss gehandelt werde. Deshalb habe ich es für jetzt darauf abgesehen, dass die Justiz endlich zum Vorgehen gelange, wobei mir vollkommen gleichgiltig ist, ob sie mir die Rolle des Klägers oder des Beschuldigten zuweise. Diesem meinem Verlangen wird jeder Redlichdenkende beitreten müssen; denn es handelt sich hier um Verhältnisse, welche das öffentliche Gewissen, die Ehre und die Interessen des Volkes in Mitleidenschaft ziehen, und denen gegenüber die öffentliche Meinung sich nicht teilnamslos verhalten kann. Da in der Schweiz alle öffentlichen Ämter und Vertrauensstellen vom souveränen Volke verliehen sind, so muss das Volk in Konsequenz seiner Ehre, seiner Selbstachtung und obersten Autorität auch auf eine seiner würdige, gewissen- und ehrenhafte Verwaltung jedes Amtes dringen; im gleichen muss es die von ihm selbst ausgehende, in ihm selbst fassende Amtsehre und Amtswürde hochhalten und demgemäss jeder Schändung eines öffentlichen Amtes entgentreten. Letzteres ist in erhöhtem Masse dann geboten, wenn die Schändung des Amtes durch den Träger selbst begangen ist, da sie dann auch noch einen insultierenden Vertrauensbruch gegen das Volk

und eine Beschimpfung und Gefährdung der öffentlichen Autorität in sich schliesst.

Muss dem Volke die Aufrechterhaltung der Ehre und Würde seiner Ämter am Herzen liegen, so ist dasselbe konsequenterweise auch dafür interessiert, dass jeder auf Entehrung seiner Beamten und Vertrauensmänner gerichtete Angriff einer Privatperson womöglich zurückgewiesen und zu Schanden gemacht werde. Nimmermehr wird daher das Volk gedulden, dass irgend einer seiner Beamten und Stellvertreter derartige Angriffe ruhig einstecke und also in seiner Person auch die Amtswürde verdächtigen lasse, die er verkörpert.

Dieses Verhältniss liegt nun in der Person des mit mehreren öffentlichen Ämtern und Vertrauensstellen geschmückten Leo de Stoppani vor. Er ist in seinem amtlichen Charakter mit Anschuldigungen der entehrendsten Art belastet, einer Reihe von Amtsverbrechen bezichtigt, von denen sich zu reinigen er — wenn nicht sich selbst, so doch — dem Volke schuldig ist. Freilich weiss ich für meine Person gut genug, dass es für Stoppani eine sehr saure Aufgabe sein wird, meine Anschuldigungen entkräften zu sollen, deren vollkommene Wahrheit schon aus den einschlägigen Prozessakten des Civiltribunals Lugano erhellt, zudem aber noch durch anderweitige Beweismittel dargethan werden wird, sobald man mir nur die Möglichkeit solcher Beweisführung gewährt.

Aber so gut das nun mir und einigen andern Personen, unter diesen auch Herrn Stoppani

selbst bekannt ist, so bildet es darum noch kein Notorium für die Öffentlichkeit. Deshalb wird die öffentliche Meinung nicht nur zur Aufrechterhaltung der Amtswürde und Staats-Autorität, sondern sogar im Interesse des Herrn Stoppani selbst denselben dazu drängen müssen, seinerseits die legalen Schritte zu thun, um meine Anschuldigungen womöglich zu vernichten und mir für dieselben, wenn sie als falsch erwiesen, die Strenge des Strafgesetzes fühlbar zu machen.

Zu diesem Zwecke stelle ich mich ihm und der Strafjustiz, wie ich das schon mehrmals gethan, auch hiermit wieder zur Verfügung, indem ich nochmals erkläre, dass ich meine Anklagen aufs Entschiedenste aufrecht erhalte und sie bei jeder Gelegenheit wiederholen werde, bis endlich die Justiz ihr definitives Urtheil bezüglich derselben gesprochen.

Unmöglich ist es mir, zu glauben, dass der gegenwärtige Hilferuf ungehört und erfolglos bleiben werde. Sollte dieses gleichwohl eintreten, so wird mir niemand verdenken können, wenn ich dann zur Verteidigung meiner mir über alles teuren Ehre und zur Bekämpfung von Verbrechen, die ein öffentlicher Beamter mit aller Sicherheit vor Verantwortung begehen konnte, mich zu Schritten gezwungen sehe, die ungleich mehr Wiederhall wachrufen möchten, als die gegenwärtigen Zeilen.

Zum Schlusse sei noch bemerkt, dass ich die volle Verantwortung für diese meine Schrift nicht nur übernehme, sondern sogar beanspruche und das für mich allein, mit Ausschluss jeder anderen

Person. Zur Bekräftigung dessen folgt hier meine volle Namensunterschrift nebst Adresse.

Lugano, im Mai 1893.

Josef Weber,
Villa Monte Carmen.

Der italienischen Ausgabe dieses Schriftchens hatte ich nachstehendes Vorwort beigegeben:

An die geneigten Leser.

Zufolge zahlreicher freundlicher Aufforderungen, die mir von allen Seiten des Kantons Tessin zugehen, kann und will ich nicht länger zögern, hiermit die Übersetzung ins Italienische meines in deutscher Sprache erschienenen Broschürens gegen Herrn Stoppani zu veröffentlichen.

Das deutsche Büchlein hat bereits einige gute Erfolge für mich erzielt. Der bedeutendste davon ist, dass es Herrn Stoppani dazu gebracht, endlich seinen mir wiederholt versprochenen und von mir so sehr ersehnten Prozess auch wirklich gegen mich anzustrengen.

Angesichts dieses bevorstehenden Prozesses, wird für das Publikum im Tessin die gegenwärtige italienische Übersetzung nicht ohne Nutzen sein. Sie bietet ihm die nötigen Aufschlüsse über die

Thatsachen, welche den Gegenstand des Prozesses bilden werden, Thatsachen, die — weil die Rechtssicherheit des Kantons betreffend — für alle Bürger von Interesse sein müssen.

Auch für Herrn Stoppani selbst wird diese Übersetzung von einigem Werte sein; sie ist vom Verfasser des deutschen Büchleins selbst gemacht, also authentisch. Deshalb werde ich dafür Sorge tragen, dass Herrn Stoppani das erste Exemplar dieser Ausgabe zugesandt werde.

Auch hier wiederhole ich meine der deutschen Ausgabe beigefügte Erklärung, dass ich stets für mich allein die volle Verantwortlichkeit für dieses Schriftchen beanspruchen werde.

Ein anderes für mich gutes Ergebnis des deutschen Büchleins ist der Zorn von Seite manches Juristen, dessen Anschauung über Recht und Gerechtigkeit im gewaltigen Widerspruche mit der meinigen stehen muss. Ein solcher Herr erachtet mich wohl für verpflichtet, einem Stoppani all' das preiszugeben, was er meinem Mandanten und mir verbrecherisch genommen hat! Wenn derjenige, der mich so grossmütig mit solcher Verpflichtung bedenkt, sich selbst an meiner Stelle befände, o gewiss, dann würde, für ihn würde eine derartige Verpflichtung nicht bestehen; denn solche ist nur zu meinen Lasten, eigens zu meinem Nachteil geschaffen worden!

Da ich auf den erwähnten, mir zugezogenen Zorn mir etwas einbilde, so wünsche ich ihm ein Leben ohne Ende.

Ich glaube, die geneigten Leser von einer gewissen Stimme in Kenntniss setzen zu sollen, welche

entdeckt haben will, mein Büchlein sei diktiert von einer — „Liebe zum Skandal!“ Es erscheint mir als unverständlich oder bemitleidenswert, den Skandal in einem Büchlein zu finden, das nur über Dinge der traurigsten Art berichtet, über Übel, welchen abgeholfen werden muss, sollen sie nicht wachsen und weitere Übel erzeugen, zum Schaden des Wohlstandes eines ganzen Volkes! Ich bin ein Mann von 63 Jahren, Jurist mit Herz und Sinn, und nichts steht mir höher in der Welt, als Recht und Justiz — die wahre Justiz nämlich, die erhabene Göttin, nicht jene feile Dirne, die manchmal auch für sich den ehrfurchtgebietenden Namen beansprucht und ihn also entehrt.

Um keinen Preis würde ich mich jemals herbeilassen, Skandalöses zu schreiben oder für solche zu schreiben, die am Skandal Vergnügen finden. Wenn ich glauben müsste, dass mein Broschürchen in keinem anderen Sinne, als dem der erwähnten Stimme aufgefasst werden, und keinen anderen Nutzen bringen würde, als den von ihr vorausgesetzten — so würde ich die beiden Ausgaben lieber verbrannt, als gelesen wünschen!

Aber nein, ich erachte mich als sicher, dass jeder ehrliche Mann von gesundem Sinn die wahre Tendenz des Schriftchens anerkennen wird. Deshalb erwarte ich von letzterem noch manch' gute Wirkung, nicht nur für meinen Mandanten und mich, sondern auch für andere. Diese Hoffnung ist es, die mich zur Herausgabe des Schriftchens veranlasste.

Nicht unterdrücken kann ich zum Schlusse, dass mein Mandant, der von Stoppani verbrecherisch

geschädigte und verleumdete Herr, das Haupt jener edlen, in Lugano nicht vergessenen Familie ist, welche da während eines Aufenthaltes von 15 Jahren (von 1866—1881) die Wohlthäterin der Gegend war. Jeder Ehrenmann von Lugano fühlt gewiss aus sich selbst heraus, wie heilig mir meine Pflicht sein muss: sie zu verteidigen gegen das Verbrechen, — die Ehre und die Interessen dieses meines Mandanten!

L u g a n o , den 22. Juni 1893.

J. Weber.

Zweiter Teil.

Eine Episode

aus dem

Strafprozess „Stoppani-Weber“ im Schweizer Kanton Tessin.

(Eine „Frucht“ der vorstehenden „Blüte“.)

I.

Dem Broschürchen „eine Blüte“, und zwar schon der deutschen Ausgabe, hatte ich es zu danken, dass Herr Stoppani endlich seine Strafklage gegen mich stellte, und dass dadurch die Justiz in Thätigkeit kam.

Ich bewies in der Voruntersuchung die Wahrheit des Inhalts meines Schriftchens und insistierte auf meinem früheren Strafantrag gegen Stoppani.

Es erfolgte aber am 21. August 1893 ein Beschluss der Anklagekammer dahin,

- 1) dass ich wegen Diffamation und Injurien, begangen durch Schmähschrift zum Schaden des Herrn Stoppani, in Anklagezustand versetzt wurde;
- 2) dass Herrn Stoppani alle Civilansprüche gegen mich ob meiner Strafthat vorbehalten wurden;
- 3) dass mein eigener Strafantrag gegen Stoppani zurückgewiesen wurde.

Diese letzte Disposition gründete sich auf die Annahme, dass Stoppani, wenn er auch alles das gethan, was ich ihm zur Last lege, es doch nur als Rechtsanwalt eines andern in einem Civilprozess gethan habe, also nicht in eigener Person dafür verantwortlich sei.

Gegen diesen Beschluss rekurrierte ich an das Appellgericht des Kantons. Dieser Gerichtshof gab in seinem Erkenntnis vom 13. Oktober der vorstehenden Disposition Nr. 3 eine Auslegung, wodurch die straf- und civilrechtliche Verantwortlichkeit Stoppanis — die Wahrheit meiner Anschuldigungen vorausgesetzt — wenigstens bezüglich jener Handlungen anerkannt wurde, deren er sich in der Eigenschaft als Notar und als Gutsverwalter schuldig gemacht hätte. Doch müsste zuvor der von Stoppani gegen mich anhängig gemachte Diffamationsprozess entschieden sein, ehe ich gegen Stoppani vorgehen könnte.

So standen die Sachen, als am 7. Mai d. J. vom Tribunal Lugano die Hauptverhandlung gegen mich als den Angeklagten im Diffamationsprozess eröffnet wurde.

Am 10. Mai, dem vierten Tage der Debatten, sah ich mich veranlasst, auf meine Verteidigung zu verzichten.

Infolge dessen wurde — auf Antrag des Staatsanwalts Herrn Carlo Conti — sofort der Schluss des ganzen Verfahrens verfügt, und für den nächsten Tag das Endurteil angekündigt. Am 11. Mai erliess das Tribunal auch wirklich ein Urteil, aber dahin lautend, dass die stattgehabten Debatten null und nichtig und die Kosten dem Staate aufzubürden seien.

Gegen dieses Urteil legte der Staatsanwalt, Herr Carlo Conti, Rekurs zum Appellgerichte des Kantons Tessins ein, und am 28. Juni fand vor letzterem Gerichtshofe die betreffende öffentliche Verhandlung statt.

Dabei stellte Herr Staatsanwalt Conti den Antrag, es seien — unter Aufhebung des Beschlusses der I. Instanz — die annullierten Debatten als gültig zu erklären, und es sei das Tribunal I. Instanz zu verhalten, dass es e n t w e d e r mich sogleich in contumaciam verurteile, o d e r die abgebrochenen Debatten vom Punkte ihres Abbruchs an wieder aufnehme und fortsetze, um daraufhin zu einem Endurteil zu gelangen.

Indem der Staatsanwalt mit Vorzug die erste dieser Alternativen zur Annahme empfahl, suchte er beide vom Gesichtspunkt einer Strafe gegen mich zu begründen. Denn durch meinen Verzicht auf die Verteidigung und durch mein darauf gefolgtcs Verlassen des Gerichtssaales hätte ich mich — so sagt der Herr Staatsanwalt — als Rebellen gegen die Gesetze gezeigt. Dafür aber müsste ich umsomehr bestraft werden, als ich sonst auch bei weiteren Gelegenheiten wieder zu rebellieren geneigt sein könnte!

Diese Anschuldigung gegen mich ist um so ernsterer Natur, als sie vom Staatsanwalt, d. h. vom speziellen Wächter der Gesetzlichkeit erhoben ist. Gerade dieses ihres Ursprungs wegen könnte sie daher immerhin bei dem einen oder andern Landesangehörigen Eindruck erwecken, zumal ich nicht Tessiner, sondern Ausländer und nur derzeit im Tessin wohnhaft bin.

Muss denn nicht in jedem Patrioten Erbitterung gegen einen Fremdling aufsteigen, wenn dieser die ihm gewährte Gastfreundschaft mit Rebellion gegen die Gesetze lohnt!

In der That wäre ich der mir gewährten Gastfreundschaft unwürdig, falls ich den mir vom Staatsanwalt gemachten Vorwurf auch nur einigermaßen verdiente. Gerade deshalb aber ist es meine Ehrenpflicht, den Vorwurf zurückzuweisen, falls er unbebegründet ist.

Und er ist unbegründet, auch nicht ein Fünkchen von Berechtigung liegt in ihm!

Das soll von mir, dem mit Unrecht Bezichtigten, im Nachstehenden gezeigt werden.

Insbesondere drängt es mich, das meinem lieben deutschen Vaterlande nachzuweisen, dessen ich — auch im Auslande lebend — niemals unwürdig erscheinen möchte.

Am 10. Mai habe ich vor dem Tribunal Lugano meinen Verzicht auf die Verteidigung erklärt und ohne Widerspruch von irgend einer Seite, also mit stillschweigender Zustimmung aller Beteiligten, den Gerichtssaal verlassen. Ich handelte daher überhaupt nur innerhalb meines Rechtes. Auch in Lugano aber gilt der Grundsatz: „qui suo jure utitur nemini facit injuriam“.

Schon dieses Prinzip im allgemeinen dürfte den schweren Vorwurf des Herrn Staatsanwalts Conti zu Schanden machen.

Ob ich nun auch niemand eine Rechtfertigung meiner Handlungsweise schuldig gewesen wäre, dennoch fand ich es, gerade in meiner Eigenschaft als Ausländer, der Delikatesse entsprechend, vielen

mir zugehenden Anfragen zufolge sogleich eine öffentliche Aufklärung über die Motive meines Schrittes zu geben. Diese erschien bereits am nächsten Tagen im Journal „Corriere del Ticino“ No. 107 vom 11. Mai, und ich will sie hier in freier Übersetzung wiederholen. Sie lautete also:

Erklärung.

Von vielen Seiten werde ich um Aufschluss gedrängt, warum ich im Diffamationsprozess Stoppani gegen Weber (mich), gestern während der Fragestellung an Herrn Stoppani so plötzlich meine Verteidigung aufgegeben habe. Um dem allgemeinen Verlangen gerecht zu werden, sehe ich mich zu folgender Veröffentlichung veranlasst:

Gegen den Verweisungsbeschluss der Anklage-Kammer hatte ich Rekurs an das Appellgericht des Kantons Tessin eingelegt, indem ich mich darüber beschwerte, dass die Kammer über folgende drei von mir gegen Stoppani erhobene Anschuldigungen gar nicht geurteilt hatte:

1) über seine Verletzung der Amtspflichten als Notar;

2) über die von ihm in der Verwaltung von Trevano verschuldeten Beschädigungen;

3) über die von ihm in seiner Denunciation vom 25. Juni 1888 gegen mich begangene gerichtliche Verleumdung.

In seinem Urteil vom 13. Oktober vorigen Jahres (zu lesen im Repertorium der vaterländischen Rechtspflege S. 84) entschied das Appellgericht, im gegenwärtigen Prozesse könne meinem Verlangen, dass Stoppani auf vorstehende Titel hin in Anklagestand versetzt würde, nicht

stattgegeben werden. Diese Disposition wurde sodann mit folgenden Worten begründet:

„Der Antrag Webers kann von ihm dann gestellt werden, wenn er vorher im gegenwärtigen Prozess den Beweis der Anschuldigungspunkte erbracht und dadurch seine Freisprechung erwirkt haben wird.“

Im Vertrauen auf diese Entscheidung des Appellgerichts rüstete ich mich im gegenwärtigen Prozess für meine Verteidigung, welche ganz offenbar zur Anklage gegen Stoppani führen musste.

Es wurde mir nun im Laufe der öffentlichen Gerichtsverhandlung von der Anklagepartei eine gütliche Ausgleichung der Sache angetragen, entschieden aber wies ich jedes derartige Angebot zurück; da es mir unmöglich ist, meine hohen Ideale: die öffentliche Moral und meine Ehre, zum Gegenstande eines Privatgeschachers entwürdigen zu lassen.

Das Appellgericht hatte mir gesagt, ich solle die Thatsachen, deren ich Herrn Stoppani beschuldige, beweisen; ich solle auf Grund solcher Beweisführung meiner Freisprechung gewärtig sein, und alsdann solle ich mit meinen Strafanträgen gegen Stoppani auftreten, von vornherein gewiss, dass ich dann nicht mehr zurückgewiesen würde!

Dementgegen aber wollte mir nunmehr das Tribunal von Lugano nicht nur jene Beweisführung wehren, welche zur Anklage gegen Stoppani führen könnte, sondern dazu auch diejenige noch,

welche zu meiner eigenen Verteidigung zu dienen hat.

Das ist mir gegenüber Justizverweigerung.

Unter solchen Umständen meine Rolle in einem Prozesse fortzusetzen, in welchem es sich um meine Ehre handelt, das erschien mir eines ehrlichen Mannes unwürdig. Und so liess ich denn Herrn Stoppani allein. Allein sollte er sie fortführen, seine Anklage, mit der er mich, das Opfer seiner Missethaten, auch noch mit einer „Entschädigung“ für seine eigene Person brandschatzen, mich überdies sogar zum Sühnopfer der Gesellschaft gegenüber bestimmen möchte, und zwar zur Sühne dafür, dass ich derselben Gesellschaft seine gegen mich begangenen Missethaten hilfesuchend zur Anzeige gebracht habe.

Schon seit einiger Zeit gedachte ich, mich aus Gerichtsdebatten zurückzuziehen, in denen das Recht meiner Verteidigung in so flagranter Weise vergewaltigt wurde, aber anderen Erwägungen nachgebend, that ich mir über drei Tage Gewalt an. Gestern jedoch fühlte ich mich nicht mehr im stande, meine Selbstbezwungung noch weiter zu treiben. Der gestrige Gerichtsbeschluss und dessen sich fortsteigernde Ausführung, das war der Gewaltsamkeit gegen meine Rechte viel mehr als zu viel. Der Richter entzog mir jede Möglichkeit, jene Aufgabe zu lösen, zu deren Lösung ich vor seine Schranken gerufen war, jede Möglichkeit, meine Anschuldigungen gegen Stoppani zu beweisen, obwohl mir dies vom Appellgericht gewährleistet war!

Heute wird das Tribunal von Lugano sein Urteil fassen. Das Publikum aber, welches so zahlreich den Debatten beiwohnte, hat wohl schon erkannt, dass die Ehrenhaftigkeit nicht immer genügenden Schutz findet, weder in der gerichtlichen Prozedur, noch in dem ihrem Ankläger auferlegten Schweigen.

Lugano, den 11. Mai 1894.

gez. Josef Weber.

Aus mannigfachen Äusserungen, die mir auf diese Veröffentlichung von verschiedenen Seiten des Kantons zgingen, glaubte ich abnehmen zu dürfen, dass dieselbe von allen richtig verstanden und gewürdigt würde. Und das um so mehr, als auch nicht eine einzige Stimme des Widerspruchs noch irgend einer Protestation dagegen sich hören liess. Hätte auch nur die geringste Veranlassung zu einer Entgegnung bestanden, so würde solche nicht ausgeblieben sein in einer Sache, welche die Tageslitteratur und die öffentliche Meinung des Kantons so sehr beschäftigte. Schon der Herr Staatsanwalt Conti und wohl auch das Tribunal Lugano würden meine „Erklärung“ gar nachdrucksvoll aufgegriffen haben, wäre an derselben nur das Geringste auszusetzen gewesen. Nicht im Traume kam mir daher der Einfall, das irgend jemand auf die Idee geraten könnte, in meiner Handlungsweise eine Rebellion gegen die Gesetze zu suchen.

Da erhebt nun urplötzlich Herr Staatsanwalt Conti seinen Vorwurf gegen mich vor dem Appellgerichte, wobei er freilich auch da meiner öffentlichen Erklärung mit keiner Silbe erwähnt. So

sehr ich nun von Seiten des Herrn Staatsanwalts Conti an Überraschungen bereits gewöhnt bin, seine jetzige Bezeichnung bot mir der Überraschung doch mehr, als ich für möglich gehalten hätte.

Schon das Wort „Rebellion“ selbst, auf die bloß negative Handlungsweise eines einzelnen angewendet, klingt im Munde eines Staatsanwaltes ziemlich überraschend, vornehmlich wenn zudem noch die Handlung lediglich auf den handelnden, nicht auf einen dritten sich bezieht. Weiter aber muss ich hier einschalten:

- 1) dass alle jene Akte der Vergewaltigung meiner Rechte und der gegen mich verübten Justizverweigerung, welche mich zum Verzicht auf meine Verteidigung gezwungen, zu meiner nicht geringen Überraschung vom Staatsanwalt beantragt und erwirkt wurden;
- 2) dass am 9. Mai der Staatsanwalt plötzlich während der Debatten im gefüllten Gerichtssaal mit der sehr überraschenden Mitteilung auftrat, es wären zwischen den Parteien Vergleichsunterhandlungen im Gange und dem Abschlusse nahe, eine Mitteilung, die nur in seiner Phantasie entsprungen sein konnte;
- 3) dass der Staatsanwalt dann wirklich den Versuch machte, Vergleichsverhandlungen anzuknüpfen, ein Versuch, der mich um so mehr überraschte, als es da sich nicht nur um sogenannte Antragsdelikte, sondern auch um solche Delikte handelte, die wie anderswo, so auch im Tessin *ex officio judicis* zu ver-

folgen sind und also überhaupt nicht privatim abgethan werden können. Der Inhalt des staatsanwaltschaftlichen Vergleichsvorschlags selbst überraschte mich freilich nicht mehr im geringsten; wusste ich ja, was mir von dieser Seite alles zugemutet wird. Ich sollte eine schriftliche Ehrenerklärung von der Hand Stoppanis — d. h. eine neue Insulte von Seiten dieses letzteren — erhalten, und damit sollte alles getilgt sein, was Stoppani gegen meinen Mandanten und mich verbrochen hatte!

- Dagegen war mir wieder überraschend,
- 4) dass am 10. Mai nach meinem Verzicht auf die Verteidigung der Staatsanwalt sofort schon einen Antrag auf Schluss der Prozessdebatten und auf meine Verurteilung in contumaciam zu stellen und zu begründen wusste, obwohl ich vier Tage lang recht sichtbar und hörbar an den Debatten teilgenommen hatte, obwohl ferner noch keiner der geladenen Zeugen vernommen, keine der Beweisurkunden verlesen war, und ich selbst, wenn auch den Gerichtssaal, so doch nicht meinen Wohnort Lugano verlassen hatte.

Einschalten mus ich des weiteren, dass dem staatsanwaltschaftlichen Antrag auf Schluss der Prozessverhandlungen wirklich alsogleich stattgegeben wurde, dass aber gerade dieses Stattgeben schon Tags darauf vom Tribunal selbst als ein recht schlimmes Übermass seines Eifers anerkannt werden musste. Gerade daraufhin sah sich das Tribunal genötigt, seine vorausgegangenen vier-tägigen Debatten zu annullieren. Es gab keinen

anderen Ausweg mehr aus der Sackgasse, in welche man sich verrannt hatte. So kam zu jenen Nullitätsgründen, die mich zur Verzichtleistung auf die Verteidigung veranlast, auch noch dieser weitere. Dieses weiteren Nullitätsgrundes hätte ich nicht mehr bedurft, um meinerseits, wären die Debatten auch nicht vorzeitig abgeschlossen, sondern zu Ende geführt worden, ein auf dieselben gegründetes Schlussurteil als nichtig zu bekämpfen. Der Nichtigkeitsgrund für mich lag in der Vergewaltigung und Justizverweigerung, die man gegen mich ausgeübt hatte. Begreiflich ist, dass dieser Nichtigkeitsgrund keine Erwähnung im Nullitätsbeschluss des Tribunals Lugano gefunden hat. Doch das Stillschweigen über That-sachen macht diese nicht ungeschehen. Statt in Anbetracht meines sehr gerechtfertigten Verzichts auf die Verteidigung mich einer Rebellion gegen die Gesetze zu beschuldigen, hätte gerade der Herr Staatsanwalt Ursache gehabt, mir dafür Dank zu wissen. Denn der Verzicht wurde Veranlassung zum Abschluss von Debatten, welche ausserdem noch mindestens eine Woche fortgedauert, noch mehr Mühe und Kosten und Zeitverlust verursacht haben würden, um schliesslich gleichwohl als nichtig erklärt zu werden!

Allerdings hat das Appellgericht ohnehin mittels Sentenz vom 28. Juni den staatsanwalt-schaftlichen Rekurs in der Hauptsache verworfen und den Nichtigkeitsbeschluss der ersten Instanz bestätigt. Aber auch das entbindet mich nicht von der Pflicht, hiermit noch speziell die Anschuldigung der Rebellion zurückzuweisen. Denn vor dem Appellgerichte ist es zu einer Erörterung

derselben nicht gekommen, und der Erfahrungssatz: „semper aliquid haeret“ macht mich darauf aufmerksam, dass der von so massgebender Seite ausgegangene Vorwurf gar wohl noch eine schlimme Wirkung gegen mich äussern könnte, wenn ich mein Schweigen gegen ihn fort dauern liesse. Besonders die Hindeutung des Staatsanwalts auf eine zu befürchtende Wiederholung meiner „Rebellion“ könnte eine bedenkliche Stimmung gegen mich erregen, wenn auch freilich ich selbst jene Hindeutung nur in dem Sinne auffassen kann, dass ich auch für die Zukunft vom Staatsanwalt noch manche Überraschung seiner Art zu gewärtigen habe.

So gebe ich denn zunächst jedermann die Versicherung, dass ich in manchem Lande Europas als so friedliebender und loyaler Mann bekannt geworden bin, als man sich einen solchen nur denken kann, ferner dass auch im Tessin niemand von mir eine Rebellion gegen die Gesetze zu befürchten hat. Überhaupt würde ich niemals dazu gekommen sein, mich im Tessin zu fixieren, wäre ich hierzu nicht durch die Schändung meiner Ehre und Rechte Seitens des Tessiner Würdenträgers Stoppani und durch die saure Notwendigkeit gezwungen worden, dortselbst Justiz gegen diesen Mann zu suchen.

II.

Im Broschürchen „Eine Blüte aus dem Rechtsleben des Kantons Tessin“ ist bereits angedeutet und in den Debatten vor dem Tribunal Lugano habe ich eingehend dargethan, wieviel Mühe aller

Art ich mir gegeben, nur um Justiz gegen Missethaten zu suchen, deren Opfer ich im Tessin seit Jahren geworden und immer noch bin. Ich stellte es klar, dass ich auch das erwähnte Broschürchen nur als einen notwendig gewordenen Hilferuf an die Schweizer Landessouveränität geschrieben, nachdem alle meine vorherigen Schritte vergeblich geblieben waren. Wirklich ist die Justiz erst auf mein Broschürchen hin in Thätigkeit getreten, zwar nicht für mich, aber um so entschiedener gegen mich. Denn obwohl ich in der Voruntersuchung die Thatsachen, deren ich Stoppani anklagte, hinlänglich bewiesen hatte, dass ihm nach der Überzeugung manches redlichen Mannes der Prozess sogar *ex officio judicis* gemacht werden musste, so erfolgte am 21. August vorigen Jahres der obenerwähnte Beschluss der Anklagekammer, und dieser war konform dem vorausgegangenen übereinstimmenden Antrag des Untersuchungsrichters und des Staatsanwalts und dazu mit Einstimmigkeit der betreffenden drei Richter der Anklagekammer gefasst. Freilich hatten der Untersuchungsrichter, der Staatsanwalt und die drei Richter der Anklagekammer gleichmässig übersehen, dass Stoppani von mir nicht nur solcher Handlungen angeklagt war, für die man ihm als prozessführenden Advokaten das Privilegium des Art. 352 des Tessiner Strafgesetzbuchs zusprach, sondern dass meine Anklage vorzüglich auf solche Delikte des Notars und Gutsadministrators Stoppani gerichtet war, für die ihm kein Privilegium zur Seite stand. Es bedurfte noch meines Rekurses an das Appell-

gericht des Kantons, um Reparation des Versehens der vorerwähnten fünf Männer der Gerechtigkeit zu erwirken.

Durch das Erkenntnis des Appellgerichts wurde dann wenigstens anerkannt, dass die betreffenden Thatsachen, deren ich Stoppani beschuldige, wirkliche Delikte sind, dass also diejenigen im Unrechte waren, die mir ganz einfach die Justiz verweigert und so mich zur Publikation meines Broschürenchens gezwungen hatten.

Das mir endlich, endlich wenigstens in dieser Beziehung, zugesprochene Recht kann ich mir nicht wieder entreissen lassen, um so weniger, als ich im selben ohnehin nur eine sehr karge Frucht aller jener widerlichen, gesundheitsschädlichen, zeitraubenden und kostspieligen Anstrengungen erhielt, denen ich, der jetzt 64jährige Mann, mich seit Jahren schon — und so lange vergeblich — unterwerfen musste, wollte ich nicht Ehre und Existenz preisgeben!

„Eine karge Frucht“, sage ich; denn da die Delikte, deren ich Stoppani beschuldige, *publici juris*, und also *ex officio judicis* zu prozessieren sind, so war ich, nachdem ich in der Voruntersuchung sie bewiesen, von dort an auch zu erwarten berechtigt, dass der betreffende Prozess gegen Stoppani nicht mehr von einer Privatklage meinerseits abhängig gemacht würde. Es unterliegt keinem rechtlichen Zweifel, dass zuerst gegen Stoppani hätte vorgegangen werden müssen, und das nicht nur wegen der Schwere seiner Delikte, sondern auch deshalb, weil dieselben schon im

Jahre 1887 ihren Anfang genommen haben. Seine lächerliche Diffamationsklage gegen mich wegen meines erst im Juni 1893 publizierten Broschürens würde durch den Officialprozess gegen Stoppani ohnehin wohl ihre Erledigung gefunden haben.

Supponieren wir einmal folgenden einfachen Fall, in welchem nur drei Personen thätig sind, nämlich:

- 1) Titius, ein Staatsbeamter und Würdenträger,
- 2) Cajus, Hausverwalter des Sempronius (Cajus und Sempronius sind Ausländer, doch besitzt der letztere im betreffenden Lande das Haus, für welches er den Cajus als Verwalter aufgestellt),
- 3) der Richter.

Titius erdichtet in Bezug auf eine seiner eigenen Amtshandlungen eine schurkische Verleumdung gegen Cajus, als Mittel, sich in Abwesenheit des letzteren in das Haus des ebenfalls abwesenden Sempronius Eintritt zu verschaffen, um da eine kostbare Kasse mit wertvollem Inhalt zu stehlen.

Der Streich gelingt ihm.

Cajus kommt nach Hause, nachdem die seiner Obhut anvertraute Kasse verschwunden.

Er erfährt, wer der Dieb ist, und wie dieser sich den Zutritt zur Kasse verschaffte.

Er wendet sich mit seinem Strafantrag gegen Titius an den Richter und giebt diesem auch die Beweismittel über den ganzen Thatbestand an die Hand.

Der Richter rührt sich nicht.

Nun sucht Cajus den Titius selbst auf und findet richtig die gestohlene Kasse in dessen

Händen. Titius verweigert aber alles: sowohl Reparation der durch die schurkische Verleumdung geschändeten Ehre, als auch Herausgabe der Kasse.

Cajus versucht, dem Dieb die Kasse zu entwenden, versetzt ihm dabei einen Schlag auf die Hand, muss aber unverrichteter Dinge abziehen, weil Titius der Stärkere ist.

Nun erhebt aber auch Titius einen Strafantrag gegen Cajus, wegen des von diesem erhaltenen Schlags auf die Hand.

Dieser Strafantrag setzt den Richter schnell in Thätigkeit: Cajus wird wegen des gegebenen Schlags inquiriert und ist desselben auch sofort geständig, behauptet jedoch, diesen Schlag nur zum Zweck der Wiedererlangung der ihm gestohlenen Kasse gegeben zu haben.

Der Richter erlässt über den schwierigen Fall folgenden Vorbescheid:

- 1) Cajus ist in Anklagestand versetzt für den Schlag, den er dem Titius gegeben;
- 2) dem Titius sind bezüglich dieses Schlags alle Civilansprüche gegen Cajus vorbehalten;
- 3) In Bezug auf die von Cajus gegen Titius erhobenen Beschuldigungen:
 - a) unzulässig ist jeder Strafantrag des Cajus, solange nicht der gegenwärtige Prozess gegen ihn selbst wegen des Schlags auf die Hand des Titius beendet sein wird;
 - b) im gegenwärtigen Prozess kann der Angeklagte Cajus seine Beschuldigungen nur im Wege der Einrede, zu seiner Verteidigung gegen den Strafantrag des Titius, geltend machen;

- c) erst nach der Beendigung des gegenwärtigen Prozesses soll Cajus, je nach seinem erzielten Resultat auch dazu ermächtigt werden können, seine Beschuldigungen im Wege einer Privat-Strafklage gegen Titius geltend zu machen;
- 4) Ein Strafprozess *ex officio judicis* ist gegen einen Mann wie Titius unzulässig.

Ganz analog einem solchen Richterspruch ist nun auch in meiner Angelegenheit gegen Stoppani erkannt, und sogar dazu bedurfte es erst meines Rekurses gegen den Beschluss der Anklagekammer.

Zum Glücke ist in den bisherigen Gerichtsbeschlüssen gegen mich wenigstens nicht ausdrücklich eine Disposition im Sinne der vorstehenden No. 4 niedergeschrieben. Sonst müsste ich befürchten, dass man mir eine Einrede rechtskräftiger Entscheidung entgegenhalten würde, sobald ich wieder auf das *ex officio* gebotene Verfahren gegen Stoppani dringen werde. Denn wer würde darauf achten, dass gegen das *officium judicis*, d. h. gegen den Staat, eine Rechtskraft ohnehin nicht durch den Pönalprozess der Privaten geschaffen werden kann, dass derlei Prozesse für den Staat *res inter alios* sind!

So hoffe ich denn, dass die Justiz des Kantons Tessin sich doch noch entschliessen werde, ihren Landesgesetzen gemäss von Amtswegen gegen Stoppani vorzugehen. Dies hoffe ich um so mehr, als der Prozess über die in Rede stehenden Reate ein äusserst interessantes Blatt für die Annalen der Strafjustiz liefern wird. Denn nicht jedes Land und nicht jedes Jahr-

hundert bringt einen Notar hervor, der mit der Verwegenheit eines Stoppani seine Amtspflicht schändet.

Ich aber muss auf meinen Anträgen um Einleitung des Officialverfahrens bestehen, wäre es auch nur deshalb, um nicht einiger meiner Beweismittel entbehren zu müssen. Ich habe nämlich in der Voruntersuchung drei Zeugen vorgeschlagen, deren zwei in Russland und einer in Frankreich wohnen, und um deren Vernehmung der Herr Untersuchungsrichter von Lugano — meiner Bitte entsprechend — die betreffenden Untersuchungsrichter des Auslands requirierte. Von zweien der Zeugen gingen die Depositionen auch ein und sie lauten für Stoppani trostlos genug. Die Requisition bezüglich des dritten Zeugen kam als unbestellbar zurück, da auf dem Requisitionsschreiben die Adresse des requirierten Untersuchungsrichters nicht genau genug angegeben war.

An der Vernehmung dieser drei Zeugen war mir besonders deshalb sehr gelegen, weil Stoppani im vorausgegangenen Civilprozess sich ungemein auf diese Herren berufen hatte, ich also bei meinen Erfahrungen über die Stoppanische Wahrheitsliebe von vornherein wusste, dass sie das Gegenteil von dem auszusagen hätten, was Stoppani ihnen zumutete. Ich hatte mich nicht getäuscht. Nun waren aber zwei Depositionen, welche eingingen, unbeeidet abgegeben, während für die öffentliche Gerichtsverhandlung in Lugano die Beeidigung der Zeugen erforderlich ist. Deshalb stellte ich, um die drei Zeugenaussagen in ihrem vollen Gewichte für die öffentliche

Verhandlung benützen zu können, sehr zeitig vorher den Antrag, für die zwei unbeeidigten noch die Beeidigung der Zeugen nachzuholen, bezüglich des dritten Zeugen aber die eidliche Vernehmung zu requirieren. Mein Antrag wurde abgewiesen; denn die Gerichte im Tessin seien in Korrektional-sachen, die auf Privatklage hin anhängig, nur zur eigenen Vernehmung und Beeidigung von Zeugen berechtigt. Ich könne zu meiner Beweisführung gegen Stoppani meine Zeugen aus Russland und Frankreich nach Lugano bestellen, und man werde sie eidlich vernehmen. Vergebens machte ich darauf aufmerksam:

- 1) Dass jedermann nur vor seinem eigenen Richter zeugschaftspflichtig sei, die ausländischen Zeugen daher weder von mir noch sonst jemand gezwungen werden könnten, nach Lugano zu kommen;
- 2) dass das Strafgericht die Wahrheit dort zu suchen habe, wo sie eben zu finden ist;
- 3) dass die meinem Antrag opponierte Theorie eine durchaus unzulässige Folge haben würde, die Folge nämlich, dass für die Tessiner Rechtspflege eine Zeugschaft von Auswärtigen nach Umständen überhaupt nicht bestände, die Tessiner Justiz also in manchem abzuurteilenden Fall nicht einmal im stande wäre, sich die Wahrheit zu verschaffen, obwohl sie wüsste, wo und wie dieselbe zu erlangen sei;
- 4) dass die vom Herrn Untersuchungsrichter thatsächlich gemachten Requisitionen, die doch auch Mühe und Kosten verursachten,

von vornherein ohne jeden Zweck gemacht worden wären, wenn man ihnen nunmehr, angesichts ihres Erfolges, die Bedeutung absprechen wollte.

- 5) dass nirgends in der Tessiner Strafprozessordnung ein Verbot gegen solche Requisitionen und Zeugenvernehmungen sich finde, dieselben also zulässig sein müssen nach dem Rechtsgrundsatz, dass als zulässig zu gelten habe, was nicht verboten ist.

Mein Antrag war und blieb abgewiesen. Glücklicherweise sind die Debatten, zu denen meine ausländischen Zeugen richtig nicht erschienen, ohnehin annulliert worden, so dass ich nicht mehr nötig habe, auch die mir gewordene Verweigerung der allein wirksamen Art der Vernehmung dieser Zeugen als Nichtigkeitsgrund geltend zu machen.

Gerade aber, weil ich sehe, wie sehr mir in dieser Pönalsache der Beweis erschwert wird, solange ich nur als Privatbeklagter oder als Privatkläger erscheine, gerade deshalb muss ich mir angelegen sein lassen, gegen Herrn Stoppani die Einleitung des Officialprozesses zu erwirken.

Sollte man es im Tessin denn noch weiter treiben wollen, um dem Angehörigen eines fremden, mit der Schweiz in Frieden und Freundschaft stehenden Reichs die Gerechtigkeit zu versagen? Handelt es sich denn nicht um gar schändliche Missethaten eines Tessiner Funktionärs, denen jener Fremde nur im Vertrauen auf die selbstverständliche amtliche Ehrlichkeit zum Opfer geworden ist? Wofür wären dann die zwischen meinem

Vaterlande und der Schweiz bezüglich der Rechtspflege bestehenden Stipulationen? Stehen nicht auch die in meinem Vaterlande lebenden Schweizer mit den Landeseingeborenen im Vollgenuss der gleichen Rechte? Diesen Erwägungen wird auch der Kanton Tessin sich nicht immer entziehen; denn der Kanton Tessin zählt zu den civilisierten Staaten Europas.

Allerdings bringt die vor dem Gesetze geltende Gleichheit dieses Ausländers Weber mit seiner eigenen Person den Herrn Nationalrat etc. etc. Stoppani etwas stark in Harnisch.

Das ist aber erst, seitdem ich von ihm Rechenschaft über die Missethaten zu fordern wage, die er gegen mich begangen. Damals, als ich ihm das einträgliche Notariatsgeschäft übertrug, das er nachher so schändlich missbrauchte — o, damals war Stoppani mir gegenüber ein sehr zahmer Herr! Damals hätte er sicherlich noch keine Tiraden über seine Grösse und meine Winzigkeit geschrieben, Tiraden, in welchen er gar keine Scheu trägt, den gewaltigen Abstand zwischen ihm und mir noch durch die Hinweisung auf den Umstand zu kolorieren, dass ich nur ein Fremder bin im Tessiner Kanton, dervon seinen Verdiensten wiederhale! Zu derartigen Erzeugnissen einer lebhaften Einbildungskraft greift er erst seit kurzer Zeit, wobei er ihnen — sogar der Justiz gegenüber — die Wirksamkeit gar gewichtiger Argumente beizumessen sucht. Diese Art Argumentation stimmte mich wenigstens schon zur Heiterkeit, und ich verspare mir deshalb die Reproduktion einiger Muster derselben für ein Büchlein, das auch manche

lustige Seite bringen soll. Das gegenwärtige Schriftchen ist entschieden zu ernst für derlei Dinge.

Nach der kleinen Abschweifung komme ich nunmehr auf das mir vom Appellgericht zugesprochene Beweisrecht zurück.

So wenig mir selbst — gegenüber den That-
sachen und Gesetzen — dieses Recht als genügend
erscheint, so hoch, womöglich noch höher, schlägt
das Appellgericht es an. Aber was mir in meiner
unglücklichen Prozesslage da als eine Gabe von
fast ausserordentlichem Wert, und dazu noch mit
der Versicherung gereicht ist, dass sie all meine
Schmerzen heilen könne, das darf ich schon aus
Rücksicht für den Geber nicht gleichgiltig be-
handeln. Auch aus diesem Grunde darf ich mir
auch nicht ein Atom solchen Rechts mehr ent-
reissen lassen!

Hören wir, wie das Appellgericht jenes Recht
würdigt, und wie es mich über dessen hohe Be-
deutung belehrt. Der Satz aus dem appellgericht-
lichen Erkenntnis, den ich hier folgen lasse, findet
sich im unmittelbaren Anschluss an jenen, den
ich meiner oben (Seite 29) reproduzierten „Er-
klärung“ vom 11. Mai einverleibt habe. Er lautet:

„(Weber) si acqueti intanto del largo bene-
„ficio che la legge magnanimamente gli
„accorda nel Ticino, mentre glielo negherebbe
„in molti altri paesi, di poter far la prova
„dei suoi asserti.“

Zu deutsch:

„Er (Weber) begnüge sich einstweilen mit
„der weitgehenden Wohlthat, welche ihm das

„Gesetz grossmütig im Tessin zugesteht,
„während es ihm dieselbe in vielen anderen
„Ländern versagen würde, nämlich: seine
„Behauptungen beweisen zu dürfen.“

Zunächst mutet mich die Doktrin des Appellgerichts, dass das TessinerGesetz mit der betreffenden Zulassung von Beweisen eine besondere Grossmut übe, recht befremdend an. So verstehe ich wohl, dass der Gerichtshof gar nicht daran denken konnte, mir das verlangte Mehr zuzusprechen, wenn er sich einredete, dass das Zuwenig schon eine Gabe der Grossmut sei!

Als wenn im Tessin nicht wie in jedem andern civilisierten Lande die Gesetze im Voraus bestimmen würden, was für jeden Fall zu gelten hat, und wonach die Bewohner sich dann richten können. In einem andern Lande, wo mir der Beweis des Inhalts meines Broschürenchens versagt wäre, würde ich letzteres eben nicht geschrieben, aber es zu schreiben auch nicht notwendig gehabt haben. Denn in einem Lande, wo eine ähnliche Publikation an und für sich und absolut verboten ist, muss es für einen Rechtsuchenden andere Mittel geben, Justiz zu erlangen. Im Tessin aber sah ich kein anderes Mittel mehr, als das, meinen Hilfruf an die Volkssouveränität zu richten.

Natürlich weiss ich recht wohl, dass das Appellgericht mit seiner Hinweisung auf die „vielen anderen Länder“ nicht etwa sagen wollte, dass es auch nur Ein civilisiertes Land gäbe, in welchem mir, gegenüber so monströsen Delikten, wie den von Stoppani verübten, die Justiz versagt

werden könnte. Derlei wollte das Appellgericht nicht sagen; denn

- 1) es giebt kein civilisiertes Land, auf das eine solche Andeutung passen würde, und jedes Land, auf welches dieselbe zutreffen würde, wäre eben nicht ein civilisiertes.
- 2) Da der Kanton Tessin zu den civilisierten Staaten Europas gehört und — gemäss seinem schönen Wahlspruch: „Giustizia ed Economia“ d. i. „Justiz und Sparsamkeit“ — die Gerechtigkeit als erstes seiner Ideale im Banner führt, so ist es selbstverständlich, dass das Appellgericht des Kantons Tessin nicht die Gesetzgebung des eigenen Staates zu einem Vergleiche mit derjenigen eines uncivilisierten Landes, ja auch nur eines dem eigenen Staate an Civilisation nachstehenden herabwürdigen wollte.
- 3) Das Appellgericht des Kantons Tessin kann gar nicht die Absicht gehabt haben, mich auf irgend ein Gesetz solcher Länder aufmerksam zu machen; denn das Appellgericht hatte keine Veranlassung zur Annahme, dass ich mich jemals in die Lage begeben hätte oder begeben wollte, mich nach den Gesetzen solcher Länder richten zu müssen.

Da ich der Hinweisung des Appellgerichts auf die „vielen anderen Länder“ nur die hier angegebene negative Bedeutung entnehmen konnte, so fand ich ganz unnötig, mich weiter mit derselben zu hefassen.

Dagegen hielt ich mich bisher umsomehr an die Aufforderung des Appellgerichts, mich vor-

erst mit der mir eingeräumten Zulassung des Beweises meiner Behauptungen zu begnügen. Denn durch diese Aufforderung endlich — ich wiederhole das — waren sie als Delikte anerkannt und festgehalten, jene für mich so grausamen That-sachen, deren ich Herrn Stoppani beschuldige, für die ich von ihm Rechenschaft fordere, die aber im Beschlusse der Anklagekammer merkwürdiger Weise mit Stillschweigen abgethan erschienen.

Vertrauensvoll kam ich der Aufforderung des Appellgerichts nach und beruhigte mich mit seiner Zusicherung umsomehr, als durch dieselbe auch die Berechtigung meines Broschürchens, seine Wahrheit vorausgesetzt, anerkannt worden ist.

Auf die appellgerichtliche Sentenz gestützt, sah ich mit vollkommener Gemütsruhe der weiteren Entwicklung des Prozesses entgegen. Aber welch schwerer Probe ward diese Gemütsruhe unterworfen, als das Tribunal der ersten Instanz mir bei den Debatten, auf Antrag des Staatsanwalts, alles wieder entriss, was mir vom Appellgerichte zugesprochen war. Wie ungeheuerlich die Anträge des Staatsanwalts auch waren, wie eindringlich mein wackerer Vertheidiger, Herr Advokat Rusca von Lugano, und ich gegen dieselben protestieren mochten, die Anträge des Staatsanwalts erhielten die gerichtliche Sanktion! Ich sah wohl, dass man den schon gegebenen Nichtigkeitsgründen immer noch neue beifügen würde. Es wäre für mich interessant, ja, sogar nützlich gewesen, auch diese letzteren noch herankommen zu lassen; denn so hätte ich mich im

voraus über noch weitere Anträge des Herrn Staatsanwalts unterrichten können, die bei der jetzigen Sachlage mir unbekannt geblieben sind, und zweifellos für die nächsten Debatten als neue Überraschungen bereit gehalten werden. Aber weder Neugierde, noch ein spekulativer Zweck konnten gegen das Gebot der Ehre und Würde aufkommen. Mein begründetes Protestieren war fruchtlos, wozu also eine noch weitere Fortsetzung desselben!

Angezeigt, berechtigt und zugleich wirksam war meinerseits nur noch eines, nämlich der Verzicht auf die ohnehin bedeutungslos gewordene Vertheidigung.

So sprach ich denn diesen Verzicht aus, und das zahlreiche Publikum im Saale begrüßte ihn mit rauschendem Beifall.

Aus diesem Beifall ersah ich, wie sehr der gesunde Sinn des Volkes die Berechtigung und Angemessenheit meines Schrittes erkannte.

Aber auch das hindert den Herrn Staatsanwalt Conti nicht im mindesten, mich ob des nämlichen Schrittes als einen Rebellen gegen die Gesetze zu erklären. Welches sind dafür seine Motive? Sollten sie wirklich sachlicher Natur sein und also eines Staatsanwalts würdig? Vergebens suche ich in der Sache nach ihnen, und das gegenwärtige Schriftchen soll es zeigen, dass sie da nicht zu finden. Wenn aber die Motive des Staatsanwalts nicht sachlicher Natur sind, welche anderer können sie sein? Wäre es denn auf Seite des Staatsanwalts eine Freundschaft und Gunst für Stoppani, oder ein Hass, eine

Feindschaft und Ungunst gegen mich, den er nicht einmal weiter als vom Ansehen kennt, oder wären es persönliche Interessen, oder wäre es sogar eine Vereinigung, ein Zusammenwirken von all derlei Stimulatoren, denen ich das so unverdiente und mich geradezu gefährdende Vorgehen zu verdanken hätte? Das nun kann und will ich denn doch nicht glauben; der Mann, dessen Mission es ist, über die richtige Anwendung der Gesetze zu wachen, er wird sich in der Ausübung seines so verantwortlichen Amtes nimmermehr zum Sklaven von Gefühlen noch Rücksichten hergeben, die in der Strafjustiz ganz besonders verpönt sind!

Herr Staatsanwalt Conti scheint eben ein merkwürdiges Talent zu haben, in mir einen Rebell, Tumultanten, Agitator zu wittern. Dieses Talent muss es wohl sein, welches ihn auf Irrwege führt. Den Beweis hierfür hat er ja schon am 7. Mai, dem ersten Tage der Debatten vor dem Tribunal der ersten Instanz geliefert. Das Faktum ist charakteristisch und kann dem Leser zur Beurteilung der gegen mich gestellten Anträge des Staatsanwalts dienlich sein. Ich will daher dasselbe hier erzählen und ein wenig beleuchten: Der Staatsanwalt schleuderte seine Donnerkeile auf mein armes Broschürchen „Eine Blüte aus dem Rechtsleben des Kantons Tessin“ und er kam dabei zum Schlusse, ich hätte mir durch jene Publikation die Rolle des ehemaligen „grossen Anklägers der Römer“ angemasst, und agitiere als solcher, ohne dazu irgend ein Mandat zu besitzen.

Nur das vorerwähnte Talent, nicht ein Nachdenken konnte den Staatsanwalt zu diesem Urteil hingerissen haben. Bei auch nur einigem Nachdenken hätte ja Herr Conti doch nicht alles übersehen können, was er wirklich übersehen, z. B.

- 1) dass ich in meinem Broschürchen nur für mich, nicht für andere als Ankläger auftrat;
- 2) dass ich lange Zeit, bevor das Broschürchen kam, meine Anklage gegen Stoppani in der geziemendsten Weise nur an die zuständigen Justizorgane, darunter auch an ihn, den Herrn Staatsanwalt, gerichtet hatte;
- 3) dass ich mich tage- und monatelang nur an diese Organe gehalten und sie immer wieder, aber immer erfolglos, um ihre Thätigkeit angegangen hatte;
- 4) dass ich endlich dem Herrn Untersuchungsrichter ausdrücklich angezeigt hatte, ich würde, falls die Justiz in ihrer Unerbittlichkeit verharre, meine Angelegenheit veröffentlichen, um mir die Hilfe der öffentlichen Meinung zur Anregung der kompetenten Justizorgane zu erwirken;
- 5) dass ich auch nach dieser Anzeige noch, in der Hoffnung einer Wirkung derselben, geraume Zeit verstreichen liess, ehe ich endlich zur wirklichen Publikation des Broschürchens schritt;
- 6) dass mein — auch im Broschürchen selbst ausgesprochener — Zweck nur auf die Reparation meiner von Stoppani geschändeten Rechte gerichtet war, und dass mir

nichts ferner lag als eine so abenteuerliche Absicht, wie der Staatsanwalt Conti sie mir zutraute. Nicht als Justizorgan, nicht als öffentlicher Ankläger gerierte ich mich, sondern lediglich als der unglückliche Damnikat, der doch endlich die Gerechtigkeit erlangen wollte, die man ihm schuldete, aber verweigerte.

Angenehm war es mir wahrlich nicht, dass ich zu diesem Zwecke noch der Hilfe der öffentlichen Meinung bedurfte, und lügen würde ich, wollte ich sagen, dass ich den betreffenden Justizorganen von Lugano — darunter Herrn Staatsanwalt Conti — dankbar gewesen für die Notwendigkeit, in die sie mich durch ihre Justizverweigerung endlich versetzt hatten.

Welche Antwort würde mir der Herr Staatsanwalt geben, wenn ich ihn fragte: „Was hätte ich, dem die kompetenten Justizorgane jede Thätigkeit verweigerten, überhaupt noch mit Aussicht auf Erfolg thun können, um meine Rechte gegen Stoppani zur Geltung zu bringen? Muss Herr Conti nicht selbst zugestehen, dass mein Broschürchen, dieser an die Volkssouveränität gerichtete Hilferuf, für mich noch das einzige wirksame Mittel war? Und hat er nicht den Beweis dafür in seiner eigenen Person, indem er selbst auf das Broschürchen hin in Thätigkeit geriet und zum Beginne des jetzt schwebenden Prozesses Stoppani-Weber mitwirkte? Ohne das Broschürchen wäre ja dieser Prozess wohl niemals ins Leben getreten!

Das zur Illustration des mir von Herrn Conti bescherten Titels: „Grosser Ankläger der Römer“!

In der That wird der Herr Staatsanwalt Conti nicht eine einzige Angelegenheit bezeichnen können, in die ich mich hineingemischt hätte. Niemals hat er Gelegenheit gehabt, noch wird er sie je haben, mich auf dem Felde der Tessiner Justiz in Thätigkeit zu treffen, es wäre denn, dass meine eigenen Rechte oder Pflichten dabei in Frage stehen.

III.

Nunmehr will ich auf jene Einzelheiten kommen, deren Kenntniss vor allem notwendig ist, um den gegen mich erhobenen Vorwurf des Herrn Staatsanwalts Conti würdigen zu können.

Es handelt sich da um Thatsachen, welche in den nun annullierten Debatten vor dem Tribunal Lugano erörtert wurden. Diese Thatsachen sind zum grossen Teil in meinem Broschürchen „eine Blüte“ aufgeführt, zum Teile hatten sie in dem dort erwähnten Civilprozess gespielt, den Herr Stoppani für Herrn H., den Käufer des Schlossguts, gegen den Verkäufer Herrn v. D. betrügerisch unternommen hatte.

Bezüglich dieses Civilprozesses sei hier sofort bemerkt, dass er im Januar 1893 dadurch sein Ende erreichte, dass Stoppani ihn aufgab. Das Nähere hierüber soll unten noch folgen.

Soweit zum besseren Verständniss für den geneigten Leser nötig, werde ich hiermit die betreffenden Thatsachen noch genauer präcisieren, als das im ersten Broschürchen geschehen.

Am 14. März 1887 hat mittels notariellen Vertrags, errichtet vom Notar Herrn Leo de

Stoppani in Lugano, Herr v. D. sein Schlossgut Trevano an Herrn General H. verkauft und übergeben. Dabei verpflichtete sich der letztere den Kaufpreis von 1000000 Franken mit 5⁰/₀ zu verzinsen und nach Ablauf eines Jahres zu bezahlen. Zur Sicherung dieses Guthabens erhielt Herr v. D. sogleich im nämlichen Vertrag die erste Hypothek auf Trevano eingeräumt. Als Kontrahenten handelten bei dem Notar Stoppani zwei Bevollmächtigte, für Herrn General H. ein Herr Semkoff aus Petersburg, für Herrn von D. ich, der Verfasser dieses Schriftchens, der ich auch seither Herrn v. D. in allen seinen Angelegenheiten verrete, welche auf Trevano Bezug haben. Zu diesem Zwecke bin ich Ende 1889 aus Petersburg nach Lugano übergesiedelt, um da zugleich eine andere meinem Herrn Mandanten noch gehörige Besitzung zu verwalten.

Dass Herr H. nach der Fälligkeit seiner Schuld nicht zahlte und deshalb von uns geklagt wurde, dass dann Stoppani als Anwalt desselben auftrat, um mittels einer von ihm persönlich erdichteten „notariellen“ Verleumdung einen Civilprozess gegen Herrn v. D., das ist einen Raubprozess, zu unternehmen, das alles ist des näheren schon im Broschürchen „eine Blüte“ angegeben.

Zwar entbehrte die von Stoppani verfasste Civilklage, gemäss ihrer eigenen Darstellung der Thatsachen und nach den damit vorgelegten Dokumenten, jedes Rechtsgrundes; überdies war sie bereits verjährt und wurde ihr die Einrede der Verjährung auch entgegengesetzt.

Aber im Tessin lässt sich durch die „Gelehr-

samkeit“ mancher Advokaten die Sache so einrichten, dass ein Civilprozess — trotz des mangelnden Rechtsgrundes und trotz der Verjährung der Klage — durch alle Phasen und Stadien der civilrechtlichen Prozedur hindurch fortgesetzt werden kann. Zwanzig Jahre und länger kann ein solcher Prozess dauern, ohne dass auf Lappalien, wie mangelnden Rechtsgrund, Verjährung der Klage und dergl. weiter Rücksicht genommen würde. Auch über diese Fragen bleibt die Entscheidung dem Endurteil vorbehalten, welches erst dann erfolgen kann, wenn vorher auch über alle anderen zur Sprache gekommenen Thatfragen der ganze Apparat civilrechtlicher Prozedur auf jedem Felde dieser letzteren in Thätigkeit gestanden und diese Thätigkeit beendet hat. Es ist ja noch früh genug, wenn dann im Endurteil ausgesprochen wird, die Klage sei verjährt, oder sie habe schon von vornherein nach ihrer eigenen Darstellung des Rechtsgrundes ermangelt, der ganze Prozess, den sie verursacht, mit allem Zeitverlust, allen Mühen und Kosten, sei daher von vornherein gegenstandlos, unnütz gewesen. Dieses „unnütz“ darf sich freilich nicht auf die beiderseitigen Advokaten beziehen. Vielleicht ist der Gegenstand, auf den die zwecklose Klage gerichtet war, bis zum Endurteil auch wirklich verschwunden, aufgezehrt durch den Prozess! Solche prozessualen Zustände verdanken im Tessin ihr Dasein nicht der Civilprozessordnung, sondern der sogenannten „Giurisprudenza nostra“ oder „Giurisprudenza Ticinese“, vornehmlich jenem Zweige dieser wissenschaftlichen Kunst, der sich die

Interpretation der Civilprozess - Ordnung zum Gegenstand nimmt. Dieser unheilvollen „Giurisprudenza“ war auch die lange Dauer des Prozesses „H. gegen v. D.“ zu danken, der übrigens wahrscheinlich bis zur Auffressung des letzten Stückes von Trevano fortgesetzt worden wäre, hätte nicht ich endlich durch mein persönliches Einschreiten gegen Stoppani dem heillosen Unfug ein Ende gemacht.

Nur nebenbei wollte ich hier dieser Notiz über die Verjährung und den Mangel des Rechtsgrunds bezüglich der Civilklage H., sowie über die „Giurisprudenza Ticinese“ Raum geben. Ausführliches darüber werde ich in meiner „Geschichte“ jenes merkwürdigen Civilprozesses und des daraus entsprungenen Strafprozesses berichten, welche nach der Beendigung des letzteren erscheinen wird.

Vorläufig nur noch soviel über die „Giurisprudenza Ticinese“ (wörtlich übersetzt: „Tessinische Rechtswissenschaft“, oder noch wörtlicher „Rechtsklugheit“), dass dieselbe mir nicht als eine Wissenschaft, sondern vielmehr als eine Art „Kunst“ bekannt geworden ist, als die Kunst nämlich, aus dem Gesetze so ziemlich das herauszulesen, was man darin finden will. In keinem Lande habe ich diese „Kunst“ so ausgebildet gefunden, wie im verhältnismässig kleinen Tessin. Dabei kann und will ich aber durchaus nicht sagen, dass alle Juristen des Tessin dieser „Kunst“ zugethan wären. Was mich, den Fremdling im Tessin, betrifft, so liebe ich die Künste sehr, die „Giurisprudenza Ticinese“ aber liebe ich nicht!

Jetzt zurück zum „notariellen Geschichtchen“ Stoppanis, auf das er die Civilklage H. gründete:

Dieses Geschichtchen wurde von unserer Seite als infame Verleumdung, vom ersten bis zum letzten Wort von Stoppani selbst erlogen, bezeichnet.

Stoppani verlangte zum Zeugenbeweis über die Wahrheit seines Erzeugnisses zugelassen zu werden. Gleichen Beweis wollte er auch über einige andere Behauptungen liefern, welche, abgesehen von ihrer Unwahrheit, an und für sich für den Prozess bedeutungslos, da sie nur aus älteren mündlichen Unterredungen der Parteien abgeleitet waren. Nach Art. 660 und 661 des Tessiner Civilgesetzbuchs gelten nämlich in Geschäften über Liegenschaften nur solche Abmachungen, welche aus geschriebenen Verträgen erhellen, und auch das nur, falls der geschriebene Vertrag innerhalb zweier Monate zur öffentlichen Urkunde gemacht worden.

Über Stoppanis Beweisantrag entspann sich ein Incidentstreit von 15 Monaten Dauer. Wieviel Herrn Stoppani daran gelegen war, zum verlangten Beweise gelassen zu werden, das sprach er in seiner betreffenden Replik vom 15. Oktober 1891 sogar mit dem Geständnisse aus: „Ein Verzicht seinerseits auf den Zeugenbeweis wäre ein Verzicht auf den Prozess selbst.“ Wirklich erlangte er das heissersehnte obsiegende Urteil. Aber zum Beweise gelassen, unterliess er gerade in Bezug auf das einzige Wesentliche, nämlich auf sein „notarielles Geschichtchen“,

sogar die Antretung des Beweises. Durch diese Unterlassung gestand er die Unwahrheit seines „Geschichtchens“ zu, er gestand, dass er den Angriff auf die Giltigkeit seines eigenen notariellen Akts und der Hypothek meines Mandanten nur auf eine eigene notarielle Lüge und Verleumdung basiert hatte!! Darauf zögerte ich nicht mehr lange, bei dem Untersuchungsrichter gegen Stoppani meine Pönal-Anklage wegen Verleumdung zu betreiben. Eingereicht an den Untersuchungsrichter hatte ich diese Anklage schon vorher, zur Zeit nämlich, als im Incidentstreit das Erkenntnis des Prozessgerichts über Gewährung oder Zurückweisung des Stoppani'schen Beweisantrags erwartet wurde. Diese erste und vorzeitige Einreichung meines Strafantrags war nur vorsorglich geschehen, um der Verjährung vorzubeugen; aber als ich nun sah, dass Stoppani sogar vor jedem Versuche einer Antretung des ihm obliegenden Beweises seiner Verleumdung zurückschreckte, da erkannte ich, dass mein vorzeitig eingereichter Strafantrag noch eine andere Wirkung gehabt, als die von mir beabsichtigte: er hatte Herrn Stoppani die Lust benommen, seine notarielle Verleumdung noch weiter zu betreiben! Der Mann mochte vorher in seiner Grösse — er ist ja nicht nur Notar und Advokat, sondern auch Nationalrat und Ergänzungsrichter am Bundesgericht — wohl für undenkbar erachtet haben, dass ich, ein Fremder im Tessin, es wagen würde, ihn für die gegen meinen Mandanten und mich geübte Schurkerei in so drastischer Weise zur Rechen-

schaft zu ziehen. Jetzt erst gingen ihm die Augen auf, und wohl wissend, dass die mehreren Personen, welche über die Entstehung seines betreffenden notariellen Akts Zeugschaft leisten konnten, durch ihr übereinstimmendes Zeugnis seine Verleumdung nur noch erschweren würden, wohl wissend, dass dadurch seine Schuld auch in jeder weiteren Beziehung noch anwachsen würde — fand Stoppani urplötzlich es für ratsam, sogar auf eine Antretung des betreffenden Beweises zu verzichten, Nur in dieser Weise erklärt sich sein plötzlicher, im grellsten Widerspruch mit allem Vorausgegangenen stehender Verzicht auf den betreffenden Beweis und dazu noch die Überstürzung, mit welcher Stoppani bald darauf überhaupt von der Bildfläche seiner H.'schen Angelegenheiten verduftete.

Auf diese Überstürzung werde ich alsbald noch des Näheren zu sprechen kommen.

Herr Stoppani fungierte übrigens namens H. nicht nur als Anwalt im Civilprozeße gegen Herrn v. D., sondern er war vom Juli 1887 an auch Administrator von Trevano. Der Administrator Stoppani spielte aber eine Rolle, welche im schreiendsten Widerspruch mit der Rolle des Prozessanwalts Stoppani stand. Der letztere strengte sich an, Trevano auszuschlagen und es Herrn D. aufzudrängen; der erstere strengte sich an, Trevano nur fest und immer noch fester zu halten, um es nach seiner Art ausbeuten zu können, Herrn v. D. aber nicht einmal einen Blick auf dasselbe zu gestatten.

Der Prozessanwalt Stoppani trachtete, die

Hypothek des Herrn v. D. auf Trevano zu annullieren; der Administrator Stoppani wollte eifrigst, diese Hypothek möge nur möglichst lange auf Trevano ruhen, da ja mit ihrem Fortbestand auch der Fortbestand der Administrator-Herrschaft zusammenhing. Der Prozessanwalt Stoppani arbeitete, um einen ganzen Haufen nutzloser Akten zu produzieren und ihn immer weiter zu vergrössern; der Administrator war nur darauf bedacht, das administrierte Gut zu mindern, und er nahm manch nützliches Stück entweder für sich selbst weg oder liess durch seine Nachlässigkeit geschehen, dass andere für sich das Wegnehmen ausführten. Als Prozessanwalt schädigte Stoppani beide Parteien, d. i. Herrn v. D. und Herrn H.; als Administrator schädigte er nur Herrn v. D. allein, indem er dessen Hypothek durch den fortschreitenden Ruin von Trevano jeden Tag mehr entwertete, während H. selbst, der ja weder den Kaufpreis, noch Zinsen daraus bezahlte, sich durch den besagten Ruin gar nicht berührt fühlte, daher denselben auch ruhig geschehen liess.

So sehr aber in diesen und noch anderen Beziehungen die beiden Rollen des Prozessanwalts und Administrators Stoppani einander entgegengesetzt waren, sie hatten in anderen Punkten doch auch ihr Gemeinsames. Zum Beispiel: beide Rollen hatten den nämlichen Ursprung, sie waren geschaffen vom Notar Stoppani; beide ruhten auf der nämlichen Basis, d. i. auf der mehrerwähnten Verleumdung, die der Notar Stoppani gegen mich erdichtet hatte; beide Rollen

wurden auf den nämlichen heuchlerischen Titel hin: „Mandatar des Herrn H.“ gespielt, d. h. auf den Titel hin, welchen man heute zur Entschuldigung des Spielers für jede seiner Rollen heranziehen möchte; beide der bemerkten Rollen hatten auch den nämlichen Zweck, d. i. dem Spieler Stoppani einen schmutzigen, strafbaren Gewinn zu verschaffen.

In seiner Rolle als Administrator von Trevano erliess Stoppani alsbald gegen den ersten Hypothekgläubiger und gegen mich, den Stellvertreter desselben, ein Verbot des Eintritts in Trevano. Von uns fürchtete er mit Grund eine Kontrolle seines dortigen Treibens, und deshalb mussten wir davon ferne bleiben. Von Herrn H. hatte er eine Störung nicht zu befürchten, denn dieser hatte durch Stoppani die Überzeugung gewonnen, Herr v. D. werde zur Zurücknahme von Trevano und zu einer riesigen Zahlung an ihn, H., verurteilt werden.

Auf dieses Endziel war ja auch der Civilprozess gerichtet. Nicht um Trevano, sondern nur um das besagte Endziel bekümmerte sich Herr H. In Anbetracht dieses Zieles aber sandte er an Stoppani fleissig die stipulierten hohen Honorare und Unterhaltungskosten für Trevano ein, während er selbst bald da, bald dort im Auslande lebte. Stoppani aber steckte fleissig die Gelder ein, im Weiteren unbekümmert um Herrn H.

Am 11. Januar 1893 ging Herr H. ganz unerwartet in Nizza mit Tod ab.

Da gab Stoppani sogleich und bevor noch

irgend etwas über Erben bekannt war, seine beiden Posten auf, sowohl den des Prozessanwalts, als den des Administrators von Trevano. Die Überstürzung, mit der dies geschah, ist um so auffallender, als das Schweizerische Obligationenrecht, Art. 403, jeden Beauftragten verpflichtet, nach dem Tode des Auftraggebers solange für die Fortführung der Geschäfte zu sorgen, bis ein Erbe oder dessen Vertreter in der Lage ist, es selbst zu thun. Stoppani aber liess Trevano einfach liegen und stehen, wie es eben lag und stand, oder, um meine in den Gerichtsdebatten gebrauchte Bezeichnung zu wiederholen: „er warf Trevano weg, wie eine geleerte Börse weggeworfen wird“. Von einer Ablieferung des Guts in irgend welche anderen Hände, von einem Inventar, von einer Rechnungsstellung über die beinahe sechsjährige Administration — und welche Administration! — war gar keine Rede. Ich verlangte dergleichen zwar alsbald und wiederholt, aber vergebens; denn Stoppani — so belehrte mich die „Giuris-prudenza Ticinese“ — sei nur schuldig, seinem Mandanten Rechnung zu stellen, nicht aber einem Hypothekengläubiger, wenn dieser auch noch so sehr beschädigt wurde. Ein Mandatsverhältnis bestehe zwischen Stoppani und dem Hypothekengläubiger nicht! Dass für einen Stoppani auch andere Verpflichtungstitel, z. B. ein solcher aus Delikten, existieren könnte, das scheint im Tessin als ausgeschlossen zu gelten. Auf diese Sonderbarkeit werde ich weiter unten noch zurückkommen.

Schloss Trevano wurde nach dem sehr ge-

räuschlosen Abtreten Stoppanis von der kompetenten Obrigkeit ganz einfach in dem Zustande, in welchem man es eben vorfand, als liegende Erbschaft aufgelesen. Zur weiteren Behandlung desselben wurde, wie das Gesetz dies verlangt, ein Kurator aufgestellt, der sofort den gesetzlichen Aufruf zur Ermittlung der unbekannten Erben und aller Interessenten publizieren liess und auch ein Inventar dessen errichtete, was man eben vorfand. Leider wurde Stoppani, der ganz ruhig in Laguno sass, auch ganz ruhig bei Seite gelassen. Mochte er welche Verpflichtungen immer zur Erbmasse haben, es wurde ihm weder eine Rechnungsstellung, noch irgend eine Erklärung abverlangt.

In der Richtung auf Stoppani hin, der doch so schwer gegenüber der Masse engagiert war, gab es niemals eine Bedachtnahme auf irgend welche bekannten oder unbekannten Interessenten. Die zur Vorsorge für die Interessenten aufgestellte Kuratel kümmerte sich lediglich um das, was Stoppani für die Interessenten thatsächlich aufgegeben oder weggeworfen hatte, nicht aber um eine Frage, ob derselbe dem Aufgegebenen oder Weggeworfenen nicht noch etwas mehr und was etwa hätte beifügen müssen. Da Stoppani auch heute noch jedem Verlangen einer Rechnungsstellung nur vornehme Verachtung entgegensetzt, so sind die Interessenten — wenigstens de facto — rechtlos gegen ihn!

Auf den erwähnten Aufruf hin meldete sich zwar niemand als Erbe des Herrn H., aber es meldeten sich um so mehr Gläubiger. Diese hatten, auf Bestellung Stoppanis, Arbeiten und Lieferungen

nach Trevano gemacht. Stoppani hatte sie nicht bezahlt, und sie verlangten nun ihr Geld aus dem Erlöse, der durch die gesetzliche Versteigerung von Trevano erzielt werden würde. Sogar Kommunalsteuern von 1891 und 1892 wurden in solcher Weise noch als unbezahlt gefordert. Auch Stoppani selbst liess sich durch den Aufruf zu einem momentanen Vergessen seiner Höhe bewegen, er stieg hernieder, um als Lohn seiner eigenen Verdienste nur — ein Sümichen von 52 000 Francs zu Lasten von Trevano zu fordern, davon 40 000 Francs für den Administrator Stoppani und 12 000 Francs für den Prozessanwalt Stoppani. Bezüglich dieser Summe von 52 000 Francs aber will ich dem Herrn die Anerkennung nicht versagen, dass er die Forderung alsbald zurückzog, nachdem meine „Blüte“ erschienen war!

Wie Stoppani in Trevano gewirtschaftet hatte, das zeigte sich mir leider erst, als mir nach seinem Abgang der Zutritt freistand, und ich nun den Zustand durch Sachkundige und Zeugen feststellen lassen konnte. Stoppani hatte nicht einmal die geringen Reparaturen vornehmen lassen, welche während seiner Administration an den Dächern nötig geworden waren. So hatten bald Regen und Schneewasser Eingang in das mir verschlossene Innere der herrlichen Gebäude gefunden, und richteten da Schäden an, die sich wohl auf das Fünfzigfache jener Summe berechneten, welche zur Vorbeugung gegen dieselben genügt haben würde. Die Gebäude waren jetzt grösstenteils Ruinen, Park und Garten eine Wildnis, viele kostbare Pflanzen spurlos verschwunden, gegen 180 Bäume

von Wert gefällt und beseitigt, die Stöcke der Weinberge mangels Pflege verdorben, verkommen. Kurz, das schöne Gut, welches bei dem Verkaufe an H. mehr als eine Million Franken wert gewesen, war durch Stoppanis Verwaltung also zugerichtet, dass es bei der öffentlichen Versteigerung am 3. Oktober v. Js. um ein Meistgebot von 184 000 Francs abgegeben werden musste. Von den mehreren Kauflustigen, welche Angebote machten, legte keiner dem verwüsteten Trevano einen Wert bei, der die Summe von 184 000 Francs überstiege. In Herrn v. D. aber hatten die Erfahrungen, die er seit Beginn des Prozesses H. machen musste, alle Lust erstickt, das seither so sehr geschändete und verstümmelte Trevano noch zurückzukaufen. Dieses hätte er thun können, wäre Trevano im Jahre 1888, in Folge seiner Hypothekenklage gegen H., zum schon damals unvermeidlichen Zwangsverkaufe gekommen. Damals war Trevano noch in einem solchen Zustande gewesen, dass es sich immerhin auch zu einem würdigen Geschenk geeignet hätte, mit welchem damals noch Herr v. D. dem Kanton Tessin seine Sympathien hätte aussprechen können. Der Prozess H. gegen v. D., vom Anfang an nichts anderes, als ein von Stoppani unternommener, in Gesetzesform gekleideter Raubzug, ein Raubzug, der ohne mein persönliches energisches Eingreifen wohl jetzt noch nicht beendet sein würde, jener Prozess hat nicht nur den Zwangsverkauf von Trevano im Jahre 1888 verhindert und Herrn Stoppani die vorherige Schändung und Entwertung des Gutes ermöglicht, jener Prozess mit allem, was damit

zusammenhängt, hat auch die erwähnten Sympathien des Herrn v. D. gründlich zerstört.

Aus dem am 3. Oktober v. Js. für Trevano erzielten Meistgebot von 184 000 Francs sind an Herrn v. D. bisher 165 000 Francs ausbezahlt worden. Einige weitere Tausend, welche ihm nach dem Verteilungsplan des Betreibungsamts noch zukommen sollen, sind streitig, da einige jener Gläubiger darauf Anspruch machen, welche von ihrem Besteller Stoppani die Zahlung nicht erhielten und, wie sie sagen, auch nicht erhalten werden.

Das Guthaben des Herrn v. D. in Haupt- und Nebensache betrug am 3. Oktober 1893 ca. 1 350 000 Francs. An Zinsen hatte er nie etwas erhalten, und es begreift sich das, da ja die Rechtsgiltigkeit der ganzen Forderung und Hypothek bestritten war. Gleichwohl hatte Herr v. D. jährlich eine Zinsensteuer von 4500 Francs zu bezahlen, die erst mit dem Wegfallen, d. h. mit dem Verlust, der Forderung selbst ihr Ende fand. Der ganze durch das Raubunternehmen Stoppanis meinem Mandanten verursachte Schaden berechnet sich auf mehr als eine Million Franken.

Und für diesen Schaden — so lehrt es der Herr Staatsanwalt Conti — sei Stoppani durchaus nicht meinem Mandanten verantwortlich, weil keinerlei Mandatsverhältnis zwischen diesen beiden bestanden habe! Ich möchte wahrlich wünschen, es widerführe dem Herrn Staatsanwalt Conti von Seiten Stoppanis unter den gleichen Umständen das Gleiche, was meinem Mandanten widerfahren ist. Ich möchte das wünschen, nur um zu sehen,

ob auch dann der Herr Staatsanwalt gar keinen anderen Obligationstitel als den des Mandats auf Seite Stoppanis kennen, ob er auch dann noch die gleiche Anschauung verfechten würde, der er so warm nachhängt, wenn der Beschädigte nicht er selbst, sondern ein dritter und Landfremder ist.

Bezüglich des Civilprozesses H. gegen v. D. erübrigt mir noch zu sagen, wie derselbe beendet wurde.

Zur selben Zeit, als er die Administration von Trevano aufgab, zog sich Stoppani auch mit aller Hast vom Civilprozess zurück. Doch nahm sich der Prozessanwalt Stoppani wenigstens noch die Zeit zu einer Bitte an das Tribunal, es möchte der Prozess für die aufzufindenden Erben des Herrn H. suspendiert werden. Im Laufe der durch den legalen Aufruf festgesetzten Frist ging von der Wittwe H. die Erklärung ein, dass sie auf die Erbschaft des Gatten verzichte. Andere Erben traten überhaupt nicht auf, obwohl noch ein Bruder und andere Blutsverwandte des Erblassers am Leben sind. Niemand wollte seinen Namen durch eine Fortsetzung des Prozesses missbrauchen und entehren lassen. So hat der Prozess sein schmachliches Ende erreicht mit dem Rückzug desselben Mannes, der ihn mittels notaramtlicher Verleumdung zum prämeditierten Schaden der beiden Parteien und zum alleinigen Nutzen seiner eigenen Kassa begonnen hatte.

IV.

Die Thatfachen No. III vorausgeschickt, komme ich nun auf die vom Herrn Staatsanwalt daraus gezogenen Schlussfolgerungen zu sprechen,

denen ich seinen Vorwurf der Rebellion gegen die Gesetze verdanke. Das spezielle Gesetz, welchem meine Rebellion gälte, wäre Art. 351 § 3 des Strafgesetzbuchs für den Kanton Tessin. Zur Würdigung dieses Paragraphen ist dem Leser zugleich die Kenntniss der zwei vorhergehenden nötig, weshalb ich hier die drei Paragraphen folgen lasse:

Art. 351.

- § 1. Chi è querelato di diffamazione, libello famoso o d'ingiuria commessa col rinfaccio d'un crimine o delitto o d'altro fatto determinato, capace di degradare l'offeso nella pubblica opinione, quando fosse vero, sarà ammesso a provare il crimine o delitto, o fatto narrato o rinfacciato.
- § 2. La prova della verità dei fatti narrati o rinfacciati può farsi con tutti i mezzi della Procedura penale.
- § 3. La prova però non sarà ammessa quando concernerà fatti costituenti un delitto, sul quale non si possa procedere senza la querela di un terzo, salvo che questi avesse acconsentito.

Zu deutsch:

- § 1. Wer wegen Diffamation, Schmähschrift oder Injurie angeklagt ist, begangen durch den Vorwurf eines Verbrechens oder Vergehens oder einer anderen bestimmten Handlung von der Art, dass der Vorwurf, wenn er wahr wäre, den Beleidigten in der öffentlichen Meinung herabsetzen könnte,

der wird zum Beweise des Verbrechens oder Vergehens, oder der erzählten oder vorgeworfenen Handlung zugelassen.

§ 2. Der Beweis der Wahrheit der erzählten oder vorgeworfenen Handlungen kann mit allen Mitteln der Strafprozedur angetreten werden.

§ 3. Der Beweis wird jedoch nicht zugelassen, wenn er Handlungen betrifft, die ein Vergehen bilden, gegen welches nicht vorgegangen werden kann ohne die Klage eines dritten, es wäre denn, dass dieser zugestimmt hätte.

Auf § 3 stützt sich der Staatsanwalt, um mir das Recht des Wahrheitsbeweises bezüglich aller jener Punkte zu bestreiten, welche auf das zwischen den Herren H. und Stoppani bestandene Rechtsverhältnis Bezug hätten. Gegenstand meiner Anklagen gegen Stoppani waren z. B. auch die strafbaren Beschädigungen, welche letzterer als Administrator von Trevano meinem Mandanten, als dem ersten Hypothekgläubiger, zufügte, Beschädigungen, bezüglich deren auch ich selbst, als Vertreter meines Mandanten, diesem verantwortlich bin. Stoppani bezeichnet alle meine Beschuldigungen und den ganzen Inhalt meines Broschürens als Diffamation, in dieser Ausdehnung ist seine und des Staatsanwalts Anklage gegen mich gerichtet, in dieser Ausdehnung bin ich durch Sentenzen der Anklagekammer und des Appellgerichts in Anklagestand versetzt. Der Wahrheitsbeweis — als Mittel meiner Verteidigung — war mir nicht

einmal durch die Sentenz der Anklagekammer verkürzt oder eingeschränkt worden. Nur das Recht einer Anklage gegen Stoppani hatte mir die Kammer abgesprochen.

Durch die Sentenz des Appellgerichts aber ist mir — wie oben dargestellt — nicht nur das Recht des Wahrheitsbeweises in der ganzen Ausdehnung der Anklage zugesprochen, sondern auch das Recht der Anklage, wenigstens in der Richtung auf den Notar und den Gutsadministrator. (Nur solle ich die Anklage erst nach Beendigung des schwebenden Prozesses stellen können.)

Trotzdem erwirkte es der Staatsanwalt, dass das Tribunal Lugano in den nun annullierten Debatten mir den Wahrheitsbeweis über alle jene Dinge absprach, bei denen die Beziehungen zwischen Herrn H. und Stoppani in Frage kämen. Und fast bei jedem Punkte, der zur Sprache kam, fand die Anklagepartei heraus, dass er die Beziehungen H.-Stoppani berühre, und das Gericht stimmte dem bei. So war mir schon nach und nach der bei weitem grösste Teil meines Beweisgebiets entrissen, bevor es noch zu einer Prüfung meiner Beweismittel, zu einer Vernehmung der Zeugen, zu einer Verlesung von Urkunden etc. gekommen war. Mehr und mehr musste ich sehen, dass mir gar bald nichts mehr zu beweisen übrig sein würde; denn in der That hatte ja der ganze Inhalt meines Broschürenchens mehr oder weniger Bezug auf die Verhältnisse H.-Stoppani. Und besonders Herr Staatsanwalt Conti verstand es, die Dinge, die eben zur Sprache

kamen, auf jene Verhältnisse zurückzuführen. Das erreichte den Höhepunkt am vierten Tage der Debatten, als auf einige von der Verteidigung an Stoppani gestellte Fragen, dieser sich sogar den Anschein gab, eine Antwort nicht versagen zu wollen. Aber der Staatsanwalt legte ihm sogleich jedesmal Schweigen auf, indem er erklärte, der Gegenstand falle in die Verhältnisse H.-Stoppani, Stoppani sei daher nicht einmal berechtigt, darüber Aufschluss zu geben. Gelehrig unterwarf sich dann Stoppani stets schnell dem ihm auferlegten Verbot.

Im gedrängt gefüllten Zuhörerraum wurde jede Wiederholung dieses Spiels mit schallendem Gelächter gewürdigt, doch das Spiel blieb im Fortgang!

So machte ich ihm denn durch folgende Erklärung ein Ende:

„Weil alles, was ich in meinem Broschürchen geschrieben, sich auf die Verhältnisse zwischen H. und Stoppani bezieht, so verzichte ich auf meine Verteidigung und behalte mir im weiteren alle meine Rechte vor.“

Sogleich packte ich auch meine Akten zusammen und verliess, von niemand zum Bleiben auch nur aufgefordert, mit meinem Herrn Verteidiger den Gerichtssaal.

Sollte der eine oder andere meiner geneigten Leser sich von der Richtigkeit dieser meiner Darstellung noch anderweitig überzeugen wollen, so könnte ich ihn auf die Tessiner Tagespresse von der Zeit des 7.—12. Mai verweisen.

Täglich brachten die Blätter des Kantons lange Berichte über diese Prozessdebatten. Dass solche auch in auswärtige Zeitungen übergegangen wären, habe ich allerdings nicht gehört und kann es auch kaum annehmen. Die Blätter des Tessin, alle in italienischer Sprache geschrieben, dürften im Auslande wenig Verbreitung haben. —

Um auf den vom Herrn Staatsanwalt Conti mir gemachten Vorwurf zurückzukommen: Wie verfällt Herr Conti nur überhaupt auf die Idee, in meiner Handlungsweise, die nichts anderes als ein Verzicht auf meine Rechte war, ein Rebellen gegen die Gesetze zu suchen?

Diese Frage bietet sich mir zunächst, und sie ist so interessant, dass sie wohl einiges Nachdenken verdient.

Angenommen für einen Augenblick, es wären die Anträge des Staatsanwalts auf Schmälerei meines Beweisrechts und also auch die betreffenden Gerichtsbeschlüsse nicht vorgelegen, und ich hätte gleichwohl meinen Verzicht erklärt und ausgeführt; würde auch dann der Staatsanwalt eine Rebellion in diesem Verzicht erblicken?

Er würde das wohl nicht, sondern höchstens etwa denken: „Was ist doch dieser Weber für ein ungeschickter Mensch, um ohne alle Veranlassung, wahrscheinlich nur aus irgend einer Laune, auf seine Rechte zu verzichten! Nun denn, möge er thun, was ihm gut scheint; er thut es ja auf seine eigene Wag und Gefahr.“

Nur so könnte der Staatsanwalt Conti vernünftiger Weise denken, wenn mein Verzicht ohne fremde Veranlassung, ohne sichtbaren Beweggrund meinerseits geschehen wäre.

In solcher Auffassung der Sache läge aber auch das Zugeständnis des Herrn Staatsanwalts, dass ein „Rebellieren“ meinerseits überhaupt nicht stattfand.

Demnach kann er auch jetzt mein „Rebellieren“ nicht etwa in der nackten Thatsache meines Verzichts suchen wollen; er muss dasselbe in meinen Beweggründen zum Verzicht, nur in diesen erblicken.

Und so ist es auch. Zwar sind meine Beweggründe — er kennt sie ja ganz genau — für ihn ein Ding, welches sich nicht herzhafte an fassen, nicht eingehender besprechen lässt. Aber ignorieren darf er sie nicht, er muss sie in Rechnung ziehen. Wie hilft er sich nun aus der Klemme?

„Herr Weber“, sagt er, „hat auf die Verteidigung verzichtet und den Gerichtssaal verlassen, obwohl er hierzu gar keine Veranlassung hatte, da ja das im Gange gewesene Verfahren gegen ihn durchaus gesetzlich war.“

So scheint es wohl dem Herrn Staatsanwalt am bequemsten, sich mit jenen Dingen abzufinden, die mich zum Verzicht gedrängt. Er braucht also keines speziell zu nennen, viel weniger zu analysieren.

Aber zunächst, wie kommt er überhaupt dazu, sich um die Veranlassung, um meine Motive des Verzichtes zu kümmern?

Ich verzichte, habe das Recht hierzu, und das — dünkte ich — hat für ihn zu genügen!

Nicht als hätte ich eine Pflicht, meinen Ver-

zicht irgendwie zu rechtfertigen, sondern aus purer Höflichkeit gegen Herrn Conti, will ich ihm nicht Gleiches mit Gleichem vergelten, sondern sein wegwerfendes Urtheil über Veranlassung und Motive meines Verzichts hier einer eingehenden Würdigung unterziehen.

Die Veranlassung lag nicht in mir selbst, sie kam von anderer Seite, sie hatte ihren Ursprung im Herrn Staatsanwalt Conti. Sollte es Bescheidenheit sein, die ihn abhält, das zu sagen? Um so mehr geziemt es sich dann für mich, dieses Verdienst des Herrn Conti nicht im Dunkel zu lassen!

Ja, die Veranlassung meines Verzichts lag in den Anträgen des Herrn Staatsanwalts, welche, durch die Beschlüsse des Tribunals sanktioniert, mir mehr und mehr das Gebiet meiner Wahrheitseinrede und des Beweises derselben ent-rissen.

War diese täglich weiter betriebene Schmälerung meines Einrede- und Beweisgebiets zulässig, oder war sie es nicht?

War sie zulässig, so lag zwar trotzdem kein Rebellen in meinem Verzicht, doch fehlte mir dann für diesen Verzicht immerhin jede Veranlassung von fremder Seite, ich konnte niemand eine Schuld bezüglich desselben beimessen, ich hatte die etwa eintretenden schlimmen Folgen nur mir selbst zu verdanken.

War aber die Schmälerung meines Einrede- und Beweisgebiets unzulässig, dann war sie eine Vergewaltigung gegen mich, ersonnen und her-

vorgerufen von Herrn Staatsanwalt Conti und ausgeführt vom Tribunal Lugano.

In einem solchen Falle nun hätte der Staatsanwalt alle Ursache, von meinem Verzicht auf die Verteidigung zu — schweigen. Denn er muss es dann wohl wissen, dass mein Verzicht nur den Zweck hatte, mich der Fortsetzung der von ihm selbst, dem Staatsanwalt, gegen mich ins Werk gesetzten Gewaltakte zu entziehen!

Und in der That war sie unzulässig, jene Schmälerei meines Einrede- und Beweisgebiets, aber trotzdem wurde sie — *l'appétit vient en mangeant* — von Tag zu Tag gesteigert, und das mit einer Leichtfertigkeit, mit einer Rücksichtslosigkeit auf die Schwere des Gegenstandes, die mich fast vergessen machte, dass ich mich da in Gegenwart eines Staatsanwalts, in einem Gerichtssaale befand.

Die Schwere des Gegenstandes betreffend, so handelte es sich meinerseits: Verbrechen unerhörter Art zu beweisen, deren Opfer ich im Tessin geworden war, Verbrechen eines Tessiner Beamten und Würdenträgers, von dem ich dafür Rechenschaft fordere. Der Staatsanwalt dagegen hatte sich zur Aufgabe gestellt: jene Verbrechen zu „vertuschen“, um sie der Strafe zu entziehen, mich deshalb bezüglich derselben meines Beweisrechts wie meiner Civilansprüche zu berauben und überdies mich noch dafür zur Strafe zu bringen, dass ich jene Verbrechen aufgedeckt.

Der Plan des Herrn Staatsanwalts, des Mannes, dessen Amtspflicht es ist, die Verbrechen zur Strafe und Sühne zu bringen, sein Plan ist

bisher misslungen; deshalb — so scheint es wenigstens mir — gelte ich ihm als Rebelle gegen die Gesetze.

Beweisen will ich nunmehr, wie sehr die Schmälerei meines Beweisgebiets unzulässig, und dass sie in Wahrheit ein Raub an meinen Rechten war:

1) Es würde eigentlich genügen, mich auf das schon mehrmals erwähnte Erkenntnis des Appellgerichts vom 13. Oktober 1893 zu berufen. Das, was mir in diesem Erkenntnis endlich zugesprochen worden, das ist und bleibt mein, und nicht einmal einem Staatsanwalt noch einem Gerichte brauche ich einen Eingriff in das Meinige zu gestatten.

Durch das besagte Erkenntnis ist die Anwendbarkeit des Art. 351 § 3 Cod. Pen. ein für allemal aus dem Prozess Stoppani-Weber ausgeschlossen. Das würde sogar für den Fall gelten, dass jene Ausschliessung mit ebensoviel Unrecht geschehen wäre, wie sie in Wirklichkeit mit vollem Rechte geschehen ist. Was würde der Herr Staatsanwalt Conti, der Mann, der dem rechtskräftigen Erkenntnis des Obergerichts sich widersetzen will, was würde er sagen, wenn einen gleichen Versuch ich machen wollte! Und doch gäbe es für mich wenigstens Einen Punkt, in welchem nicht nur nach meiner, sondern auch nach der Überzeugung noch manches anderen denkenden Juristen und Ehrenmannes, das Appellgericht mit Unrecht zu Gunsten Stoppanis entschieden hat. Es ist das jener Punkt, in welchem gegen Stoppani in seiner Eigenschaft als Pro-

zessanwalt ein Strafantrag unzulässig sein soll. In dieser Beziehung legt das Appellgericht einem anderen Artikel des Strafgesetzbuchs (Art. 352) eine Tragweite bei, die er nicht hat und nicht haben kann. Der Prozess selbst, welchen Stoppani, wenn auch nicht im eigenen Namen, sondern auf den Namen H., gegen Herrn v. D. unternahm und nach langer Zeit erst so schmähtlich aufgab, jener Prozess war ein Delikt, ja sogar eine Reihe von Delikten. Denn die Klage wurde basiert auf ein Delikt, nämlich auf die bekannte von Stoppani erfundene und wohlprämeditierte Verleumdung. Auch der Zweck des Prozesses war verbrecherisch, nämlich auf eine Bereaubung meines Mandanten gerichtet. Dieser Zweck aber ist durch den Prozess auch erreicht worden, das Delikt ist in jeder Beziehung vollendet.

Wer als der Deliquent zu erachten, das ist bezüglich Stoppani nicht zweifelhaft. Er selbst ersann die Verleumdung als Mittel und Basis des Prozesses, er selbst wendete sie dann auch ihrem Zwecke gemäss an, indem er auf sie die Klage und den ganzen Raubprozess basierte. Alles das that Stoppani in der Absicht, sich selbst rechtswidrige Vorteile zu verschaffen, nämlich: Advokatenhonorare für die Führung des betrügerischen Prozesses, den Posten und die Honorare des Administrators von Trevano und dazu noch die Ausbeutung des administrierten Guts. Auch diese Absicht hat Stoppani in weitgehendem Masse erreicht.

Nicht allein in seinen Eigenschaften als Notar

und als Administrator von Trevano, sondern auch in seiner Eigenschaft als Prozessanwalt ist daher Stoppani ein strafbarer Thäter. Seine Strafbarkeit wird dadurch nicht geändert, dass er den Prozess auf den Namen und mit Vollmacht eines andern, nämlich des Generals H. führte; denn keine Vollmacht kann zur Ausführung einer strafbaren Handlung ermächtigen. Herr H. kommt bezüglich der Strafbarkeit Stoppanis nur insofern in Betracht, als er der Complice Stoppanis gewesen sein könnte. Das wäre H. dann gewesen, wenn er die verbrecherische Handlungsweise Stoppanis bezüglich des Prozesses gekannt und genehmigt hätte, vor allem, wenn er gewusst hätte, dass das notarielle „Geschichtchen Stoppanis“ erlogen und Verleumdung war.

Um nun auf Art. 352 Cod. Pen. und auf die Tragweite zurückzukommen, welche das Appellgericht in seinem Erkenntnis vom 13. Oktober 1893 dieser Gesetzesstelle beilegt: Der Art. 352 lautet:

„Per le ingiurie od imputazioni contenute negli atti di processo civile o amministrativo, o nelle arringhe di processo orale, o nei discorsi pronunciati in seno di corpi deliberanti, non si ammette querela; ma oltre alle misure disciplinari stabilite dalle leggi, i giudici possono, giudicando il merito, rilevare e censurare le espressioni che eccedessero i limiti delle convenienze.“

Zu deutsch:

„Für die Injurien oder Bezichtigungen, welche in den Akten eines Civil- oder Administrativprozesses enthalten sind,

oder in den Vorträgen eines mündlichen Prozesses, oder in Reden, die in der Versammlung beratender Körperschaften gehalten worden, ist eine Klage nicht zulässig; aber, abgesehen von den durch die Gesetze vorgeschriebenen Disciplinar - Massregeln können die Richter bei der Fassung des Endurteils diejenigen Ausdrücke hervorheben und rügen, welche die Grenzen der Schicklichkeit überschreiten würden“.

Auf Grund dieses Artikels hat das Appellgericht, in Übereinstimmung mit der Anklagekammer, meinen Strafantrag zurückgewiesen, insofern dieser gegen Stoppani, den Prozessanwalt, gerichtet war und auf das „notarielle Geschichtchen Stoppanis“ d. i. dessen Verleumdung, im Civilprozess angewendet, Bezug hatte. Diese als Fundament des Prozesses gewählte Verleumdung findet sich in der Klageschrift Stoppanis und ferner in seinen Prozessschriften vorgetragen, mit denen er die Zulassung zum Zeugenbeweis anstrebte.

Für diese prozessuale Anwendung seiner Verleumdung sollte mir, so dachte ich, Stoppani auch als Prozessanwalt, d. h. in jener Eigenschaft verantwortlich sein, in welcher er die Schurkerei ausübte.

Aber das Appellgericht, in Übereinstimmung mit der Anklagekammer, erachtete die in solcher Anwendung betroffene Verleumdung Stoppanis lediglich als eine jener „Injurien oder Bezeichnungen“, bezüglich deren der Art. 352 Cod. Pen. einen Strafantrag ausschliesst. Mit

anderen Worten: das Appellgericht schrieb dem Art. 352 Cod. Pen. die Tragweite eines Privilegiums zu, welches den Führer eines Prozesses auch dann gegen einen Strafantrag schütze, wenn der Zweck des Prozesses und der Prozess selbst verbrecherischer Natur sind. Voraussetzung des Privilegiums wäre nur, dass das Fundament der Klage nichts weiteres sei, als eine in den Prozessschriften niedergeschriebene, wenn auch immerhin vom Prozessführer selbst ersonnene und eigens als Fundament des Prozesses und zu verbrecherischen Zwecken ersonnene Verleumdung!

Diese Tragweite kann der Art. 352 Cod. Pen. nicht haben; denn hätte er sie, so wäre er ein Faustschlag in das volle Angesicht jeder Moral. Aber er wäre auch eine Beschimpfung des Tessiner Advokatenstandes, denn welcher ehrenhafte Advokat würde nicht erröten, sich zu einer Klasse von Leuten zählen zu müssen, die sich eines solchen Privilegiums erfreuen!

Aber nein, er hat nicht diese kompromittierende Tragweite, er gewährt kein Privilegium der Schurkerei, der arme Art. 352 Cod. Pen.; denn er will nichts weiter, als dem Prozessanwalt, welcher seine Sache für eine gerechte hält, auch das möglichst weiteste Terrain für die ehrliche Verteidigung dieser seiner Sache gewähren. In diesem Sinne ist es aufzufassen, dass Art. 352 keinen Strafantrag gegen „Injurien oder Bezeichnungen“ zulässt. Dabei versteht er unter „Injurien oder Bezeichnungen“ offenbar ein und dasselbe, nämlich solche Kraftausdrücke, welche durch die Pflicht der Funktion, durch den Eifer in der

Pflichterfüllung und wohl auch durch Provokation von Seite des Gegners hervorgerufen werden können. Dass der Ausdruck „Injurien oder Bezeichnungen“ nicht zwei verschiedene Begriffe andeutet, das ersieht man aus der Verbindungspartikel „oder“. Mit dieser Partikel legte der Gesetzgeber beiden Wörtern den Sinn von Symonymen bei, deren jedes zur Definition des anderen, zur genaueren Festsetzung der Grenzen dient, bis zu welchen hin die Bedeutung des ganzen Ausdrucks reichen soll. Wollte der Artikel 352 eine Verschiedenheit des Sinnes der beiden Wörter andeuten und dem Worte „Bezeichnung“ eine selbständige und unbeschränkte Tragweite geben, so hätte er wenigstens gesagt und sagen müssen „die Injurien und die Bezeichnungen“. Ein Analogon bildet z. B. der Ausdruck „die Schläge oder körperliche Misshandlungen“.

In solcher Verbindung ist der Begriff „körperliche Misshandlungen“ in jene Grenzen eingeschränkt, bis zu denen hin sich auch der Sinn des Wortes „Schläge“ erstreckt. Als „körperliche Misshandlungen“ in diesem Sinne können also z. B. Stösse, Fusstritte, Schütteln bei den Haaren u. dergl. gelten. Aber eine körperliche Misshandlung ist ja z. B. auch ein Messerstich, infolgedessen der Betroffene monatelang das Bett hüten muss; und je mehr und je länger er mit dem Messer bearbeitet und gemartert, vielleicht bis zu Tode gemartert wurde, desto mehr war die That eine körperliche Misshandlung.

Wo könnte sich aber ein Richter finden, der eine solche Art „körperlicher Misshandlung“ unter

den besagten Begriff „die Schläge oder körperliche Misshandlungen“ subsumieren wollte!

Das Gleiche gilt für das Wort „Bezichtigungen“ des Art. 352 Cod. Pen. Oder würden denn die Herrn Appellrichter vom Kanton Tessin wirklich des Rechts eines Strafantrags gegen mich entbehren, wenn ich z. B. sie selbst mittels einer Civilklage für irgend eine schändliche, verbrecherische, aber von mir lediglich erdichtete und erlogene That belangt hätte. In meiner Klageschrift hätte ich z. B. behauptet, die Herren hätten an mir einen Strassenraub verübt, mir eine Summe Geldes abgenommen, deren Ersatz ich nun von ihnen nebst einer Entschädigung forderte! Auch das wäre ja eine „Bezichtigung“ und in den Akten eines Civilprozesses enthalten. Wäre das aber eine Bezichtigung, die unter den Ausdruck „die Injurien oder Bezichtigungen“ des Art. 352 Cod. Pen. zu subsumieren wäre, und für welche also den Herren Appellrichtern nicht einmal ein Strafantrag gegen mich zustünde?

Nach der Doktrin, welche die Appellrichter in ihrer Sentenz zu Gunsten Stoppanis und zu meinen Ungunsten produzieren, wäre dem zweifellos so, und sie selbst hätten sich für einen Fall der vorstehenden Art jedes Recht für einen Strafantrag abgesprochen. Die Herren brauchen indes nicht zu besorgen, dass ich ihre mir gegebene Belehrung auch nur in Gedanken, geschweige denn praktisch verwerten möchte.

In der That würde es die in Rede stehende Theorie des Appellgerichts Tessin jedem Schurken ermöglichen, den Gerichtssaal des Civilrichters

ungestraft als Boden für die schändlichsten Verbrechen zu benützen.

Aber glücklicherweise ist dem nicht so. Denn prämeditierte Verleumdungen, schurkisch ausgesonnen, um darauf einen Raubprozess bauen zu können, das sind Dinge von mehr Gewicht, als die unschädlichen „Injurien oder Bezichtigungen“ des Art. 352.

Und dieses Gewicht wird doch gewiss nicht dadurch verringert oder gar aufgehoben, dass die Verleumdung und der auf sie gebaute Prozess auf einen Gegenstand gerichtet sind, dessen Wert eine Million übersteigt. Auch dadurch kann jenes Gewicht nicht verringert werden, dass die vorher eigens für den Prozess ersonnene Verleumdung dann auch thatsächlich ihre wirksame Anwendung im Prozesse gefunden hat und in den Prozessakten enthalten ist.

Wäre das der Fall, so hätte das Strafrecht damit allerdings auch nach anderer Richtung hin noch eine wundervolle Theorie mit einer merkwürdigen Konsequenz, nämlich: das Verbrechen, im Versuche strafbar, würde straflos durch seine Vollendung!

In seinem Schlusssatz deutet der Art. 352 selbst noch des genaueren an, was er unter den „Injurien oder Bezichtigungen“ verstanden wissen will. Es sind das „Ausdrücke“, die der Richter zu rügen befugt ist, die also nicht notwendig zum Prozesse gehören, z. B. Schimpfwörter, zu denen sich ein Anwalt hinreissen liess. Trifft solches auch zu auf eine ganze Geschichte, auf welcher die Klage selbst zu fussen hat?

Aber genug der Diskussion über diesen ohnehin so klaren Gegenstand. Nur möchte ich noch auf zwei Artikel der Tessiner Civilprozess-Ordnung verweisen, welche durch ihre positiven Bestimmungen ersehen lassen, dass ebenso im Tessin, wie in jedem anderen civilisierten Lande, eine Prozessführung gleich der von Stoppani namens H. geleisteten, dem Strafgesetz verfällt.

Die Artikel der Civilprozess-Ordnung sind: Art. 111 § 2 und Art. 579.

Ersterer bestimmt, dass je nach der Schwere einer im Civilprozess begangenen Injurie, auch der in den Akten geschriebenen, ausser der Ordnungsstrafe, welche der Civilrichter darüber verfügen kann, „immer noch die Dispositionen des Strafgesetzbuchs vorbehalten bleiben“.

Art. 579 macht den Advokaten zur Pflicht, keine ungerechten Prozesse anzunehmen, sondern in solchem Falle der Partei zu erklären, dass sie sich des Prozesses zu enthalten habe!

Diese beiden Gesetzesartikel beweisen, dass im Kanton Tessin kein Gesetz von so immoralischem und gefährlichem Sinne existieren kann, wie ihn das Erkenntnis des Appellgerichts vom 13. Oktober 1893 im Art. 352 des Strafgesetzbuchs zu entdecken glaubte.

Derartiges der Tessiner Gesetzgebung aufbürden zu wollen, das wäre gewiss wenig schmeichelfähig für dieselbe.

Das möchte ich dem Herrn Staatsanwalt Conti vor Augen führen, um ihm zu zeigen, wieviel Ursache ich hätte, das appellgerichtliche

Erkenntnis vom 13. Oktober 1893 in einem sehr wesentlichen Punkte für ungerechtfertigt zu erachten. Aber ich habe mich nun einmal bei demselben beruhigt und es in jenen Punkten, die der Rechtskraft fähig sind, auch rechtskräftig werden lassen.

Deshalb werde ich mir auch niemals beikommen lassen, gegen diese Rechtskraft zu handeln.

So etwas zu thun, erachtet sich aber der Herr Staatsanwalt Conti berechtigt, und das zur selben Zeit, da er mich der Rebellion gegen die Gesetze bezichtigt!

Indem ich auf Grund des appellgerichtlichen Erkenntnisses an dem mir zugesprochenen Einrede- und Beweisrecht festhalte, will ich gleichwohl Herrn Conti nun auch auf jenes Terrain folgen, von welchem aus er mir dieses Recht entreissen möchte. Dabei werde ich im nun Folgenden gänzlich vom appellgerichtlichen Erkenntnis absehen, um zu beweisen, wie sehr Unrecht der Herr Staatsanwalt auch dann hätte, wenn jenes Erkenntnis, das er ohnehin ganz einfach ignoriert, auch wirklich nicht vorhanden wäre.

2) Sofort nach meiner Verzichterklärung vor dem Tribunal Lugano verlangte der Staatsanwalt in seinem Schlussertrag, ich sollte in contumaciam der Verleumdung gegen Stoppani, begangen durch Schmähschrift, als schuldig erklärt, dafür zu einer Gefängnisstrafe von zwischen drei und zwölf Monaten und ausserdem zu einer Reihe anderer Strafen oder Straffolgen verurteilt werden.

Auch des Herrn Stoppani vergass Herr

Conti nicht, indem er für ihn die ausdrückliche Vorbehaltung aller Civilansprüche gegen mich beantragte.

Diese Vorbehaltung der Civilansprüche Stoppanis war auch schon im Verweisungsbeschluss der Anklagekammer vom 21. August v. J. nicht übersehen worden, in jenem Beschluss, in welchem doch fast all' dasjenige übersehen war, was zu einem Ausspruch zum Nachteil Stoppanis und zum Vorteil für mich hätte führen müssen. Und auch jener Beschluss war konform einem vorausgegangenen Antrage des Herrn Staatsanwalts gefasst, also hatte dieser Herr auch damals schon, trotz des Übersehens viel wichtigerer Dinge, wenigstens recht wohl der Civilansprüche gedacht, welche Herrn Stoppani zustehen könnten.

Ich will hier nicht weiter von der Sonderbarkeit sprechen, dass in der bisherigen Prozedur Missstände wie: Versehen, Unterlassungen, Fehlen von Aktenprodukten und dergl. sich zwar ziemlich viele, jedoch alle nur in der Richtung auf Stoppanis Vorteil und meinen Nachteil ereignet haben. Im entgegengesetzten Sinne liegt nichts der Art vor. Doch wie gesagt, für das gegenwärtige Schriftchen will ich diese Dinge als einfache Sonderbarkeiten gelten lassen. Sie in einem anderen Sinne aufzufassen, behalte ich mir für jede andere Gelegenheit vor.

Hier habe ich es mit dem Punkte der Civil- oder Entschädigungsansprüche des Herrn Stoppani gegen mich zu thun, denen der Herr Staatsanwalt bei jeder Gelegenheit seine Sorgfalt schenkt. Der Herr Staatsanwalt hat in diesem Prozesse jedes-

mal, wenn ich von meinen oder meines Herrn Mandanten Entschädigungsansprüchen gegen Stoppani sprach, mir mit aller Entschiedenheit entgegengehalten, derlei Ansprüche gebe es nicht, weil zwischen Stoppani und meinem Mandanten kein Mandat bestehe und ebensowenig zwischen Stoppani und mir. Gerade auf diese seine Theorie gründete er ja alle jene Anträge gegen mich, welche, weil vom Gerichte jedesmal zum Beschluss erhoben, endlich meinen Verzicht auf die Verteidigung herbeiführten.

Stoppani habe nur mit H. in einem Mandatsverhältnis gestanden, nicht mit uns, deshalb sei er für alles, was er namens H. gethan, d. h. für das Unternehmen des ganzen Raubprozesses H. gegen v. D., wie für die Musteradministration von Trevano, nur dem Herrn H., nicht uns verantwortlich. Deshalb gehe uns Stoppani gegenüber all das nichts an, wenn uns dadurch auch noch soviel Schaden erwachsen! Weil uns aber, Stoppani gegenüber, jene Verhältnisse nichts angingen, so seien sie auch meinem Beweisrecht entzogen.

Damit behauptet der Herr Staatsanwalt, im Prozess Stoppani-Weber dürfe nur Ein Obligationsgrund gelten: der des Mandats!

Wie kommt es nun, das der nämliche Staatsanwalt, im nämlichen Prozess, mich selbst dem Herrn Stoppani obligiert erachtet und bei jeder Gelegenheit gar sorgsam darauf bedacht ist, dass Herrn Stoppani ausdrücklich seine Obligationsansprüche gegen mich vorbehalten werden?

Welches Mandatsverhältnis hat in Bezug auf jene Ansprüche jemals zwischen Stoppani und

mir bestanden? Welches dergleichen Mandatsverhältnis hätte Herr Conti auch nur vorschützen können, um jene Ansprüche Stoppanis zu rechtfertigen?

Keines! Es giebt keines!

Aber warum doch, wenn in diesem Prozess nur das Mandat als Obligationstitel gilt, wie Herr Conti das — allerdings mit viel mehr Energie als Überzeugungskraft — jedesmal dann glauben machen will, wenn Stoppani der Obligierte und ich der Berechtigte wäre, warum soll dann ich dem Herrn Stoppani obligiert sein, obwohl in der betreffenden Beziehung kein Mandatsverhältnis vorliegt?

Ob Herr Staatsanwalt Conti wohl jenes drastische deutsche Sprüchlein kennt, das sich auf diese Frage als einzige Antwort bieten dürfte?

„Ja, Bauer, das ist etwas ganz anderes!“ Ei ja, es ist, wenn es sich um Stoppani handelt, etwas ganz anderes, als wenn es mich betrifft! Und das gilt in gleicher Weise, ob nun eine Berechtigung oder Verpflichtung des einen oder des andern in Frage kommt!

Doch ich gebe gern zu, dass ich weiss, auf welchen Titel Herr Staatsanwalt Conti meine Obligation gegen Stoppani stützen will. Das Delikt, das ich durch Diffamation gegen Stoppani begangen haben soll, das wäre der Titel zu Gunsten Stoppanis und zu Lasten Webers.

Auch weiss jedermann, dass es ausser dem Mandat noch gar manche Obligations-Titel giebt, darunter den des Delikts; aber jedermann weiss

auch, dass dies am allerwenigsten einem Staatsanwalt unbekannt ist!

Also: Mich erachtet der Herr Staatsanwalt zu Gunsten Stoppanis obligiert auf den Titel des Delikts hin.

Aber wenn dem also ist, warum anerkennt er nicht den gleichen Obligations-Titel auch zu Lasten des Stoppani in Bezug auf die vielen und schweren Delikte, welche dieser Mann gegen meinen Herrn Mandanten und gegen mich selbst verübt hat?

Wie würde der Herr Staatsanwalt die Sache wohl auffassen, wenn gegen ihn selbst jemand ein Delikt verübt hätte, die Verantwortlichkeit dafür ihm aber deshalb verweigern wollte, weil er, der Thäter, zur Vollziehung der That von einem dritten beauftragt worden wäre?

Herr Staatsanwalt Conti würde sicher und mit Recht seinen Delinquenten nur noch um so schwerer verantwortlich erachten, da er im Komplotte gehandelt!

Nun denn, in allen jenen Beziehungen, in welchen der Staatsanwalt einen Stoppani jeder Verantwortlichkeit gegen uns entbinden will, ist das Gleiche der Fall. Stoppani ist uns gegenüber der strafbare, daher auch civilrechtlich haftbare Thäter; H. kann nach Umständen sein Komplize gewesen sein, dies aber ist heute für uns eine müssige Frage.

Gerade darauf ist ja mein Beweisrecht gerichtet, dass ich die Delikte Stoppanis als von ihm verübt und direkt zu unserem Schaden verübt auch in der öffentlichen

Gerichtsverhandlung bewahrheiten soll und will.

Der Herr Staatsanwalt behauptet, Stoppani habe im Civilprozess und in der Administration von Trevano nur Herrn H. vertreten, nichts selbständig gethan, und deshalb erstrecke sich mein Beweisrecht nicht auf jene Geschäfte.

Aber woher nimmt der Herr Staatsanwalt überhaupt das Recht, solche Prämissen aufzustellen, aus denen er solchen Schluss folgert? Woher will er wissen, und sogar als unumstössliche Wahrheit wissen, dass Stoppani namens des Herrn H. nur als Vertreter dieses Mannes und nicht auch selbständig gehandelt habe?

Der Herr Staatsanwalt behauptet das, ohne es zu beweisen, und weil er es behauptet, soll mein Beweis dagegen ausgeschlossen sein!

Welches Gesetz legt einer nackten Behauptung des Staatsanwalts im Strafprozess irgend eine Beweiskraft, geschweige denn volle Beweiskraft bei? Der Beweis obliegt mir, der Herr Staatsanwalt mag einen Gegenbeweis versuchen! Er aber antizipiert seinen Gegenbeweis, tritt ihn lediglich mit dem Beweismittel eines prätentösen „ja“ oder „nein“ an, und damit will er auch sofort das Wunderresultat erzielen, dass mir der Hauptbeweis entzogen, d. h. dass ich beweisfällig sei?

Ich werde mir die Freiheit nehmen, in den nächsten öffentlichen Debatten es aller Welt recht klar zu zeigen, dass gerade jenes „ja“ oder „nein“, mit welchem der Herr Staatsanwalt das

nun freilich annullierte Wunder zu wirken wusste, eine — Unwahrheit ist!

Übrigens hätte ihn schon meine Beweisführung in der Voruntersuchung darüber belehren können.

Herr Staatsanwalt Conti muss es wissen, dass ich mit meiner öffentlichen Beweisführung aller Welt zeigen kann, wie sehr Stoppani uns, meinem Herrn Mandanten und mir, ex delicto verpflichtet ist. Und trotzdem sucht er diese Delikte sowohl, wie die civilrechtliche Haftbarkeit daraus von vornherein zu beseitigen, er, der Staatsanwalt, den ich auch für mich zu dem Zwecke aufgestellt erachten muss, dass er die gegen mich verübten Delikte zur Strafe bringe und die mir daraus resultierenden Civilrechte schütze!

Und diese seine Pflicht gegen mich glaubt er dadurch zu erfüllen, dass er zu Gunsten Stoppanis mir von vornherein meine Rechte und Ansprüche entziehen und wegdekretieren lässt, während er andererseits mich von vornherein, wieder zu Gunsten Stoppanis, ex delicto obligiert erachtet!

Worauf gründet sich doch in den Augen des Staatsanwalts dieser stupende Rechtsunterschied zwischen Stoppani und mir?

Ich selbst suche vergebens auf diese Frage eine andere Antwort zu finden, als die, welche mir das Sprüchlein giebt:

„Ja, Bauer, das ist etwas ganz anderes!“

Aber ich will denn doch sehen, ob ich mich in einem civilisierten Lande mit dieser oder einer ähnlichen Antwort unter Fortdauer oder sogar noch weiterer Entwicklung jenes Rechtsunterschiedes zufrieden geben muss.

3) Gesetzt auch, jedoch nicht zugegeben, der Herr Staatsanwalt hätte Recht, dass Stoppani uns durch keinen anderen Titel civilrechtlich verpflichtet sein könnte, als durch den eines Mandats, so kann ich auch mit allem Grund behaupten:

Stoppani ist uns in der That durch Mandat verpflichtet, und er hat mit jeder der Handlungen, deren ich ihn beschuldige, dieses Mandat in schändlicher und strafrechtlicher Weise verletzt.

Mein Herr Mandant hat seinerseits durch mich dem Stoppani die notarielle Beurkundung des Verkaufsakts von Trevano, d. h. die legale Sicherstellung seiner durch den Vertrag begründeten Rechte, ferner die Sicherstellung der Hypothek, übertragen. Bezüglich der Hypothek wurde nämlich Stoppani durch mich beauftragt, die Eintragung bei dem Hypothekenamt zu besorgen. Stoppani hat in jeder Beziehung den Auftrag meines Mandanten angenommen, anfangs auch ausgeführt und dafür sein Honorar von mir verlangt und erhalten. Dadurch ist sein Mandatsverhältnis uns gegenüber geschaffen, und ich selbst bin meinem Mandanten für den Rechtsbestand dieses Verhältnisses haftbar, weil ich dessen rechtliche Herstellung auszuführen übernommen hatte.

An diesem Mandatsverhältnis zwischen Stoppani und uns wird dadurch nichts geändert, dass Stoppani zu gleicher Zeit auch in ein entsprechendes Mandatsverhältnis mit Herrn H., dem Käufer von Trevano, trat. Stoppani war eben für jeden der Kontrahenten Mandatar, gemäss

dem Inhalt des Notariatsakts über Trevano, d. h. entsprechend dem Willen eines jeden der Auftraggeber. Art. 392 Schweizer Oblig.-Recht.

Der Wille beider Kontrahenten, speziell der meines Mandanten resp. mein Wille war selbstverständlicher Weise, dass der beauftragte Notar dem Vertrag und dem ganzen Inhalt desselben jene Rechtswirksamkeit gebe, welche das Gesetz den öffentlichen Urkunden der Notare beilegt. Es sollte daher jeder Angriff gegen die Stipulationen des Kontrakts von vornherein für immer unmöglich gemacht werden.

Besonders betreffs der Hypothek hatte der Notar als unser Mandatar dafür zu sorgen, dass dieselbe durch die Eintragung in das öffentliche Hypothekenbuch das Pfandrecht an Trevano und allem, was zu diesem Gute gehörte, auch jedem dritten gegenüber sicher stellte. Es sollte keinem Menschen, auch nicht dem Eigentümer von Trevano ein Recht zustehen, über irgend einen in der Hypothek inbegriffenen Gegenstand eigenmächtig zum Schaden des Gläubigers zu verfügen.

Gemäss Art. 396 des Obl.-Rechts ist der Beauftragte dem Auftraggeber „für getreue und sorgfältige Ausführung des ihm übertragenen Geschäfts“ haftbar und hat er dasselbe „persönlich zu besorgen, wenn er nicht zur Übertragung an einen dritten ermächtigt oder durch die Umstände genötigt ist“.

Die Pflicht, einen Auftrag, „getreu und sorgfältig“ und sogar „persönlich“ auszuführen, schliesst

von selbst eine solche Ausführung in sich, dass sie auch den Zweck erfülle, welchen sie haben soll.

Gebe ich z. B. jemand den Auftrag, mir zur Verrichtung gewisser Dienste, die zwei Jahre lang fort dauern sollen, einen Mann zu schaffen, so erfüllt er den Auftrag nicht, wenn er mir einen Mann schafft, der die Dienste nur für einen Monat verrichten will.

Ferner schliesst jede positive Verpflichtung schon von selbst das Verbot in sich, der Verpflichtung entgegenzuhandeln. Hat, um bei dem vorigen Beispiel zu bleiben, mein Beauftragter das Mandat, mir den Mann für zwei Jahre zu schaffen, angenommen, so ist er, nachdem er mir den Mann für diese Zeit aufgebracht, selbstverständlich auch aus dem Mandate verpflichtet, mir diesen Mann innerhalb der zwei Jahre nicht wegzunehmen.

Die Anwendung der ganz klaren und richtigen Theorie auf den Fall Stoppani ergibt sich von selbst.

Herr Stoppani hat sich ex mandato verpflichtet, den Notariatsakt, betreffend den Verkauf von Trevano in der Weise herzustellen, dass derselbe seinem Zwecke entspreche, d. h. solange wirksam bleibe, bis er erfüllt und dadurch bedeutungslos geworden wäre. Ebenso hatte er die Hypothek eintragen zu lassen, auf dass sie solange wirke, als sie eingetragen stehe. Daher war er auch aus dem nämlichen Mandate verpflichtet, während der Zeit, für welche die Ausführung seines Mandats zu wirken hatte, sich jeder Handlung zu enthalten,

welche jener Wirkung schädlich sein oder ihr sogar ein Ende machen konnte.

Nun arbeitete aber Stoppani mittels Handlungen, die schon für sich selbst Delikte waren, nämlich mittels Kalumnie und betrügerischen Civilprozesses, geradezu auf die Zerstörung seiner Akte und jeder Wirkung derselben los, wie es nicht wilder hätte von jemand geschehen können, dem gar keine Mandatspflicht oblag.

Dass sich Stoppani zur Beschönigung solch' niederträchtigen Mandatsbruches auf H. beruft, das wundert und befremdet mich nicht im mindesten. Dass aber auch Herr Staatsanwalt Conti in das Horn Stoppanis bläst, das zu begreifen muss ich anderen überlassen.

Wäre Herr Staatsanwalt Conti an der Stelle Stoppanis gewesen, als letzterer mit H. den Plan über einen Angriff auf den Notariatsakt etc. etc. besprach, hätte dann auch Herr Conti gethan, was Stoppani that? Wäre auch Herr Conti nicht vor dem Gedanken zurückgeschreckt, den Vertrag, dem er selbst die Wirksamkeit des notariellen Akts gegeben, mittels einer von ihm selbst eigens zu diesem Zwecke fabrizierten Verleumdung zu zerstören und so den Verkäufer all' jener Rechte zu berauben, die er, der Notar selbst, ihm legal gesichert hatte? Würde Herr Conti das gethan haben, obwohl ihn davon nicht nur die normale bürgerliche Ehrenhaftigkeit, sondern dazu noch die Amtspflicht und überdies noch die übernommene Mandatspflicht zurückhalten mussten?

Herr Conti hätte das nicht nur nicht gethan, er hätte einem H. auch die Thür gewiesen, wenn

dieser ihm eine derartige Zumutung gemacht hätte. Denn eine solche Zumutung war eine Insulte grösster Art gegen den Notar selbst!

Übrigens machte nicht Herr H. dem Notar und Advokaten Stoppani irgend eine Zumutung, sondern im Gegenteil, Stoppani machte sie Herrn H. Stoppani entwarf den Prozessplan, legte diesen dem General vor und liess nicht nach, ihm zuzureden, bis letzterer seine Einwilligung zum Beginne des Prozesses gab. Stoppani wusste es, dass der Prozess ein Schurkenstreich, ein Raubunternehmen war, dass er, um demselben wenigstens einigen Anschein von Berechtigung zu geben, sein eigenes Amt als Notar schänden musste, aber es handelte sich für ihn um einen Vorteil seiner eigenen Kasse, und dem mussten alle andern Rücksichten weichen.

Auch das werde ich in den öffentlichen Debatten beweisen, und mich von niemand hieran behindern lassen, obwohl auch das auf die „Verhältnisse H.-Stoppani Bezug hat.

Gerade in jenen ominösen Verhältnissen bestehen ja die Delikte, deren sich Stoppani direkt gegen uns schuldig machte, und schon sein Anknüpfen jener schändlichen Verhältnisse war verbrecherisch gegen uns!

4) Wie kann angesichts der ungeheuren Schäden, welche Stoppani durch seine verbrecherische Thätigkeit in Trevano direkt meinem Herrn Mandanten und nur diesem zufügte, wie kann da ein Jurist im Ernste einen so abenteuerlichen Gedanken aussprechen, den Gedanken nämlich,

der Damnifikat hätte zur Strafklage gegen den Delinquenten erst eine Einwilligung derjenigen Person notwendig, unter deren Namen das Delikt verübt wurde!

Da Herr Conti diesen Gedanken auf Art. 351, § 3 Cod. Pen. stützen will, so malträtirt er dadurch die arme Gesetzesstelle denn doch in kaum zu begreifender Weise. Das werde ich nachstehend darthun:

a) Vor allem: wodurch ist Herr Staatsanwalt Conti berechtigt, als unumstössliche Wahrheit die Behauptung aufzustellen, dass Stoppani zu allem, was er gethan, von Herrn H. beauftragt gewesen wäre?

Herr Conti hat nicht einmal behauptet, geschweige denn nachgewiesen, dass Stoppani von H. z. B. den Auftrag hatte, Trevano zu bestehlen, bestehlen zu lassen, zu devastieren, in Verfall zu bringen!

Überdies werde ich gerade das Gegenteil beweisen, nämlich: dass H. dem Stoppani für eine gute Instandhaltung von Trevano stets die nötigen Gelder gegeben hat.

Herr Staatsanwalt Conti weiss und kann wissen, dass Stoppani bei Verübung seiner Delikte gegen uns, sich thatsächlich des Namens H. bediente. Mehr aber weiss Herr Conti nicht, und nicht einmal Stoppani selbst hat behauptet, dass er von H. auch wirklich zur Ausführung von Delikten, vielweniger für jedes der ausgeführten Delikte beauftragt gewesen wäre.

Indem Stoppani sich in allem mit dem Namen H. zu decken suchte, missbrauchte er diesen

Namen. Übrigens hatte Stoppani auch Herrn H. durch lügenhafte Versprechungen betrogen, und nur durch solchen Betrug hatte er erwirken können, dass H. ihm überhaupt seinen Namen überliess. Diese betrügerische Erlangung des Namens H. aber, mochte ihr Stoppani in der Richtung auf H. immerhin die Bedeutung andichten, dadurch die Verantwortlichkeit für eigene Missethaten auf fremde Schultern abwälzen zu können, in der Richtung auf meinen Herrn Mandanten und auf mich war sie ihm ein Mittel für die Verübung seiner Delikte gegen uns! Auch das werde ich beweisen und auch in dieser Beziehung die durchaus willkürliche und nackte Behauptung des Staatsanwalts gründlich dementieren.

b) Vorausgesetzt aber sogar, das Falsche wäre wahr und erwiesen, es wäre also richtig, dass Stoppani zur Verübung all' seiner Missethaten gegen uns von H. beauftragt gewesen — was kümmert das mich, was können mich die Verhältnisse, in welche Stoppani mit H. getreten, überhaupt in einem anderen Sinne berühren, als in dem, dass sogar schon die Anknüpfung jener Verhältnisse seitens Stoppani verbrecherisch gegen uns war! Auch alle jene „Verhältnisse H.-Stoppani“ waren für letzteren eben wieder nichts, als Mittel zur Ausführung all' seiner speziellen Delikte gegen uns!

Für mich ist es genug, dass von Stoppani die Delikte gegen uns verübt wurden, und gänzlich gleichgiltig ist es mir, ob er sich dazu von irgend jemand oder von niemand bevollmächtigen liess!

Er selbst als Jurist und Geschäftsmann konnte nicht so blödsinnig sein, in solcher Vollmacht eine wirkliche Deckung der eigenen Person bezüglich der eigenen Missethaten zu erblicken. Die Vollmacht hatte für ihn vielmehr nur den Einen Zweck, dass sie ihm erst die Möglichkeit verschaffen musste, die geplanten Missethaten gegen uns auch wirklich auszuführen. Ein anderer als dieser Zweck ist vernünftiger Weise nicht denkbar.

Zudem kann auch die verbrecherische Absicht Stoppanis gerade in der Richtung auf uns von vornherein nicht bezweifelt werden; denn wir — mein Herr Mandant und ich — waren ja diejenigen, gegen welche allein er den Raubprozess und alles damit Zusammenhängende unternahm und führte!

c) Das strafrechtliche Klagerecht meines Herrn Mandanten gegen Stoppani ist in evidenter Weise anerkannt durch das Tessiner Strafgesetzbuch und zwar Art. 405.

Schon § 1 dieses Artikels lautet:

„Chiunque, dolosamente, guasta, disperde, distrugge o in qualsiasi modo rende deteriori beni mobili od immobili altrui, ove il fatto non costituisca un delitto più grave od un crimine, si punisce a querela di parte“

Zu deutsch:

„Jeder, der betrüglischerweise fremdes bewegliches oder unbewegliches Gut beschädigt, beseitigt, zerstört oder in irgend einer Weise verschlechtert, wird, falls die That nicht ein Vergehen schwererer

Art oder ein Verbrechen bildet, auf Klage des Beteiligten hin, gestraft.“
(etc. Aufführung der Strafabstufungen).

Es handelt sich hier um die „Beschädigung fremden Guts“ in ganz allgemeiner Bedeutung dieses Ausdrucks. Dabei ist ausdrücklich anerkannt, dass die betreffenden Handlungen, zunächst als „einfache Vergehen“ aufgefasst, auch „Vergehen schwererer Art“ oder „Verbrechen“ bilden können.

Im Laufe der Voruntersuchung wurde mir einmal — natürlich nur auf der Basis der „Giurisprudenza Ticinese“ — bedeutet, mein Herr Mandant habe bezüglich Beschädigungen von Trevano schon deshalb kein Klagerecht, weil er nicht Eigentümer, sondern nur Hypothekengläubiger sei, eine Klage wegen Beschädigung einer Sache stünde nur dem Eigentümer zu.

„Der Gedanke ist so verflucht gescheit, dass man versucht sein könnte, ihn — herzlich dumm zu nennen.“

Dieses Schillersche Wort hat sich mir für gegenwärtiges Schriftchen schon oft genug aufgedrängt, möge es denn hier seine Stelle haben!

Ja, der Gedanke, dass dem Hypothekengläubiger gegen einen dritten für Beschädigung des Hypothekenobjekts keine Klage zustehe, ist so verflucht gescheit, dass er hoch über die elementarsten Begriffe der allgemeinen Rechtswissenschaft erhaben dasteht, auf einer solchen Höhe, von welcher aus man nicht mehr diejenigen Dinge wahrnehmen kann, die auch dem

einfachsten gesunden Menschenverstande so klar vor Augen liegen.

Der einfachste Landmann weiss, dass die Hypothek ein Realrecht ist, also am Hypothekenobjekte selbst haftet und gegen jeden wirkt, der dieses Objekt angreift oder beschädigt.

Sei dieser Angreifer eine dritte Person, sei es der Eigentümer des Hypothekenobjekts selbst, sei es ein Verwalter dieses letzteren, gleichviel für den Hypothekengläubiger, er fasst den Angreifer, den Beschädiger des ihm verpfändeten Guts, dieser ist ihm für die Beschädigungen haftbar.

Wohl weiss ich es, dass der gesunde Menschenverstand solcher Aufklärung nicht bedurfte, aber die „Giurisprudenza Ticinese“ ist vielleicht sogar mit dieser noch nicht zufriedengestellt. Ihr werde ich denn, sobald das nötig wird, noch folgendes Weitere sagen:

Als „Güter“ bezeichnet das Tessiner Civilgesetzbuch (Art. 209) alle ein Dispositionsrecht gewährenden Dinge. Dazu zählt es nicht nur die körperlichen Sachen, sondern auch Rechte, welche an Immobilien haften, und speziell auch Klagerechte, die sich auf Immobilien beziehen (Art. 214).

Die Hypothek ist daher ein „Gut“ im gesetzlichen Sinne, d. h. eines jener Objekte, deren Beschädigung nach dem angeführten Art. 405 des Strafgesetzbuchs ein Vergehen oder ein Verbrechen bildet, und ob deren dem Beteiligten ausdrücklich das Recht der Pönalklage zugesprochen ist.

Diese Einräumung des Klagerechts an den Beteiligten hat aber, nachdem die That einmal als Vergehen (oder Verbrechen) bezeichnet ist, ohnehin nicht die Bedeutung einer Gunst oder Wohlthat für den Beteiligten, sondern sie will nur sagen, dass dem Thäter der Prozess nicht ex officio judicis gemacht wird, falls die That nicht ein Vergehen schwererer Art oder gar ein Verbrechen bildet. Natürlich ist zur Beschädigung der Hypothek nicht erforderlich, dass etwa der Rechtsbestand oder die Ziffer der Hypothekforderung selbst angegriffen und lädirt werde; die Beschädigung liegt auch in der Deteriorierung des Hypothekenobjekts, besonders wenn diese soweit geht, dass die Sicherheit, welche das Gut dem Gläubiger gewähren soll, nicht mehr gegeben ist.

Was nun die Beschädigung unserer Hypothek durch Stoppani betrifft, so ist sie in den beiden Richtungen nur in allzu empfindlicher Weise geschehen: Der Mann hat in betrüglicher Weise fürs erste den Rechtsbestand der Hypothek selbst bekämpft und zwar solange bekämpft, dass dadurch die Zinsen der ersten vier Jahre elf Monate d. i. 245 833 Francs das Hypothekrecht überhaupt verloren, dass ferner die ganze Zeit hindurch der Rechtsbestand der Hypothek und unser Verfügungsrecht darüber suspendiert war, und dass wir von der ganzen Hypothek nur den Vorteil hatten, dafür eine Steuer von jährlich 4500 Francs zu bezahlen und einen kostspieligen Prozess gegen einen Stoppani d. h. gegen bunt wechselnde und nie aufhörende Ränke zu führen. Auf solche An-

griffe gegen die Hypothek hat sich aber ein Stoppani nicht beschränkt; der Prozessanwalt Stoppani nahm den Administrator Stoppani zu Hilfe, und welch heillose Wirtschaft dieser letztere im Hypothekenobjekte führte, und wie er dieses entwertete, brauche ich hier nicht mehr zu wiederholen.

Diese doppelte Art der Beschädigung unserer Hypothek zählt zu den Verbrechen, und es bedarf daher von unserer Seite nicht einmal der in Art. 405 Cod. Pen. erwähnten Pönalklage. Die Justiz hat auch wegen dieser Beschädigungen ex officio gegen Stoppani vorzugehen. Das ist doch wahrlich nicht zweifelhaft im Hinblick auf die Schwere des Betrugs, mit welchem Stoppani — unter Entehrung seines amtlichen Charakters als Notar und unter Schändung seiner Mandatspflicht gegen uns — die Beschädigungen ausübte!

Dem „Betheiligten“ spricht der Art. 405 Cod. Pen. das Klagerecht wegen Sachbeschädigungen zu. Madame Giurisprudenza Ticinese sieht als Betheiligten nur den Eigentümer der Sache, in unserem Fall den General H. an, denselben H., von dem sie anderseits annimmt, er habe Herrn Stoppani auch zu den betreffenden Beschädigungen, wie überhaupt zu allem beauftragt, was dieser gegen uns gethan! Denselben Herrn H. lässt sie da als den Eigentümer gelten, von dem sie auch weiss, dass er das Eigentum ausschlug und gerade deshalb auf Überredung von Stoppani hin den Civilprozess führen liess.

Arme Hypothekengläubiger im Kanton Tessin! Wie seid ihr daran, wenn das euch verpfändete

Gut in die Hände eines Verwalters gegeben wird, der dasselbe devastiert und entwertet! Gegen den Verwalter könnt ihr nicht vorgehen, denn er ist nur seinem Herrn, dem Eigentümer des Guts, verantwortlich, nur sein Herr hat ein Klagerecht gegen ihn. Den Eigentümer aber könnt ihr zur Klage gegen seinen Verwalter nicht zwingen; er verweigert es, eine solche Klage zu stellen, kann seine Gründe für solche Weigerung haben, braucht aber euch sie nicht anzugeben. Zwar hättet ihr ein Klagerecht gegen den Eigentümer selbst, der ja für die Wirtschaftsführung seines Verwalters euch verantwortlich ist. Aber abgesehen von der Umständlichkeit dieses Verfahrens, welches mittlerweile dem Verwalter freie Hand lässt, in seinen Devastationen beliebig fortzufahren, was wollt ihr thun, wenn der Eigentümer garnicht einmal gegenwärtig ist, in der weiten Welt herumreist, etwa plötzlich sogar stirbt, ohne Erben zu hinterlassen? Oder, wenn der Eigentümer euch sagt: Ich bin nicht der Eigentümer, ich will es nicht sein und führe gerade darüber einen Prozess mit meinem Verkäufer; wartet also das Ende dieses Prozesses ab, und wendet euch dann an denjenigen, der richterlich als der Eigentümer des Gutes erklärt werden wird!

Es bleibt euch nichts, ihr Hypothekengläubiger, als — die Hände im Schoss — schweigend zu dulden, dass der schurkische Verwalter mit eurem Hypothekenobjekt mache, was ihm gefällt. Nicht einmal der Öffentlichkeit dürft ihr eure Beschwerden gegen ihn klagen, wollt ihr nicht eine Diffamationsklage von seiner Seite euch zuziehen und so

wieder der — Giurisprudenza Ticinese verfallen, der ihr ja die schlimme Lage verdankt, die euch in Verzweiflung bringen möchte.

Kurz, unter solchen Umständen kann kein vernünftiger Mensch für die beste und wertvollste Hypothek im Tessin auch nur einen Batzen geben. Ich würde — nach den Erfahrungen, die ich gesammelt — eine solche Hypothek nicht nur nicht kaufen, sondern sehr viel müsste man mir noch bezahlen, um mich zur Annahme derselben zu bewegen!

Doch das trostlose Bild, das ich hier mit einigen Federstrichen entworfen, ist glücklicherweise nicht ein Produkt der Tessiner Gesetze, die — so weit ich sie kennen gelernt — nach meinem Dafürhalten sich mit vollem Recht den Gesetzen jedes anderen civilisierten Staates gleichstellen können.

In meinen Rechtsangelegenheiten in Lugano habe ich recht oft die Wahrnehmung machen müssen, dass die „Giurisprudenza Ticinese“ nicht leicht verlegen ist, den Ungeheuerlichkeiten, welche sie aus irgend einem Interesse durchsetzen will, durch Berufung auf ein „schlechtes Gesetz des Landes“ den Anstrich der Berechtigung geben zu wollen. Natürlich sah dann auch ich mir das betreffende Gesetz an, und stets fand ich, dass dasselbe entstellt, verdächtigt worden war.

Das hier zu betonen und in solcher Weise für die Gesetzgebung des Tessin — wenigstens soweit ich sie studiert — eine Lanze einzulegen, erachte ich als meine Pflicht als Jurist und ehr-

licher Mann. Und das mögen alle diejenigen meiner Gönner und Freunde in Deutschland, Russland und Frankreich wissen, welche sich so vielfach über das wundern, was in meinen Rechtsangelegenheiten in Lugano geschehen, und dabei immer die Meinung aussprechen, im Tessin müsse die Gesetzgebung im Argen liegen, wie in keinem Lande von Europa.

Zurück nun zum Art. 405 Cod. Pen. Wer ist der „Beteiligte“, von dessen Klage bei Sachbeschädigungen im Vergehensgrade das Einschreiten der Justiz gegen den Beschädiger abhängig gemacht ist? Ist es der Eigentümer der Sache, der vielleicht selbst die Beschädigungen angeordnet hat, also als Komplize des Beschädigers erscheint? Kann es ein Eigentümer der Sache sein, der jedenfalls, wie das in Trevano zutraf, sich um die Beschädigungen nicht kümmert, in der Welt herumreist und seinen letzten Aufenthaltsort nur dadurch bekannt werden lässt, dass er stirbt und die Verbreitung der Anzeige über sein Ableben nicht mehr behindern kann? Hat das Gesetz mit seinem Worte „der Beteiligte“ jenen Eigentümer der Sache im Auge, der zufolge der betrüglichen Versprechungen seines Advokaten es nicht einmal sein will, der deshalb den nämlichen Advokaten als Verwalter der Sache aufstellt, es ihm überlassend, dieselbe nach Gutdünken zu behandeln, da er, der unvergleichliche Advokat, die Sache ja doch dem vorigen Eigentümer gegen eine ungeheure Geldentschädigung zurückschlagen wird?

Ob ich mit den hier aufgestellten Fragen die

„Giurisprudenza Ticinese“ zum Eingeständnis ihres Unrechts bringe, bezweifle ich und weiss mich darüber zu trösten. Wohl aber habe ich allen Grund davon überzeugt zu sein, dass diese Dame, wäre sie selbst in meiner Lage, durchaus nicht meiner Belehrung bedurft hätte. Viel schneller als ich Landfremder es gethan, würde sie gegen Stoppani, den verdammenstwerthen Frevler an ihren Hypothekrechten, alle Hebel der Justiz in Bewegung gesetzt haben!

Ganz sicher hätte sie gewusst, dass der Art. 405 Cod. Pen. unter dem „Betheiligten“ nur den Beschädigten versteht und verstehen kann, dass bei Beschädigungen einer Hypothek gerade der Hypothekgläubiger jener „Betheiligte“ ist, und dass das Gesetz, hätte es das Klagerecht auf den Eigentümer der Sache beschränken wollen, dann nicht das Wort „Betheiligter“, sondern statt dessen das Wort „Eigentümer“ gebraucht hätte und gebrauchen hätte müssen.

In der That wäre die ausdrückliche Anwendung des Wortes „Eigentümer“ im Gesetze unerlässlich gewesen. Es versteht sich nämlich dieses Wort für die betreffende Stelle nicht nur nicht von selbst, sondern es wäre dasselbe da nach Umständen gradezu widersinnig, deshalb müsste es da ausdrücklich vom Gesetze sanktioniert sein, um Geltung beanspruchen zu können!

d) Brauche ich nach diesen, unter a, b und c gegebenen Ausführungen noch besonders zu demonstrieren, dass die im Art. 351 § 3 Cod. Pen. vorgeschriebene Rücksichtnahme auf das Klagerecht eines dritten auch in ihrer zweiten Alter-

native, die Zustimmung dieses dritten betreffend, nichts, gar nichts, mit meinem Falle zu thun hat?

An und für sich setzt die Zustimmung, die ich von diesem dritten, d. i. Herrn H., nötig haben soll, zwei Dinge voraus: fürs erste, dass H. selbst ein Klagerecht gegen Stoppani hätte und — wenn er es hätte — es auch ausüben wollte; fürs zweite, dass ich nicht gegen Stoppani mein bzw. meines Herrn Mandanten selbständiges Klagerecht hätte, sondern nur auf jenes Klagerecht angewiesen wäre, welches allenfalls Herrn H. gegen ihn zustehen mag.

Ich sage „zustehen mag“; denn wenn Herr H., wie Stoppani und mit ihm der Herr Staatsanwalt behaupten, Herrn Stoppani zur Verübung der betreffenden Schurkereien beauftragt hätte, so steht ihm von vornherein ein Klagerecht gegen Stoppani nicht zu; er ist ja dann der Komplize dieses letzteren. Aber auch, wenn Herrn H. ein solches Klagerecht zustände, so will ich mir durchaus nicht schmeicheln, dass er aus Liebe zu mir es ausüben oder mir abtreten oder mir die Zustimmung zur Selbstaübung meiner eigenen Klage erteilen würde. Letzteres wohl möchte er am ersten noch thun, um, ohne sich noch mit Stoppani abgeben zu müssen, diesen durch mich gezüchtigt zu sehen. Das möchte ihm zu seiner eigenen Befriedigung auch dafür gereichen, dass er selbst von Stoppani ganz schamlos betrogen und so zum Werkzeug der Delikte des letzteren gegen uns gemacht wurde. Das sah er ja, freilich erst gegen das Ende seines Lebens, ganz sonnenklar ein und sprach es auch rückhaltslos aus.

Aber . . . an was werde ich da erst wieder erinnert! In Betrachtungen darüber versunken, dass man meinen Beweis noch von einer Zustimmung des Herrn H. abhängig machen möchte, hatte ich vollständig ausser Augen verloren, dass H. schon seit mehr als $1\frac{1}{2}$ Jahren im Grabe ruht!

Ei ja, Madame Giurisprudenza Ticinese, auch hier wieder leuchtet die „Prudenza“ so gewaltig auf, dass darüber das „Giure“ ganz verdunkelt wird!

H. ist tot, Erben für ihn giebt es nicht — nun denn Weber, willst Du wirklich einen Beweis über die „Verhältnisse H.-Stoppani“ führen, so erhole Dir dafür die Zustimmung des Herrn H.; jetzt kannst Du ihn finden, Du kennst seinen Aufenthalt, den er nicht mehr wechselt — das Grab!
.
.

Nun ja, auch das Grab giebt manchmal noch Antwort auf die Frage, die man ihm stellt. Fast glaube ich, auch das Grab des Herrn H. würde in diesem Prozesse noch sprechen, und das Gesetz würde die Worte in dem Sinne verstehen, dass die Zustimmung zu meinem Beweis wegen der Unmöglichkeit, sie noch zu erholen, einfach als suppliert zu gelten hätte. Aber ich will den geneigten Leser nicht mit einer müssigen Ausführung über diesen Gedanken ermüden; ich habe für meine Beweisführung keine Zustimmung von Seiten des Herrn H. nötig; er ruhe in Frieden!

e) Der Sinn, welchen Herr Staatsanwalt Conti

dem § 351, § 3 Cod. Pen. beilegen möchte, ist auch ganz einfach unmöglich. Denn mit solchem Sinne würde die Stelle dazu dienen, Verbrechen — zu „vertuschen“, ihrer gesetzlichen Strafe zu entziehen.

Das wäre nicht nur gegen die Moral und gegen jede staatliche Ordnung, es ist das auch durch das positive Gesetz im Tessin ausgeschlossen, nämlich durch Art. 2 der Strafprozess-Ordnung. Dieser statuiert, dass jede Übertretung des Strafgesetzes zu einer strafrechtlichen Anklage Veranlassung giebt.

f) Nachdem ich nun gezeigt, dass Art. 351 § 3 Cod. Pen. den ihm vom Herrn Staatsanwalt zugemuteten Sinn nicht hat und auch gar nicht haben kann, erübrigt mir nur noch, ihm seinen wirklichen und wahren Sinn zu vindicieren.

Ich hoffe, dass mir dieses um so leichter gelingen wird, weil ich mich einen Verehrer und fast Bewunderer derjenigen Tessiner Gesetze nennen kann, die ich kennen gelernt habe, und weil ich mit der „Giurisprudenza Ticinese“ auf dem Kriegsfusse stehe.

Der Art. 351 § 3 spricht überhaupt nur von Vergehen, nicht von Verbrechen, und er hat auch nur auf jene Vergehen Bezug, deren Prozessierung von der Strafklage einer Privatperson abhängt. Das ist selbstverständlich; denn in allen anderen Fällen ist der Strafprozess Offizialsache des Richters, die Privatperson braucht nicht zu klagen, sie hat höchstens dem Richter eine Anzeige über einen gegen sie verübten Strafreath zu erstatten.

Dann aber kann auch davon nicht die Rede

sein, dass ihre Klage dem Wahrheitsbeweis einer dritten Person vorausgegangen sein müsse und präjudiziere. In Rede steht da der Wahrheitsbeweis einer solchen dritten Person, welche, ohne vom betreffenden Reat betroffen zu sein, dennoch bezüglich desselben in injuriöser oder diffamierender Weise sich geäußert hat und wegen dieser Diffamation oder Injurie sich nun im Anklagestand befindet.

Es ist das eine so vortreffliche Bestimmung des Tessiner Strafgesetzes, dass sie gewiss würdig wäre, in den Strafgesetzen aller Länder zu figurieren. Denn diese Bestimmung legt der boshafte Verleumdungssucht ein Schloss an den Lästermund, indem sie der letzteren den Wahrheitsbeweis in allen jenen Fällen vorenthält, in welchen der Injuriant oder Verleumder seinerseits gar nicht berührt ist durch die Thatsache, die er gleichwohl zum Gegenstand seiner hässlichen Expektorationen machen möchte.

Will der boshafte Lästere, als Angeklagter vor Gericht, eine Einrede gegen die Klage aus der Wahrheit jener Thatsache ableiten, da ruft ihm der wahrhaft mustergiltige Art. 351 § 3 mit Recht und mit Würde sein „Halt!“ zu.

„Freund spricht er, was konnte dich diese Thatsache kümmern, und was willst du das Gericht mit einem Wahrheitsbeweis darüber belästigen, nachdem nicht einmal derjenige noch eine Klage darüber gestellt hat, der von ihr verletzt worden ist! Diese deine Einrede, dieser dein Wahrheitsbeweis ist unzulässig, wenn du nicht mindestens dafür die Zustimmung dessen besitzt,

dem bezüglich jener Thatsache ein Klagerecht zusteht!“

Das ist die Bedeutung des Artikels mit Bezug auf das Recht. Nicht minder vortrefflich ist derselbe mit Bezug auf die Opportunität.

In der That, wenn jedem unbefugten Lästler, der da wegen der nämlichen Diffamation oder Injurie geklagt würde — und deren Zahl könnte ja in gewissen Fällen nach Dutzenden zählen, — wenn jedem von ihnen die *exceptio veritatis* und der Beweis hierüber freistünde, so könnte das Gericht von jedem der Angeklagten über die nämliche Thatsache mit einer verschiedenen Beweisführung behelligt werden. Denn jeder der vielen Prozesse wäre eine für sich selbständige Sache, eine *res inter alios* für die anderen Geklagten, und das vornehmlich im Tessin, wo der Richter im Korrektionalprozess noch an die sogenannte Beweistheorie gebunden ist, so dass seine eigene Überzeugung keinen Spielraum genießt. (Dieses letztere ist ein Punkt im Tessiner Strafprozess, den ich in theoretischer Beziehung beklage.)

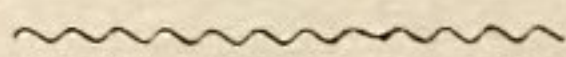
Was könnte nun, wenn von den vielen etwa successive Angeklagten — nicht alle werden ja zu gleicher Zeit die Injurie oder Verleumdung verübt haben und nicht alle zu gleicher Zeit dem Kläger als Injurianten bekannt werden — was könnte für ein bedauerlicher Missstand sich bilden, wenn dem einen der Wahrheitsbeweis gelänge, dem anderen aber misslänge? Ein Chaos in der Rechtsprechung über die nämliche Thatsache,

und in Folge dessen ein Misstrauen im Volke gegen das Gericht und gegen das Richteramt!

All dem hat der Art. 351 § 3 dadurch vorgebeugt, dass er dem unbefugten Lästler die *exceptio veritatis* versagt oder wenigstens nur bedingungsweise — und das unter der denkbar angemessensten Bedingung — gestattet.

Auch gerade deshalb aber hat der Art. 351, § 3 nicht Bezug auf mich, der ich einem Stoppani gegenüber weder unbefugt, noch Lästler bin. Ich bin das Opfer seiner Missethaten, verteidige als solches meine von ihm geschändeten Ehren- und materiellen Rechte, und sage das, was ich zu diesem Zwecke sagen muss und vor aller Welt beweisen werde.

Sagen muss ich das um so lauter, je weniger die Tessiner Justiz darauf hören will, um so lauter, als es jedermann wissen soll, dass der Tessin an mir nicht einen Mann beherbergt, dem irgend jemand eine Rebellenmaske umzuwerfen berechtigt wäre !



Nachdem ich die vorstehenden Ausführungen niedergeschrieben hatte, kam mir noch einiges zu Sinne, das ich in gewissen Stellen hätte beifügen können, vielleicht sollen. Mag es nun folgen in diesem

N a c h t r a g e.

1) Nicht gerne möchte ich diese Gelegenheit versäumen, einen Akt der Höflichkeit gegen Herrn Advokaten und Nationalrat Borella, Verteidiger des Herrn Stoppani, zu üben. Gelegenheiten zur Höflichkeit ergreife ich stets mit Vergnügen. Freilich hat diese hier nur für den Fall eine Bedeutung, dass Herrn Borella dieses Schriftchen je zu Händen kommen sollte.

Es handelt sich um Folgendes:

In meiner öffentlichen Erklärung vom 11. Mai (cfr. oben Seite 29) hatte ich in Bezug auf den mir gemachten Vergleichsvorschlag gesagt, derselbe sei von der „Anklagepartei“ gekommen.

Am nächsten Tage (12. Mai) veröffentlichte Herr Borella im nämlichen Journal „Corriere del Ticino“, der von mir erwähnte Vergleichsvorschlag sei weder von Herrn Stoppani, noch von ihm ausgegangen, sondern vom Herrn Staatsanwalt. Das wünschte Herr Borella meinerseits öffentlich anerkannt, da sonst meine etwas zu allgemeine Bezeichnung „Anklagepartei“ wohl auch auf ihn oder Herrn Stoppani bezogen werden könnte. Ich konnte — und das soll Herrn Borella hiermit gesagt werden — seinem Wunsche deshalb nicht nachkommen, weil ich weder damals wusste, noch

heute weiss, noch jemals zu erfahren mich bemühen werde, von wem eigentlich jener Vergleichsvorschlag ausging, d. h. von wem er ersonnen war. Ich verhielt mich gegen jenen Vorschlag von vornherein ablehnend, da ich wusste, dass er sachlich unzulässig, also unmöglich, persönlich aber — er musste ja von Stoppani kommen — meiner unwürdig wäre.

Daher liess ich den Vorschlag auch gar nicht an mich herankommen.

Erst nachdem derselbe meinem Herrn Verteidiger vorgetragen und von ihm, meinem schon vorausgegangenen Auftrage gemäss, zurückgewiesen worden war, erfuhr ich, die Überbringer des Vorschlags seien Herr Staatsanwalt Conti und Herr Borella zusammen gewesen. Obwohl ich nach dem Inhalte des Vorschlags gar nicht neugierig war, so erfuhr ich sogar auch diesen: Ich sollte — wie ich es schon früher in diesem Schriftchen erwähnte — eine schriftliche Ehrenerklärung von Seiten Stoppanis erhalten, und damit sollte alles abgethan sein!

Dass Herr Nationalrat Borella sich so sehr beeilte, die Autorschrift jenes Vergleichsvorschlags abzulehnen, finde ich begreiflich. Dass er den Herrn Staatsanwalt als den Autor bezeichnet, befremdet mich um so weniger, als mein eigenes Gefühl mich auf einer Suche nach dem Autor nur nach jener Seite hin geführt hätte.

Um so mehr bin ich Herrn Borella zu Dank verpflichtet für die Mühe, die auch er sich für die Realisierung jenes fremden Vergleichsvorschlags gegeben. Seine schnelle nachträgliche Verleugnung

desselben giebt doch gewiss Zeugnis dafür, dass er die volle Unwürdigkeit des Vorschlags erkannte. Um so schwerer also muss ihm seine eigene Mitthätigkeit für dessen versuchte Durchführung gefallen sein!

Gern erlasse ich, was mich betrifft, Herrn Nationalrat Borella wie Herrn Staatsanwalt Conti für alle Folge jeden ähnlichen Schritt!

2) Kurz vor meiner Abreise aus Lugano, d. i. in den letzten Tagen des Juli, wurde mir versichert, meine Herren Gegner hätten für die wiederaufzunehmenden Gerichtsdebatten bereits einen „ganz famosen Plan“ zurechtgelegt.

Dass der Begriff „meine Gegner“ im Tessin ein viel umfangreicherer ist, als er nach deutscher Anschauung sein müsste, das ist meinen geneigten Lesern aus allem Vorstehenden schon klar geworden.

Nun denn: Meine Gegner hätten beschlossen, das Tribunal Lugano für die nächsten Debatten zu rekusieren, damit letztere dem Tribunal von Mendrisio — einer anderen Stadt im Tessin — überwiesen würden. Dies aus folgenden zwei Gründen:

- 1) Herr Stoppani sei in Mendrisio doch nicht gar so bekannt wie in Lugano; er würde daher in Mendrisio nicht den schlimmen Kundgebungen des Publikums ausgesetzt sein, die er in Lugano wieder, und vielleicht sogar in noch höherem Masse als bei den ersten Debatten, zu gewärtigen hätte. Zu den Debatten nach Mendrisio würden ja doch nur wenige Luganesen reisen.

- 2) Herr Advokat und Nationalrat Borella, der Verteidiger Stoppanis, ist zugleich Syndaco d. i. Bürgermeister von Mendrisio. Auf das dortige Tribunal habe er in allen seinen Eigenschaften einen viel grösseren Einfluss, als auf das von Lugano.

Nun hatte ich allerdings wegen meiner bereits festgesetzten und auch wegen Krankheit eines meiner Kinder dringend gewordenen Abreise nicht mehr Zeit, mich genauer über die Wahrheit des mir also Mitgetheilten zu vergewissern. Und ich will nichts als wahr angeben, wenn ich davon nicht vollkommen gewiss bin. Doch unwahrscheinlich ist das Ding schon im Hinblick auf alles Vorausgegangene nicht mehr.

Auch besitze ich von Herrn Borella einen Brief, den er mir im Sommer v. J. als Antwort schrieb auf meine letzte Aufforderung an Stoppani, sich über das, was dieser mir schulde, zu erklären. Der Brief Borellas sagte mir, Stoppani schulde mir nichts, und er, Borella, sei überzeugt, dass „unsere Gerichte“, d. h. die Tessiner Gerichte nicht Stoppani, sondern mich verurteilen würden! Damals verstand ich diesen Brief noch nicht und lachte darüber; denn trotz all' meiner im Tessin schon gesammelten Erfahrungen ging solcher Inhalt um so mehr über meine Begriffe, als damals schon die Zeugen in der Voruntersuchung vernommen waren und meine Anschuldigungen gegen Stoppani bestätigt hatten.

Heute aber verstehe ich jenen Brief des Herrn Nationalrats Borella und verstehe auch, wie er sich mit solcher Zuversicht — damals

nannte ich das anders — auf „unsere Gerichte“ berufen konnte.

Was nun eine Rekusation des Tribunals Lugano betrifft, so haben dafür nicht meine Gegner einen Grund, deren Vergewaltigungsanträgen gegen mich das genannte Tribunal ja durchaus stattgegeben hat. Grund zu jener Rekusation hätte nur ich und wie starken Grund! Aber meine Herren Gegner mögen mich wohl für schlaue genug halten, mich nicht vom Regen unter die Traufe retten zu wollen! Und so wäre es ja immerhin sehr denkbar, dass sie selbst die Rekusation vornehmen. Um einen Rechtsgrund hierfür können die Herren nicht verlegen sein, die schon alles viel Grössere, was in diesem Schriftchen erzählt ist, zu Stoppanis Gedeihen und zu meinem Verderben durchgesetzt haben. Äussersten Falls könnte ja auch das Tribunal Lugano zu Hilfe kommen und sich selbst rekusieren.

Falls die Rekusation stattfindet, werde ich meine Leser durch Zeitungsberichte davon in Kenntniss setzen.

3) Herr Staatsanwalt Conti sagte schon vor den nun annullierten Debatten zu verschiedenen Personen, „moralisch“ werde Stoppani unterliegen und ich als vollständig gerechtfertigt dastehen, „rechtlich“ aber, d. h. „nach den Gesetzen, wie sie nun einmal im Tessin beständen“, würde Stoppani als Sieger aus dem Prozesse hervorgehen, und ich würde verurteilt werden. Dass ihm damit Ernst war, das hat Herr Conti vollkommen bewiesen.

Was denken meine deutschen Leser über

diesen Ausspruch, und wie finden sie das im selben den Tessiner Gesetzen gemachte Compliment gerechtfertigt?

Es sind das hauptsächlich die Gesetzesstellen die ich in diesem Schriftchen nicht nur in deutscher Übersetzung, sondern zur möglichst sicheren Orientierung für den Leser, auch im italienischen Urtexte wiedergegeben habe.

4) Wie sehr Stoppani als Anwalt des Herrn H. im Civilprozess gegen Herrn v. D. selbständig und gänzlich unabhängig von seinem Mandanten handelte, das zeigte er nicht allein durch sein persönlich erdachtes „notarielles Geschichtchen“. Er zeigte es ebenso durch die grösstenteils nur von ihm persönlich aufgestellten Klagepräntationen. Letztere waren vielfach sogar im Widerspruch mit der von Herrn H. kundgegebenen Absicht und seiner dementsprechenden eigenen Handlungsweise. Z. B. Herr H. hatte Trevano ohne Möbel oder Einrichtung gekauft. Die Einrichtung war ja auch schon lange Zeit vor dem Verkaufe fortgenommen, nach Russland gebracht worden. Als Herr H. alsbald nach dem Kaufabschlusse einmal Trevano für mehrere Wochen besuchte, wandte er sich an den Verwalter der dem Herrn v. D. noch in Lugano verbliebenen anderen Besetzung, mit der Bitte, der Verwalter möge ihm aus dieser anderen Besetzung die Einrichtungsgegenstände nach Trevano leihen, welche er, Herr H., für seinen dortigen Aufenthalt notwendig hätte. Bei seiner Abreise wolle er die Gegenstände dankbar zurückstellen. So geschah es auch; Herr H. erhielt die Gegenstände ge-

liehen und stellte sie vor seiner Abreise dankend zurück.

Von der nach Russland genommenen Einrichtung Trevanos hatte Herr v. D. vorerst noch mehreres in Trevano zurückgelassen, was in Russland erst zu einer späteren Zeit Verwendung finden sollte. Diese zurückgelassenen Gegenstände lagen aber in Trevano in wohlverpacktem Zustande für die jederzeitige Absendung aufgespeichert. Herr H. bat nun während seines Aufenthalts in Trevano den genannten Verwalter des Herrn v. D. wiederholt, die Absendung der betreffenden 28 grossen Kisten nach Russland möglichst zu beschleunigen, damit der Raum in Trevano frei würde. Man machte in Russland daraufhin auch Anstalt, die Gegenstände schneller verwenden, die Kisten also früher, als es zuerst beabsichtigt war, aus Trevano wegnehmen zu können. Herr H. erklärte sich damit einverstanden und gestattete, die Kisten noch liegen zu lassen. Bald darauf reiste er ab, und Stoppani übernahm die Verwaltung von Trevano. Diesem machte der Verwalter des Herrn v. D. alsbald die Anzeige, das die Kisten nun abgesandt werden sollten, aber siehe da: Stoppani verweigerte deren Herausgabe! Stoppani that viel mehr noch: Er verlangte in seiner Civilprozessklage den Ersatz aller Einrichtung, die jemals in Trevano gewesen war und die er mit anerkennungswerter Genauigkeit beschrieb. Und all' das that er „Namens des Herrn H.“ Er, Stoppani, hatte sie ja recht wohl gekannt, jene Einrichtung; denn er selbst hatte in früheren Jahren und seit

dem Bestehen von Trevano diese Besetzung viel besucht und war dort stets zu seinem grossen Vorteil recht wohl aufgenommen worden. Herr H. hingegen wusste von der ehemaligen Einrichtung von Trevano nichts, hatte auch keine Veranlassung, sich darum zu kümmern.

Wie schmähsch der Civilprozess für Stoppani endete, habe ich eben gesagt. Doch was heisst „schmähsch“ für ihn, der in jenem Prozess seinen „guten Schnitt“ gemacht und von der Justiz, wie er glauben mag, nichts zu befürchten hat!

Daher wohl sein Sicherheitsgefühl, das er jenen Gläubigern gegenüber zur Schau trägt, die er für ihre von ihm bestellten Leistungen nach Trevano unbezahlt liess. Er weiss es, dass ein Teil dieser Leute ihre betreffenden Guthaben nachher gegen mich eingeklagt haben, als den Vertreter des ersten Hypothekengläubigers, der aus Trevano doch noch einiges bezogen. Was kümmert es einen Stoppani, wie diese Prozesse über seine Schulden enden werden!

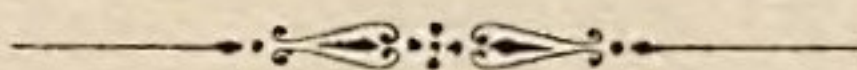
Soll ich noch sagen, dass ich ausser diesen Civilprozessen noch einen weiteren dem Herrn Stoppani, d. h. seiner „Namens des Herrn H.“ vollführten unverzeilichen Geschäftswaltung, verdanke?

Es handelt sich um die vorerwähnten 28 Kisten. Während der Dauer des Civilprozesses H. gegen v. D. verweigerte Stoppani deren Herausgabe.

Nachher kam die autoritäre, gesetzliche Verwaltung von Trevano, welche sich nicht für berechtigt erachten konnte, etwas an dem zu

ändern, was sie vorgefunden. Am 3. Oktober 1893 kam endlich der Exekutionsverkauf. Da wurde Trevano allerdings nur als Immobilargut, wie es als solches eben lag und stand, und mit ausdrücklichem Ausschluss alles Beweglichen, verkauft.

An allem, was Bewegliches vorhanden, war das ausschliessliche Eigentumsrecht meines Herrn Mandanten allseitig anerkannt. Besonders auch der Käufer des Guts anerkannte noch nach dem Kaufabschlusse und sogar schriftlich seine Pflicht, mir die 28 Kisten herauszugeben. Als ich diese dann in Empfang nehmen wollte, machte er plötzlich Schwierigkeiten. Kurz, auch bezüglich dieser 28 Kisten bildet ein ganz hübscher Civilprozess wieder das Vergnügen meiner alten Tage. Wie lange dieser dauern wird, wer kann es wissen; er spielt ja im Kanton Tessin!




~~~~~  
Druck von C. Regenhardt, Berlin W., Kurfürstenstr. 37.  
~~~~~


Verlag von Hugo Steinitz in Berlin SW.

Aus Bismarcks Politischem Briefwechsel Mk. 5.—
In elegantem Einbände Mk. 7.—

Bismarcks Politische Briefe.
I., II., III., IV. Sammlung. In Pergament à Mk. 5.—
In Liebhaber-Einband à Mk. 7.—

Wie Bismarck entlassen wurde! Nach authentischen
Quellen. Mk. 1.—

Aus der Militärischen Gesellschaft Berlins. Mk. 4.—
Elegant gebunden Mk. 5.—

**Aus der Berliner Gesellschaft unter Kaiser
Wilhelm II.** Mk. 4.—

Erinnerungen an Kaiser Wilhelm I. Mk. 3.—
In Prachtband Mk. 4.—

Am Hofe der Kaiserin Auguste Victoria. Mk. 3.50
Elegant gebunden Mk. 4.50

Kaiser Wilhelm II. und seine Leute. Mk. 3.—
Elegant gebunden Mk. 4.—

**Liebes- und Eheleben an Europäischen Fürsten-
höfen.** Mk. 3.50

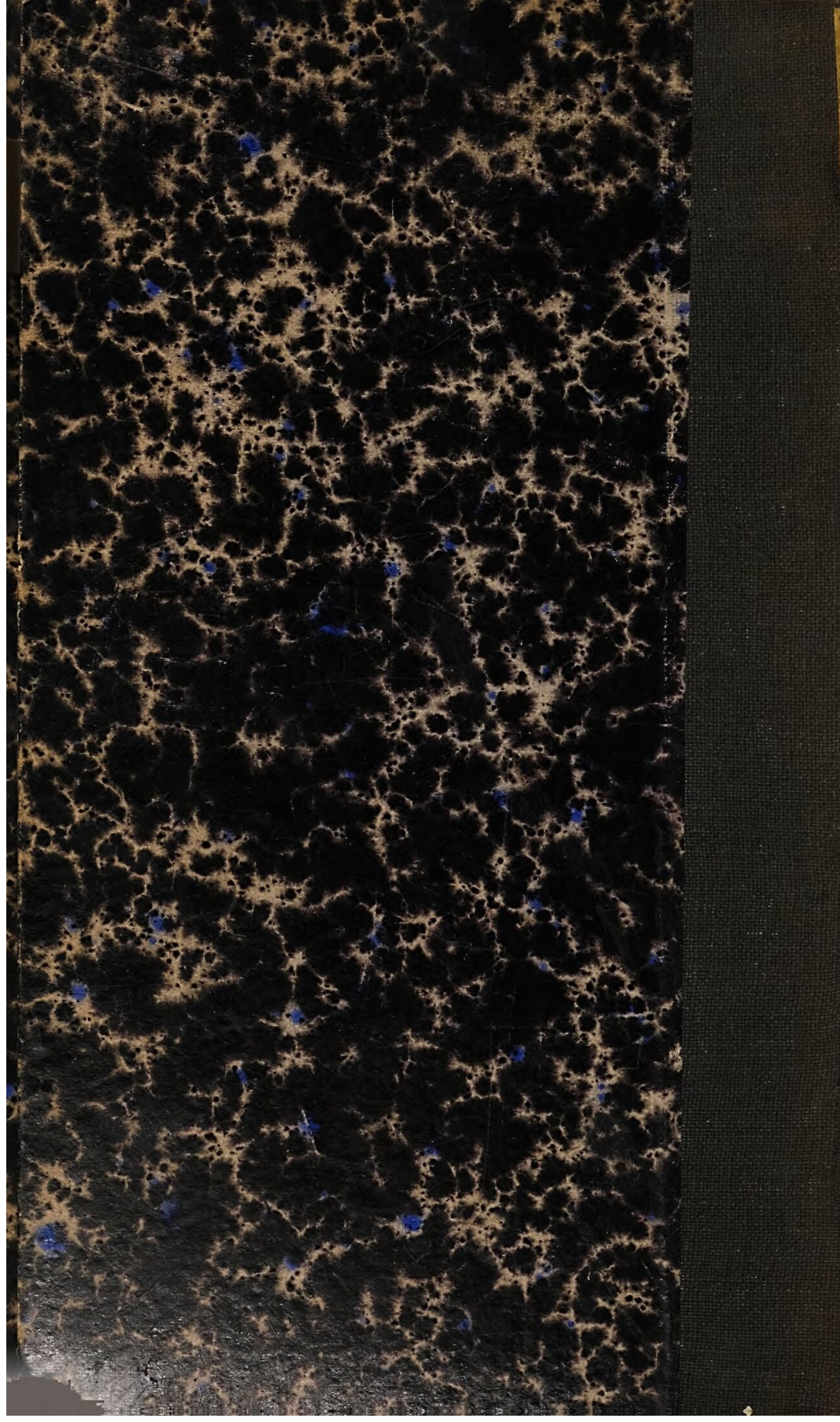
Hofleben unter Kaiser Wilhelm II. Mk. 3.50

Was der Kaiser sagt! In Pergament-Umschlag. Mk. 2.—

Conventionelle Lügen in der Politik von Hans von
Schellbach Mk. 3.50

**Ergötzliches und Nützliches von der Berliner
Börse.** Mk. 2.—

Die Missachtung des Geldes in Preussen von
Egon Karden Mk. 1.—



Weber, Josef

Eine Blüte aus dem Rechtsleben des Schweizer Kantons Tessin und deren
Folge

Berlin 1894

Crim. 275 cf

urn:nbn:de:bvb:12-bsb11584561-9